Einzelverkaufspreis eine Mark und fünfzig Pfennige inklusive fünfeinhalb Prozent Mehrwertsteuer

Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 177 14. MAI 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

ID

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20

NR. (177)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90
Posteinlieferung des
letzten ID: Freitag



Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare
3842 W | | 3

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

BRIEF DER ARBEITER VON BAYER-PERU AN IHRE DEUTSCHEN KOLLEGEN

„An den Generalsekretär der Arbeitergewerkschaft von Bayer-Leverkusen. Lima, den 10.4.1976. Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
mit diesem Schreiben übermitteln wir ihnen unsere solidarischen Grüße. Wir sind Gewerkschaftsführer der Arbeitergewerkschaft von BAYER INDUSTRIAL SA in Lima, Peru. Insgesamt sind in diesem Unternehmen 520 Arbeiter beschäftigt. Wir schreiben Ihnen, weil wir zum einen eine enge Beziehung mit Ihrer Gewerkschaftsorganisation herstellen und zum anderen von den verschiedenen Problemen berichten wollen, vor

bescheidener Haushalte und schulpflichtiger Kinder. Ohne Arbeit ist die Lage dieser Familien extrem kritisch.

Ende Juni dieses Jahres soll ein neues „Arbeitsplatzschutzgesetz (Ley de Estabilidad Laboral)" erlassen werden, das es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 % des Personals zu entlassen. Unsere Lohnforderungen hatten wir im Juli 1976 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert. Damit wurden wir unserer gerechten Forderungen beraubt: Familienunterstützung, Schichtvergütung, Lebensmittelhilfe, Weihnachtsgratifikation und Vergütung für die nationalen Feiertage.

Die Unternehmensleitung profitiert bei diesen Entlassungen

HAUSMITTEILUNG

ID-INNENWELT UND AUßENWELT

Das letzte ID–Plenum stand unter dem Motto: „Es muß alles ganz anders werden". Grund für diesen Umsturz ist eine Nachrichten- und Papierinflation, der wir mit unserer herkömmlichen Arbeitsweise nicht mehr Herr werden, sowie Kritik von außen, die uns nicht egal ist.

Es fängt damit an, daß immer mehr Leute dem ID was schicken, etwas abdrucken wollen, etwas von uns wissen wollen; was genau das ist, was nach unserem Anspruch auch passieren soll: politische Bewegungen schaffen sich ihr Medium selbst, in dem sie sich unzensiert darstellen können. Bloß ist unser Arbeitsalltag nicht auf der Höhe dieses großen Wortes. Wenn es auf den Redaktionsschluß am Donnerstag zugeht, entsteht immer öfter die unerträgliche Situation, daß ganz wichtige Sachen nicht mehr getippt werden, daß wir mit den vorhandenen Artikeln zu jonglieren beginnen, daß Sachen rausfliegen, ohne daß es einen inhaltlichen Grund dafür gäbe – außer, daß wir es nicht schaffen, die ganze Nacht zu rotieren.

Es werden bei uns von Montag bis Donnerstag durchgehend Nachrichten zusammengestellt und getippt. Da läuft es dann mal so, daß eine „normale" Nachricht Anfang der Woche getippt wird. Inzwischen passiert irgendwo was außergewöhnliches, wir treten mit den Leuten in Kontakt, die dabei waren, und die schicken uns den Artikel am Donnerstag. Er kommt aber nicht zum Tippen, weil noch ein Überhang von anderen wichtigen Sachen besteht, und bleibt liegen. Im Endprodukt, dem neuen ID, sieht das dann so aus, als hätten wir alle möglichen Allerweltsnachrichten wichtiger gefunden als den aktuellen Bericht. Die Absender spekulieren über unsere böse Absicht und suchen nach der ID-Zensur. Wie gesagt, so kann es kommen, denkt nur nicht gleich, das sei die Regel.

sind. Uns fehlt ein kollektiv getragener Diskussionszusammenhang, der uns bei den eingehenden Nachrichten über den Fetzen Papier hinaus auch den politischen Kontext begreiflich macht.

Dies in dem knappen Zeitraum, den wir zur Fertigstellung einer Nummer haben, zu leisten, wird in dem Maße schwieriger, wie sich die Einzelbereiche, die zusammengenommen als Spektrum politischer und sozialer Bewegung den ID bevölkern, sich untereinander isolieren. Die starke regionale Auffächerung der aktuellen politischen Initiativen sorgt für zusätzliche Unterschiede bei Vorgehen und Einschätzung innerhalb der Bewegung. Das wird besonders augenfällig bei den einzelnen Anti-KKW-Gruppen und ebenso bei deren Beziehung zu – beispielsweise – den Bereichen Knast/Repression/politische Prozesse. Es übersteigt schlichtweg unsere Köpfe und unsere Kräfte, über diesem Spektrum die ordnende, sichtende und „objektivierende" Klammer zu bilden. Eine Klarheit konsumfertig und lesbar vorzuführen, die weder bei der hiesigen Linken,geschweige denn im ID-Kollektiv zu finden ist, haut einfach nicht hin, denn wir stehen selbst „mittendrin" und nirgends „drüber". Insofern können wir auch nicht garantieren, daß neben den sattsam uns packenden technischen Teufeleien keine politischen Pannen mehr passieren.

Mit der uns zur Verfügung stehenden konstanten Seitenzahl gehen wir jede Woche aufs neue das Risiko ein, die Gewichte falsch zu verteilen, einzelne Bereiche überzubelichten, andere zu übersehen oder ihren Stellenwert zu verkennen.
Wir erwarten jetzt von euch weder Nachsicht noch Mitleid mit unserem schweren Schicksal, sondern solidarische Kritik, die den dargestellten Hintergrund miteinbezieht. Keine Artikel mehr zu schicken, ist dabei wohl keine Lösung, denn der ID soll ja auch und gerade dann benutzt werden und benutzbar sein, wenn was passiert. Damit ist der Bremer Frust nicht weg, klar, aber ... und da müßten wir wieder von vorne anfangen.

viel Gerangel und wenig Kommunikation.)

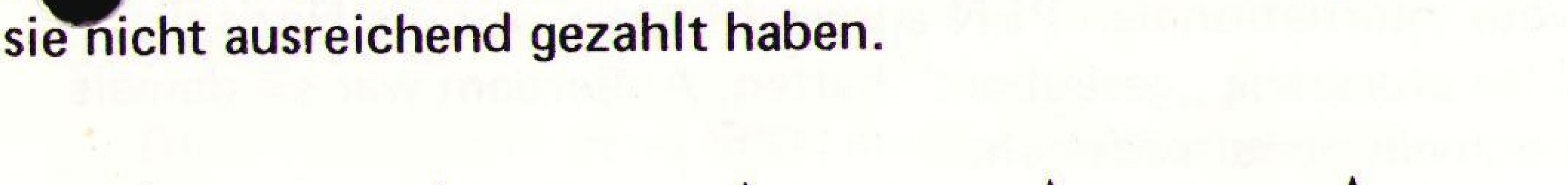
– Dann gibt's jetzt alle zwei Wochen einen ID-Dämmerschoppen. Dort wollen wir die Sachen diskutieren, die über den aktuellen ID-Schreibtisch hinausreichen und doch unweigerlich auf ihn zurückwirken. Themen gibt's dafür genug, und Wein und Bier soll es auch dazu geben.

Kurzum Leute, verliert nicht den Mut, wir haben's auch nicht vor. Für alle Schreiber an der Basis gilt: es gehen längst nicht so viel Berichte verloren, wie abgedruckt werden. (!)

NACHTRAG

Mit diesen Ausführungen im Rücken, sei gleich noch eine Panne bekanntgegeben. Eine Gruppe „Patrice Lumumba" hatte vor einigen Wochen auf das Südafrikanische Verkehrsbüro in München einen Anschlag verübt und uns dazu eine Erklärung geschickt. Einige Leute haben sie gelesen und waren für Abdruck, nicht zuletzt weil sich darin ein für Kommandomeldungen sehr neuartiger Ton dokumentieren ließ. Dann vergingen zwei Tage und die Erklärung war weg – einfach weg. Ein Beschwerdebrief kam hinterher und legte uns allerlei Manipulationen zur Last. Auch wenn es kaum zu glauben ist: dieser Manuskript-Schwund ist ein rein technisch-schlampig-unorganisierter.

P.S. Zur Zeit erhalten 985 Abonnenten den ID nicht, da sie nicht ausreichend gezahlt haben.



DOKUMENTATION ZU EBERHARD DREHER

BERLIN 30. April — Seit März letzten Jahres wird Eberhard Dreher in Untersuchungshaft gehalten, weil er die „Bewegung 2. Juni" unterstützt haben soll. Ihm wirdvor-

BUNDESWEHR UND BROKDORF

HAMBURG 2. Mai — Eine „Dokumentation über Vorgänge in den Kasernen im Zusammenhang mit den Demonstationen vom 19.2. in Brokdorf und Itzehoe".
Enthält u.a.: Vertrauensmann abgesetzt; Einsammeln der Gasmaskenfilter; Übung: Schutz von Atommülltransport; Befehl zur Amtshilfe und Vorbereitung auf den Notstand.
Preis: DM 1,20
Kontaktadresse: Antimilitaristische Soldatengruppe/F.Stegmann; Postamt 2 Hamburg 36; Postlagerkarte Nr. 087842 A

DIAVORTRÄGE ZUM WIDERSTAND GEGEN ATOMENERGIE

FREIBURG 9.Mai — Der Arbeitskreis Umweltschutz/Uni Freiburg hat zum Verleih an Bürgerinitiativen, Jugendgruppen usw. zwei Diavorträge herausgebracht. Der erste mit dem Titel: GEFÄHRDUNG DURCH KERNKRAFTWERKE UND AKTIONEN DER BEVÖLKERUNG bringt in 40 Dias (mit ausführlichem Begleittext, ab Ende Mai mit Tonkassette) einen Abriß der Hauptgefahren der Atomenergie und in 35 Dias eine Schilderung der Kämpfe in Whyl und Brokdorf.

Der zweite Vortrag KEIN KKW IN WHYL UND AUCH NICHT ANDERSWO berichtet über die Geschichte und die Erfahrungen des Widerstandes am Oberrhein (Whyl, Kaiseraugst, Fessenheim, Gerstheim) sowie die Aktionen in Brokdorf und Grohnde.
Verleihadresse: Wolfgang Döring, Bertoldstr. 23, 78 Freiburg
Tel.: 0761/25049

Nun ist klar, daß durch die Benennung dieser äußeren Bedingungen die Sache selbst nicht wieder im Lot ist. Die Kritik (von verschiedenen Ecken) geht dahin, daß sie bei uns politische Kriterien bei der Artikelauswahl annehmen. Einer, dem es am deutlichsten gestunken hat, ist der Horst aus Bremen. Er schreibt:

„Liebe ID'ler,
wir haben jetzt aber endlich die Faxen dick!!!!
Uns reichts - auf westdeutsch. Einige Genossen und Genossinen aus Bremen, die bisher regelmäßig Artikel für den ID geschrieben haben, werden dies in Zukunft nicht mehr tun.
Wir finden es ziemlich unverschämt, wie ihr mit den Artikeln umgeht. Beispiel: für die letzte Ausgabe sind euch mehrere Artikel zugeschickt worden — und das einzige, was aus Bremen abgedruckt wurde, ist die Ankündigung eines Films im Bremer Komunalkino! Ich möchte mal wissen, welche Bedeutung das für Frankfurt, Berlin oder München hat.

So, da also eh nichts von uns erscheint, können wir uns sparen, noch irgendwelche Artikel zu schicken.
Wir verlangen von auch jetzt mal ne schriftliche Erklärung, nach welchen Kriterien ihr die Artikel auswählt, welche technischen und personellen Schwierigkeiten euch veranlassen, ständig irgendwelche wichtigen Artikel rauszuschmeißen!
Und wenn ihr meint, einige ausgeflippte Bremer können sowas nicht verlangen, dann irrt ihr. Wir verlangen es!"

Zum Abwägen und Beschwichtigen fällt uns dazu nichts ein. Unsere technischen Probleme können wir darstellen, wie sie sind, sie sollen aber nicht als Antwort — Ersatz für eine inhaltliche Kritik herhalten. Und da läuft es dann prompt zusammen: die technische Fehlerquote wird dort höher, wo unsere politischen Schwierigkeiten mit einem Text zunehmen, wo die Darstellung brisanter und kontroverser Themen nicht mit den Mitteln des redaktionellen Normalbetriebs zu lösen

Es wurde einmal singgemäß gesagt: entweder der ID hat einen Anspruch und leistet, was man von ihm verlangt, dann isses o.k., oder er leistet nicht, dann kann er einpacken. — Das klingt wie: entweder ich gewinne im Lotto, dann ist gut, oder es wird nix und ich kann mir gleich die Kugel geben. Das will uns nun gar nicht behagen — vor allem, weil wir uns mit dem Projekt ID identifizieren, da viel reinstecken und gar keinen Grund sehen, die ganze Kiste für bankrott zu erklären. Mit dem Motto „es muß alles anders werden" haben wir einige Silberstreifen an den Horizont montiert — schließlich wollen wir die Prob… me nicht jammernd breittreten, sondern aus ihnen raus. Und so soll es (wird es ?) von nun an sein:

— Jeden Morgen gibt's einen festen Redaktionstermin. Aktuelles wird verteilt und vorm Verschlampen bewahrt, Themen werden abgesprochen.
(kritische Anmerkung: diesen „jour fix" beschließen wir etwa alle drei Monate, wenn uns das Zeug über den Kopf wächst, er ist aber bisher immer wieder eingeschlafen.)

— Zu den im ID schwerpunktmäßig vertretenen Bereichen Betrieb/Knast und Justiz/ Ökologie/Uni/Internationales gibt es jetzt eigene Gruppen, die sich regelmäßig treffen, um nicht nur die vorliegenden Nachrichten, sondern auch die dahinterliegende Politik zu bequatschen. Die Gruppen sind offen zusammengesetzt aus ID-Leuten und Praktikern des jeweiligen Gebiets. Über diesen erweiterten Kreis wollen wir näher an die arbeitenden Gruppen rankommen, Impulse für und Kontrolle über die veröffentlichten Sachen erhalten. Die Gruppe „Internationales" z.B., die mit dieser Vorgehensweise rühmlich angefangen hat, trifft sich jeden Mittwoch mit 12 Journalisten aus 6 Ländern ... (äh ?)
(Anmerkung: es gab mal eine ID-interne Einteilung in Ressorts; hat sich aber nicht bewährt. Spezialisten bildeten sich raus, der übergreifende Blick ging verloren, zwischen den Ressorts gabs

geworfen, „in anarchistischen Kreisen verkehrt" zu haben. Außerdem, daß andere, die von den Strafverfolgungsbehörden für Anarchisten gehalten werden, über ihn gesagt haben: „Der ist in Ordnung." Er wird also der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verdächtigt (§ 129 StGB) und allein das rechtfertigt die verschärfte Untersuchungshaft seit dem 26.3.76.

Die Mutter und andere Angehörige von Eberhard haben in Zusammenarbeit mit den Anwälten eine Dokumentation zum „Fall" Eberhard Dreher herausgegeben. Sie kostet 4 Mark.
K… aktadressen: Rechtsanwältin Helga Wullweber, Müllerstr. 144, 1 …erlin 61
Rechtsanwalt Bernd Friton, Bissingzeile 11, 1 Berlin 30

WIR MACHEN EINE BROSCHÜRE: „UNTER-DRÜCKUNG VON KRIEGSDIENSTVERWEIGERERN UND ZIVILDIESNTLEISTENDEN"

BREMEN 2. Mai — Der AMAK (Antimilitaristische Arbeitskreis) Bremen bittet alle Personen, Gruppen und Organisationen, die Material haben oder aus eigener Erfahrung über Unterdrückung der freien Handlung, Meinungsäußerung und Gewissensentscheidung als KDV und ZDL berichten können, dies dem AMAK mitzuteilen bzw. zu schikken. Geplant ist eine umfassende Dokumentation mit Broschüre, Video und Foto. zum Einsatz in Schulen, Jugendgruppen, Bürgerinitiativen usw. Eine Beteiligung interessierter Personen am Russel Tribunal gegen Repression in der BRD ist auch vorgesehen. Alle Angaben werden bis zur Genehmigung durch den/die Informanten vertraulich behandelt.

Weitere Informationen über Anfrage bei:
AMAK Bremen, Heinrichstr. 21, 2800 Bremen, BDP—Haus, Tel.: 0421/32 40 02

ALTERNATIVE GEWERKSCHAFTSZEITUNG FÜR LEHRER UND ERZIEHER

BÖBLINGEN 1. Mai — „rotstift" heißt eine neue Alternativzeitung, die von einer Gruppe organisierter Junglehrer herausgegeben und erst mal im Kreisgebiet Böblingen vertrieben wird. „rotstift" versteht sich als alternative Gewerkschaftszeitung, soll monatlich erscheinen und kostet 50 Pfennig, was aber bei der zunächst bescheidenen Auflage von 500 die Druckkosten nicht decken kann. Aber: 'Wir machen weiter und hoffen auf aktive Unterstützung von einer breiten Basis . . . ' Bestellungen und Anfragen an

„rotstift", c/o Berthold Heuser, Stuttgarter Straße 9,
7033 Herrenberg — Postscheckkonto Karlsruhe 86543-750

"GEWERKSCHAFTER GEGEN ATOMSTROM"—AUFKLEBER

BREMEN 2. Mai — Nach dem erfolgreichen Aufkleber „Atomstrom — Nein Danke" ist jetzt ein neuer erschienen mit der Aufschrift: „Ich bin Gewerkschafter gegen Atomstrom". Die Farbgebung entspricht dem großen Vorbild, also gelber Rand und rote Mitte: die Beschreibung, da sich die Farben in schwarz-weiß nicht widergeben lassen.

Preise: Bis 10 Stück 1.-/ bis 50 Stück 0,80/bis 500 Stück 0,70 und darüber 0,60 DM nach Vorauszahlung auf Konto: K.Klug, Sparkasse Bremen, Nr. 10201143

Kontaktadresse: Klaus Klug, Außer der Schleifmühle 82, 2800 Bremen 1

BEITRAG ZUR FASCHISMUSDISKUSSION

BERLIN 30. April West-Berliner Genossen (innen) aus verschiedenen Basisgruppen haben im März eine Broschüre zur Faschismusdiskussion herausgebracht.

„Anfangs waren wir eine Vorbereitungsgruppe für eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung der nicht parteigebundenen Betriebs-, Stadtteil-, Jugend- und Knastgruppen in West-Berlin. Zum Thema politische und ökonomische Unterdrückung, Situation der linken Gruppen, ‚Widerstand ist nötig — Widerstand ist möglich' wollten wir vorbereitende Thesen und Analysen erarbeiten."

Der jetzt vorliegende Text ist das Ergebnis der Frage: Besteht in der BRD und in West-Berlin ein ‚Neuer Faschismus'. Der erste Teil basiert zum größten Teil auf der Analyse der RZ aus dem „revolutionären Zorn" Nr. 2, Teil 2 bezieht sich im wesentlichen nur auf die Situation der Basisgruppen in West-Berlin, Teil 3 enthält Anregungen zu verschiedenen Widerstandsformen, Teil 4 enthält eine Dokumentation (Chronologie der inneren Sicherheit in der BRD, Todesschuß-Chronologie).

„Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit"
Verlag und Druck: Rotdruck Amsterdam
Kontakt für BRD und West-Berlin über: Rote Hilfe, Postfach 210 512, 1000 Berlin 21 (80 Seiten, Preis 4 Mark)

DOKUMENTATION ZUR ASYL-PRAXIS

HAMBURG 11. Mai Die Zentrale von „amnesty international" hat eine Dokumentation über die Praxis der Asylgewährung bzw. -ablehnung in der BRD veröffentlicht. „ai" schreibt dazu:

„Die 260seitige Publikation „Politisches Asyl in der Bundesrepublik Deutschland — Grundlagen und Praxis" kritisiert vor allem die in den letzten Jahren immer deutlicher werdende Verschärfung der Asylpraxis, die das an sich liberale, in der Verfassung verankerte Recht auf politisches Asyl „in sein Gegenteil verkehrt". Anhand detailliert dokumentierter Einzelfälle wird eine nach Meinung von „ai" verfassungswidrige Handhabung von Verwaltungsvorschriften mit sieben Beispielen belegt."

Die Dokumentation ist über „ai", Stückenstr. 70, 2000 Hamburg 76, zu beziehen.

RICHTIGSTELLUNG

Frau Ingeborg Drewitz, die dem Beirat des ID angehört, bat uns um die Richtigstellung:
Sie ist nicht, wie im ID 175 in Werner Schlegels Brief stand, seit 1936 Präsidiumsmitglied des PEN-Zentrums. 1936 gab es keinen PEN-Club in Deutschland, denn die Gruppe war vom internationalen PEN ausgeschlossen, seit die Nazis die Literaturszene „gesäubert" hatten. Außerdem war sie damals noch ein Schulmädchen.

BRIEF VON HANS-JOACHIM KLEIN

FRANKFURT 11. Mai *In der vergangenen Woche erhielt der SPIEGEL einen Brief von Hans-Joachim Klein. Ein weiteres Exemplar erhielt die Frankfurter Stadtzeitung PFLASTERSTRAND. Wir finden es wichtig, daß die linke Öffentlichkeit nicht nur die zensierten Version des SPIEGEL lesen kann, dort wurden vier mal Teile von Kleins Brief gestrichen. Da wir böse Schwierigkeiten mit unserem Platz haben (siehe auch die Hausmitteilung) und davon ausgehen, daß die Linke eh in dieser Woche den SPIEGEL gelesen hat, bringen wir nur in fettgedruckt die ausgelassenen Stellen.*

Im neuen PFLASTERSTRAND werden der vollständige Brief von Hans-Joachim Klein und verschiedene Stellungnahmen dazu — auch von direkt Angesprochenen — erscheinen. Den PFLASTERSTRAND gibts gegen Überweisung von 2 DM auf das Postscheckkonto W. Arth 315091–600, PschA Frankfurt 90. Was notwendig ist, ist eine öffentliche Diskussion über die Politik der Stadtguerilla.

Ich habe den damaligen „Kollegen" gesagt, daß sie in Zukunft ohne mich auskommen müssten, und wurde natürlich dafür massiv unter Druck gesetzt und bekam u.a. zu hören, daß ich zuviel wisse, vor allem im internationalen Rahmen, und es wurde versucht, mich mit einer obskuren Begründung in ein arabisches Land zu lotsen, aus dem ich wohl nicht mehr herausgekommen wäre.
Und immer weiß der Spiegel noch nicht so genau warum der H.-J. Klein an ihn geschrieben hat. Um ihm mitzuteilen, daß er aus der Sparte der Stadt, Land, See, Luft oder Wüsten-Guerilla ausgestiegen ist, ganz bestimmt nicht. Das hätte er in ca. 2 Monaten auch so mitbekommen und seine schlauen Kommentare dazu gemacht.
Mit den JEMANDen, die mir helfen, habe ich natürlich auch Gespräche geführt, warum ich in Wien beteiligt war, was ich danach an Sachen erlebt habe, die einen revolutionären Deckmantel erhielten und erhalten, die aber im Kern schon fast faschistisch sind. Was Westdeutsche Guerilla alles macht, damit die Beziehungen zu einer Gruppe, von denen sie mehr oder minder abhängig sind, nicht getrübt werden und damit die Logistik stimmt. **Ich habe erzählt, daß dort ein Gefühlsleben vorherrscht, gegen den man selbst ein Grönlandgletscher noch als warm bezeichnen kann.** Und ich habe erzählt, was die an Wahnsinnsaktionen noch geplant haben oder an denen sie gerade dran sind. . . . .

. . . . . Ich meinte und meine, daß die legale Linke und auch andere ein Recht darauf hätten zu wissen, warum ich in Wien dabei war und was westdeutsche (und Internationale; das kann man hier nicht mehr voneinander trennen) Guerilla unter revolutionärer Politik verstehen. Und wie sie das in die Praxis umsetzen. **Das ist dann halt nicht mehr so schön wie es die wohlgefeilten Argumentationen sind, wenn sie die legale Linke oder ihre Sympatisanten von der Notwendigkeit des bewaffneten revolutionären Kampfes überzeugen wollen.**
Der Stapel Papier, der jetzt vor mir und meinen Erfahrungen im nationalen wie im internationalen Guerilla-Theater und zwar hinter den Kullisen vorliegt, soll außer einem tiefen Einblick auch was wichtiges erreichen. . . . .

. . . Und jetzt kann ich das Ding endlich aus dem Koffer rausschmeißen. **Nur wohin damit. Einfach so auf die Straße schmeißen geht doch nicht. Erstens sind die dreckig genug und zweitens könnte jemand darüber stolpern und sich verletzen. Überhaupt wird die Umwelt schon genug durch Atomkraftwerke und ähnlichem zerstört. Da muß ich meinen Mist nicht auch noch dazu laden. Und da sagte ich mir: Mensch, du schreibst doch gerade an den Spiegel und der ist doch auch ein Gegner jeglicher Umweltverschmutzung und Zerstörung. Geb doch einfach dem das Ding und die Patronen (da ist ja ne Menge umweltunfreundliches Zeug drin), der wird bestimmt wissen, wohin damit. Bei den Kontakten zur Vernichtungs-Industrie. Das sei hiermit nun getan.** Und ich hoffe, daß ich mal nicht in ne Situation komme, wo ich das dann bitter bereuen werde. . . . . .

AKTIVER STREIK AN DER UNI GÖTTINGEN

GÖTTINGEN 11. Mai In seinem Asta-Info hat der Göttinger Asta einen Nachruf zum Attentat auf den General Buback veröffentlicht. Dieser Nachruf stellt die subjektive Empfindung eines oder einiger Genossen dar, als die von dem Attentat auf den Generalbundesanwalt hörten. Dieser Artikel des ASTA Göttingen wird nun zum Vorwand genommen, die sog. Sypathisantenscene an den Hochschulen zu bekämpfen. Der Justizminister des Landes und des Bundes hat gegen den Göttinger ASTA Strafanzeige gestellt. Das ASTA-Info wurde verboten, seine Weiterverbreitung untersagt, die Asta-Mitglieder sollen persönlich verantwortlich und haftbar gemacht werden für den moralischen Schaden. Die Basisgruppenasten und die Alternativpresse haben aus diesem Grund beschlossen, den Nachruf des Göttinger Asta in ihren Publikationen nachzudrucken.

Seit heute nun befindet sich die Studentenschaft der Uni Göttingen im aktiven Streik. Dies wurde auf einer Studentenversammlung beschlossen als Antwort auf die Repressalien gegen die ‚Göttinger Nachrichten' im Zusammenhang mit dem Buback-Artikel.

Die Mehrheit der etwa 5000 anwesenden Studenten stimmte gegen etwa 1000 bis 1200 Stimmen des RCDS und der Burschenschaftler für den Streik. Die zweistündige Vollversammlung fand auf dem Campus statt, nachdem der Saal in alter Burschenschafter-Manier frühzeitig mit 800 Anti-Streik-Parteigängern besetzt worden war (‚Bin-schon-da-Taktik') und die Mehrheit erstmal vor der Tür stand. Nachdem eine Lautsprecheranlage herbeigeschafft war, beschloss man den Umzug ins Freie.

Der aktive Streik richtet sich gegen die Maßnahmen von Rektor Beug, der gefordert hatte, fast alle Artikel der Zeitung zurückzuziehen, den Vertrieb einzustellen und die Finanzierung des ‚Schadens' durch die Redakteure selbst, wie gegen die laufenden Strafanzeigen § 88a, 140, Verunglimpfung, Verherrlichung etc.

Während des aktiven Streiks werden Lehrveranstaltungen durch alternative Veranstaltungen ersetzt; Die nächste Vollversammlung wurde für Montag, den 16. Mai anberaumt.

Der Frankfurter Frauen-Asta hat den Göttingern bereits am 5.5. folgende Solidaritätsadresse geschickt:

Liebe rote Schwestern und Brüder,
wir schwören euch feierlich, daß, sollte euch auch nur ein Haar gekrümmt werden oder ein Staatskommisar geschickt werden, wir hier in Frankfurt am stinkenden Main, mit euch das Kriegsbeil ausgraben werden. Als erstes haben wir im Kriegsrat beschlossen als konkrete Solidaritätsmaßnahme euren Artikel in unserem nächsten Asta-Info abzudrucken, wir werden dies auch den Alternativ-Zeitungen und anderen Asten empfehlen. Wer in diesem Staat mit Gewalt sein Geld scheffelt, sieht ja Mann und Frau an der neuesten Suzuki-Werbung: „Suzuki für Scharfschützen".

Dem Asta der Gesamthochschule Kassel droht nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" vom 11.5. die Amtsenthebung, weil er den Göttinger Artikel nachgedruckt hat. Falls nicht umgehend ein Widerruf erfolgt, werde, so der hessische Ministerpräsident Börner „mit aller Härte gegen die Verantwortlichen vorgegangen."

ORDNUNGSRECHT AN DEN UNIS

HEIDELBERG 5. Mai *Seit 1969 gibt es in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg ein Hochschulordnungsrecht, das der Unibürokratie erlaubt, außerhalb von strafrechtlichen Bestimmungen „Ordnungsverstösse" uniintern zu ahnden. Mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes 1976 (HRG) notwendig gewordenen Anpassung der Landeshochschulgesetze (LHG) wird dieses Ordnungsrecht in allen übrigen Bundesländern auch für pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen eingeführt.*

Die Heidelberger Studenten haben ihre Erfahrungen mit dem Ordnungsrecht und seinen Auswirkungen bereits zur Genüge gemacht. In den letzten Semestern sind dort nach Streiks und Boykott von Seminaren 60 Hochschulermittlungsverfahren eingeleitet worden. Davon sind bisher 23 Studenten (innen) bis zu 4 Semestern relegiert, d.h. von der Universität ausgeschlossen worden. In Heidelberg soll vom 17. bis 19. Mai ein Kongreß mit Veranstaltungen, Demonstration und Arbeitsgruppen stattfinden. Der Heidelberger ASTA schreibt dazu:

„Heidelberg ist ein Extrembeispiel für die Politik der Rechten gegen jegliche Art von Opposition. Es gibt natürlich auch in anderen Städten Relegationen und Ordnungsmaßnahmen, die aber bis jetzt noch nicht solche Ausmaße wie in Heidelberg erreicht haben. Die Demo soll ein Beweis für Solidarität mit den Relegierten sein und aber auch zeigen, daß wir alle nicht mehr bereit sind, solche Maßnahmen ohne Widerstand entgegenzunehmen. Zum anderen haben wir und Genossen (innen) von anderen Unis durch die Erfahrungen der letzten beiden Semester gesehen, daß wir Schwierigkeiten haben, mit der Unisituation umzugehen und Widerstand gegen die Lernfabrik Uni zu entwickeln. (Probleme der Verweigerung, Stellenstreichung, Reformierbarkeit der Uni, Streik). Wir wollen versuchen, auf dem Kongress in Heidelberg diese Schwierigkeiten zu diskutieren, um eine Strategie und Politik zu entwickeln mit der wir die Uni nach unseren Vorstellungen auf den Kopf stellen können. Denn es geht um mehr als das Ordnungsrecht.
DIE REFORMIERTE UNI IST EIN KERNKRAFTWERK !

Und noch was. Schreibt mal Artikel zu dieser ganzen Problematik und schickt sie uns. Sie sollen auf dem Kongress diskutiert werden und dann in einer Kongresszeitung veröffentlicht werden."

Vernastaltungsplan für den Antirepressionskongreß:
17.5., 20.oo Uhr: Großveranstaltung Repression und Studentenbewegung.
18.5., 14.oo Uhr: Demo, 17.oo Uhr: Kundgebung 20.oo Uhr: Fest in der Uni
19.5., 11.oo Uhr: Plenum des Antirepressionsmeetings, Thesenhafte Darstellung der Repression und einer Strategie der Linken. 13.oo Uhr: Arbeitsgruppen zu den Thesen. 15.oo Uhr: Abschlußplenum, Zusammenfassung von Koordinierungsvorschlägen (u.a. bessere Kommunikations- und Informationsstrukturen zwischen den Basisgruppen).

Kontaktadresse: ASTA der Universität Heidelberg, Lauerstr. 1, Tel.: 06221 / 13231

„CHILE SI – BOSSLE NO !"

PROFESSOR AN VORLESUNG GEHINDERT

WÜRZBURG 4. Mai Vergeblich versuchte Prof. Bossle am 4. Mai seine Antrittsvorlesung an der Universität Würzburg loszuwerden. Etwa 400 Studenten schrien ihn mit Parolen wie „Schließt euch fest zusammen, leistet Widerstand, wehrt euch gegen Bossles geistig' Hinterland" und „Chile si, Bossle no" zusammen.

Bossle, der seine Karriere als Inhaber des Soziologie-Lehrstuhls antreten wollte, konnte nicht gehört werden. Gegen den Willen der meisten Professoren und Studenten an der Würzburger Universität und außerhalb der offiziellen Berufungsliste war Prof. Bossle von Bayerns Kultusministrer Maier aufgrund eines Sondervotums für den Soziologie-Lehrstuhl bestimmt worden. Bossle, der sich besonders für seine Einsatzfreude für Chiles Junta auszeichnet und bei einer seiner Rundreisen dort das faschistische Pinochet-Regime „humaner als eine der mehr oder weniger kommunistischen Diktaturen" bezeichnet hatte, das die öffentliche Kritik noch weiterhin ertragen müsse, weil es gewagt habe, den Triumpfmarsch, den der Sozialismus in der ganzen Welt weiterführe zu hemmen, ist CDU-Mitglied und Strauß-Spezi.(„Dieser Mann (Strauß) würde jeder bayrischen Universität zur Zierde gereichen"). Bisher konnte Bossle nicht eines seiner Seminare durchführen.

SEMESTERABBRUCH AN DER FH IN GIESSEN/FRIEDBERG ?

GIESSEN 11.Mai — An der Fachhochschule in Gießen-Friedberg droht der Abbruch des laufenden Semesters, falls das Kultusnimisterium nicht auf die Forderungen der seit über zwei Wochen streikenden Studenten eingeht. Hier eine Chronologie der Ereignisse:

Im April erläßt der hessische Kumi eine Zwangsprüfungsordnung für den Fachbereich Bauingenieurwesen an der FH. Wesentlicher Punkt dieses Zwangserlasses ist die Einführung einer Regelstudienzeit auf 6 Semester mit der Androhung der Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung geringer Nachfristen. Eine Zwischenprüfung wird eingeführt, die mit den ersten Fachprüfungen (zum größten Teil Klausuren) gleich nach Studienbeginn einsetzt. Wer das Grundstudium mit allen Prüfungen noch 4 Semestern nicht abgeschlossen hat, wird zwangsexmatrikuliert. Spätestens zum Ende des 6. Semesters muß die Meldung zur Ingenieurarbeit der Abschlußprüfung vorliegen.

„Diese Zwangsprüfungsordnung zwängt und in ein Prüfungskorsett vom 1. bis zum letzten Semester — und dies mit 10 bis 15 Prüfungen pro Semester", so die Asta-Vorsitzende.

Auf einer von 700 Studenten gut besuchten VV am 18.4. wird als Kampfmaßnahme der Ingenieurstudenten gegen die vollständige Rückentwicklung der Fachhochschule zur Paukschule (ca. 60 Scheine in 6 Semestern) eine Urabstimmung über einen aktiven Streik beschlossen. Ziel des Streiks ist die Rücknahme der Prüfungsordnung. Folgende Minimalforderungen werden gestellt: keine Zwischenprüfung, die während des Grundstudiums erworbenen Leistungsnachweise gelten nicht als Teilleistung einer Zwischenprüfung. Der Abschluß der Grundstudiums wird durch ein Zwischenzeugnis festgestellt. Keine Regelstudienzeit und damit verbundene Zwangsexmatrikulation. Die Wiederholbarkeit von Leistungsnachweisen wird nicht eingeschränkt.

Obwohl das Rektorat der FH Urabstimmung und Streik als Rechtswidrig bezeichnet, beginnt der Streik am 27.4., nachdem bei einer Wahlbeteiligung von 73 % über 53 % für ihm votierten. Bereits am ersten Streiktag fallen über 90 % der Lehrveranstaltungen aus, die noch stattfindenden Veranstaltungen sind schwach besucht. Trotz einer Gegenoffensive der Hochschulleitung wird der Streik bis heute durchgehalten, trotz einer Strafanzeige gegen die Asta-Vorsitzende, trotz Raumsperrungen und Schikanen.

Der Streik der Giessener wird unterdessen durch einen dreitägigen Warnstreik der FH Wiesbaden unterstützt., die sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und deren Forderungen übernommen haben. Falls das Kumi bis zum 11.5. nicht auf die Forderungen eingegangen ist, wollen die Studenten der FH Giessen das Semester für sich aus für abgebrochen erklären.

GIESSEN, 11.5. **LETZTE MELDUNG**

Laut Asta-Erklärung wurde auf einer von 900 Studenten besuchten VV das Semester für abgebrochen erklärt. Der Streik wird aktiv weitergeführt. Nächste VV am 17.5.

EHEMALIGER ASTA-VORSITZENDER VOR GERICHT

FRANKFURT 12.Mai — **Am 17.5.77 findet in Frankfurt der Prozeß gegen Georg Dick, das ehemalige Mitglied des AStA-Vorstands statt. Die Anklage lautet auf „Anstiftung zur Freiheitsberaubung". Wie ist es dazu gekommen?**

„Freiheit für Brigitte Heinrich!"
Im Zusammenhang mit der Aktion Winterreise wurde die Dozentin Brigitte Heinrich (heute Vorsitzende des Studentenparlaments) verhaftet (siehe ID 72). Vorgegebene Gründe für die Verhaftung von Brigitte war die Aussage von ‚fadenscheinigen Zeugen', wie Bloch sie nannte, die behaupteten, Brigitte hätte Sprengstoffanschläge „erörtert". Brigitte wurde fast 5 Monate im Knast festgehalten. 1 Tag vor ihrer Haftprüfung, als die unhaltbaren Haftgründe offengelegt werden sollten, wurde sie plötzlich entlassen.

Das Universitätspräsidium, als Arbeitgeber von Brigitte, hat eine Vorverurteilung vorgenommen. Brigitte wurde, bevor ihre Schuld juristisch festgestellt wurde, als Dozentin entlassen; ihr Lehrauftrag im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften wurde nicht verlängert.

Während der Kampagne um die Freilassung von Brigitte, an der sich auch Professoren, Ärzte und Schriftsteller aus der ganzen BRD beteiligten, beschlossen die Studenten am Tag nach Brigittes Freilassung im Konvent die Wiedereinstellung von Brigitte zu diskutieren. Der AStA wurde aufgefordert, diese Diskussion um die Wiedereinstellung von Brigitte mitzutragen. Das wird Georg Dick heute vorgeworfen, deswegen steht er vor Gericht.

Möglichst schnell und ohne großes Aufsehen, ohne Öffentlichkeit wollen sie den Prozeß gegen den ehemaligen AStA-Vorsitzenden Georg Dick durchziehen. Machen wir ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung. Lassen wir es nicht zu, daß Georg als einziger von uns vielen, die wir die Diskussion im Konvent mitgeführt haben, oder uns mit der Aktion identifizieren, herausgegriffen wird und exemplarisch für alle vor Gericht verurteilt werden soll."

Prozesstermin: Dienstag, 17.Mai, 9.15 Uhr
Zimmer 123, Gerichtsgebäude A

UNI FRANKFURT:

Der Mediziner-Streik läuft in Ffm. bereits erfolgreich seit 2 Wochen. Ein ausführlicher Bericht darüber und über einen uniweiten Streik, der auf einer VV am Montag beschlossen werden soll, findet sich im Hochschul-ID, der diese Woche wieder erschienen ist und bei den Basisgruppenasten, oder beim ID zu haben ist.

„FRANKFURT FÜR KINDER" — ZUR SITUATION DER KITAS—

FRANKFURT 5.Mai — Ende der 60ziger Jahre führte die Kritik an der Vorschulerziehung durch die Kinderladenbewegung und die Proteste der Erzieher gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten zu breiten Diskussionen in der Öffentlichkeit

Die SPD startete in dieser Situation den Wahlschlager „Kita 3000", mit dem 3000 neue Kindergartenplätze im Rahmen eines „progressiven" Erziehungskonzepts geschaffen werden sollten.

Da für die Kinderarbeit unter den herkömmlichen Bedingungen (Hierarchie in den Tagesstätten, große Kindergruppen etc.) keine zusätzlichen E.zieher für die neuen Einrichtungen gefunden werden konnten, wurde mit verbesserten Arbeitsbedingungen beworben:

- vollbezahlte sechswöchige Vorbereitungslehrgänge
- Möglichkeiten der Teilzeitarbeit
- kollegiale Leitung
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- überdurchschnittliche Entlohnung

Die „kollegiale Arbeitsform" sollte der Verwirklichung der neuen Erziehungsziele der KITAs dienen:

„Erziehung zu sozialem Verhalten, Selbstbestimmung und Selbststeuerung."
(Anzeige des Stadtschulamts im ‚Stern' v.16.8.72)

Die Kitaerzieher, die zunächst in 19 Einrichtungen ab 1972 ihre Arbeit aufnahmen, nahmen die Verwirklichung der Erziehungsziele und Versprechungen ernst.

Es konstituierte sich eine provisorische Selbstorganisation, der Kita-Rat, in dem die Delegierten aus jeder Kita vertreten ..ren. Der Kita-Rat arbeitete zunächst mit einer provisori...en Projektleitung in der Verwaltung der Kitas, dem Stadtschulamt zusammen.

Die Kita-Mitarbeiter/innen forderten die vertragliche Absicherung der versprochenen Arbeitsbedingungen und lehnten deshalb die Normalarbeitsverträge ab. Es kam zu Verhandlungen mit der Stadt um eine Dienstvereinbarung. Die Kita-Mitarbeiter/innen forderten:

Anerkennung der Teamarbeit
Anerkennung des Kita-Rats als Entscheidungsorgan
Anerkennung unserer Arbeitszeitregelung
Erhöhung der pädagogischen Planstellen von 8 auf 12
Gleiche Bezahlung aller Team-Mitglieder nach BAT V b
Vorbereitungskurse für neu eingestellte Mitarbeiter
Projektbezogene regelmäßige Fortbildung, die für die nicht pädagogisch Ausgebildeten zum Erzieherabschluß führen muß
Mitbestimmung bei der Erstellung des Fortbildungsprogramms
Sofortige Beseitigung aller baulichen Mängel und Gefahrenquellen. . .
(Dokumentation über das Projekt Kita 3000, verfaßt von d. Mitarbeitern).

Die Stadt war nicht bereit, auf diese Forderungen einzugehen; nach langwierigen Auseinandersetzungen, die in einem Go-in von Eltern, Erziehern und Kindern im Frankfurter ..mer und einem Streik der Mitarbeiter wegen der Entlassung von Kollegen gipfelten, verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung eine Sondergeschäftsanweisung für das Kita-Projekt im November 74.

Gleichzeitig sollte die Kinderzahl in jeder Kita erhöht werden, schließlich wurde ein Verhältnis von 1 Erzieher/in auf 10 Kinder festgelegt. 80 Kinder sollten in jeder Kita aufgenommen werden. Die Sondergeschäftsanweisung deklamiert die ursprünglichen Ansprüche in der Präambel:

„emanzipatorische und komplementäre Erziehung" und dementsprechend „kollektive Arbeitsformen".
Die Ausführungsbestimmungen stellen sie auf den Kopf, indem sie die Kita-Teams in die hierarchisch-bürokratische Struktur des Schulamts einzubinden suchen: statt des „Kita-Rats" ist die Wahl von Vertretern der Mitarbeiter in der Projektleitung vorgesehen, die reine Vorgesetztenfunktionen hat. „Mitbestimmung statt Selbstverwaltung"? — nein, Schein-Beteiligung statt Selbstorganisation!

Im weiteren Verlauf wurden die drei Projektleiterstellen, die als „Mitbestimmung" von den Mitarbeitern gestellt werden sollten (Funktion: Dienst- und Fachaufsicht zusammen mit drei von der Stadtverwaltung eingesetzten Projektleitern) nicht von den Mitarbeiter/innen gewählt und damit nicht besetzt.

Immer wieder verunsicherten Gerüchte um Reduzierung des Projekts auf eine Kita die Mitarbeiter/innen und Eltern (zuletzt im Frühjahr 76). Im Herbst ergeht an die Kitas wieder einmal die Verfügung, die Kitas auf 80 Kinder aufzufüllen, anderenfalls sei mit Kündigungen zu rechnen.

Da die meisten Kitas eh nur wenige Voranmeldungen haben, konzentrierte sich die Auseinandersetzung in dieser Frage auf eine Kita in der Lenaustraße, deren Mitarbeiter die weitere Aufnahme von Kindern wegen der ungünstigen Raumaufteilung und ihrer besonderen Situation im Stadtteil pädagogisch nicht mehr verantworten konnten.

Im Laufe dieser Auseinandersetzung kommt es zur Besetzung der Kita durch die Polizei.

Dies ist nur ein Symptom für die Reglementierung der Kita-Mitarbeiter und die zunehmende Einschränkung der Arbeit, auch durch einengende Verfügungen und Anweisungen.

Da sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Erzieher und Kinder in den Kitas schon unter der SPD-Herrschaft immer mehr verschlechtert haben, sehen die Mitarbeiter in der Umwandlung des Projekts in „normale" Kindertagesstätten, wie die CDU es jetzt nach ihrem Wahlsieg plant, lediglich den Vollzug der begonnenen SPD-Politik.

Umwandlung in normale Kindertagesstätten heißt: Beseitigung der Teamarbeit, stattdessen eine Leiterin, größere Kindergruppen in jedem Raum, mehr Kinder auf eine Bezugsperson.

Dagegen wehren sich Erzieher und Eltern des Kita-Projekts. Sie sehen ihre Situation aber nicht als einzigartig an, sondern begreifen sie als ein Merkmal für die schlechten Lebensbedingungen der Kinder in Frankfurt.

Wie groß das Bedrüfnis, die Situation der Kinder zu verändern ist, zeigte sich an der ersten Aktion, die zur Vorbereitung einer Bürgerinitiative veranstaltet wurde: Kita-Eltern und Erzieher feierten am 1.Mai ein Kinderfest, das überwältigenden Anklang fand, und das nicht nur bei Kindern.

In Diskussionen der Eltern und Erzieher aus den Kitas wurde klar, daß nicht nur um die Erhaltung der Kitas zu kämpfen ist. So entstand die Idee, eine Bürgerinitiative zu gründen, die kämpfen soll:

- für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Kitas
- für die Verbesserung der Situation in allen Kindertagesstätten
- für größere, den Kindern entsprechende Spielplätze
- für mehr Beratung und unbürokratische Hilfe für Kinder, Eltern und Erzieher
- für materielle Absicherung aller Einrichtungen und Initiativen für Kinder und Jugendliche durch die Stadt
- gegen bürokratische Bevormundung aller dieser Projekte

Zur Gründungsversammlung der Bürgerinitiative am 9.Mai kamen etwa 250 Leute, darunter Vertreter verschiedener Initiativen, die in ihren Stadtteilen Forderungen stellen, z.B. nach einem Kinderhaus; Vertreter schon arbeitender Gruppen, wie Kinderläden, Jugendhäuser, Einrichtungen für ausländische Kinder, ein Therapiezentrum und auch Mitarbeiter aus städtischen Einrichtungen.

In fast allen Berichten der Gruppen wurden als Hauptproblem die schon zu geringen Finanzen und die Befürchtung weiterer Kürzungen genannt.

Konkrete inhaltliche Vorstellungen sowie ein Satzungsentwurf sollen am 23.5., 20.00 Uhr im Bürgerhaus Nordweststadt diskutiert werden.

FRÜHJAHRSMANÖVER

HESSEN 7.Mai *Vom 28.4. bis 5.5. lief in der Gegend von Fulda und Hünfeld ein Großmanöver unter der Bezeichnung „Certain Fighter". Es war das größte Manöver des V. Corps, mit Hauptquartier in Frankfurt, seit seiner Anwesenheit in der Bundesrepublik. Auf der US-Seite waren im großen und ganzen beteiligt: Die*

8. Infantriedivision, die in Bad Kreuznach mit 15 000 Mann stationiert ist; sie stellte den „Feind" und hatte ihr Hauptquartier 8 km nordöstlich von Fulda, drei (3!) km von der DDR-Grenze entfernt.

Die 3. Panzerdivision als „Verteidiger" mit Hauptquartier in Frankfurt.

Außerdem die 17. Luftwaffe, Artillerie und Pioniereinheiten, das 3. Support Command mit ca. 24 000 Mann zusammen.

Auch hier sollte die Bereitschaft zur Verteidigung gegen einen „Angriff aus dem Osten" geprobt werden.

Nach Angaben des V. Chors sind wegen des guten Wetters und wegen der guten Instruktion der teilnehmenden Soldaten die Flurschäden auf einen „Minimalwert" gesenkt worden.

Viele der US-Soldaten des V. Chors beklagten sich, daß die Manöver-Vorgehensweise eine Provokation gegen die DDR ist. „Wir sind auf die Grenze zugefahren, als ob wir sie einschüchtern sollten". Mehrere Male im Dunklen war die Gefahr sehr groß, daß einfach über die Grenze hinübergefahren wurde. Sie wurden nur durch die Militärpolizei im letzten Moment davon abgehalten.

WERNGES, 9.5.



„Liebe Leute,

ihr kennt ja Wernges ein wenig — es kann hier sehr ruhig und schön sein, doch zwei oder dreimal im Jahr ist für eine Woche lang oder so die Hölle los: da kommen die Amis und die Bundeswehr und machen Krieg. Da gibt's jedesmal einen Haufen „Flurschäden", die Straßen sehen aus, als ob ein paar Ausgeflippte mit dem Presslufthammer unterwegs waren — und, was am schlimmsten ist: diese wahnsinnigen Panzer, so groß wie unser Haus, rollen Tag und Nacht auf der Straße vorbei. Jedesmal wackelt alles, die Kinder fangen an zu schreien, können nachts nicht schlafen, Mann und Frau selbst fangen langsam an, durchzudrehen, weil wir echt das Gefühl kriegen, im Krieg zu sein — zusammen mit den Düsenjägern im Tiefflug, den Hubschraubern und LKW's.

Letzte Woche, vom 2. bis zum 7., war wieder so ein Ding angesetzt. Ich weiß net, wieviel zehntausend Mann und wieviel Material unterwegs war, doch am Mittwoch, dem 4., reichte es uns dann:

Ich malte am Vormittag ein Spruchband aus Tapete voll und nagelte es an den Zaun.

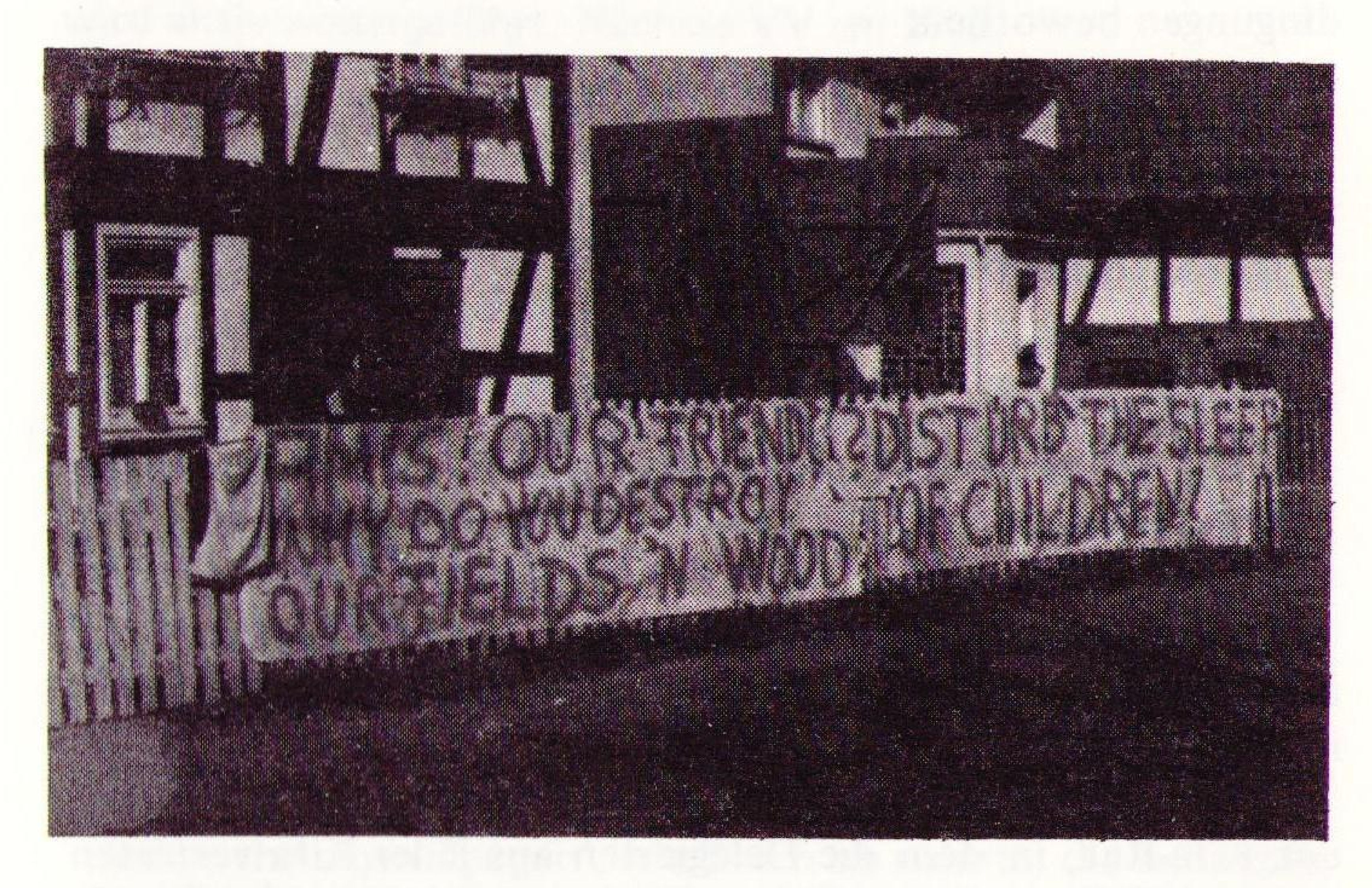
Aus dem Fenster hängten wir die Lautsprecher raus und dann lief den ganzen Tag „Bob Dylan."

Die M., S. und K. waren den ganzen Tag über am Agitieren, denn sehr oft hielten die Amis mal an, weil sie es kaum glauben konnte, daß da so ein Ding hing.

„Warum fahrt ihr nicht nach Hause und macht Kinder?" „Pretty good, really!", „Es tut mir leid", waren häufige Antworten. Aber was nutzt das schon?

Der Ami, der mit seinem Jeep einen Platten hatte und den ganzen Tag an der Telefonzelle stand (sah so aus, als wäre es der CIA-AGent, der die Zivilbevölkerung beobachtet), fuhr ganz gut auf den Dylan ab und wippte ein bißchen mit.

Ich hatte den Eindruck, daß es denen echt leid tat, aber die Pflicht. . . na, ja, scheiß drauf!



Tatsache ist: ALLEN, DEN NACHBARN, DEN LEUTEN IN DER KREISSTADT, ALLEN STINKT DAS GANZ UNGEHEUER. ABER KEINER MACHT MAL SEIN MAUL AUF, ÖFFENTLICH.

Da kommt dann höchstens mal so ein Bericht im Lokalanzeiger, daß die Bevölkerung gut zusammengearbeitet hat mit den Soldaten, was sich bei einer angesetzten Fete mit Freibier und so, im Rahmen Deutsch-Amerikanischer Verständigung zeigt.

Ich finde das zum Kotzen. Ihr könnt euch das nicht vorstellen, weil die in der Stadt halt keine Manöver machen. Da sind die Amis schön abgeteilt in Kasernen und „housing areas", wo kaum einer seinen Fuß hinsetzt.

Aber hier können wir erleben, was es heißt, noch immer ein besetztes Land zu sein. Es sieht so aus, als hätten die den Auftrag, ohne Rücksicht ihre Manöverspielchen durchzuführen. Ich möcht nicht wissen, wieviele male wir hier schon ausgebombt, gefangen genommen und verbrannt worden sind.

Liebe, solidarische und grüne Grüße"

ERGÄNZUNG: FLURSCHÄDEN

Sie sollen sich nach Schätzungen des Hauptquartiers in Frankfurt auf 2 Millionen Mark belaufen, was für „übliche" Flurschäden als „gering" eingestuft wird.

Es hat Tote gegeben: Drei Tote, Sechzehn Verwundete (nach offiziellen Angaben)

Westdeutsche Truppen haben an diesem Manöver nur als Verbindungs- und Koordinationshilfe teilgenommen, wird gesagt.

ÜBER 6000 BEI DER VERANSTALTUNG FÜR EIN RUSSEL-TRIBUNAL

HAMBURG 7. Mai — Anläßlich des 32. Jahrestags der Befreiung vom Nationalsozialismus fand in der Ernst-Merck-Halle eine Großveranstaltung mit dem Thema: „Deutschland — Modell für Europa? " statt. Das Interesse an dieser Veranstaltung zeigt sich auch in der Zahl der Besucher (nämlich über 6000).

Als Gäste waren anwesend:

Jean Pierre Vigier (Frankreich, ehemaliges Mitglied der Restistance, Mitglied einer Initiative gegen die deutsch-amerikanische Vorherrschaft in Europa); Lidia Franceschi (Italien, Mitglied einer italienischen Partisanenorganisation, ANPI); Erich Fried (England, Schriftsteller, der 1938 aus Österreich vor den Nationalsozial sten emigrieren mußte) Henrik Kaufholz (Dänemark, Mitglied der internationalen Untersuchungskommission über die Todesumstände von Ulrike Meinhof und Mitglied des dänischen Komitees ,Berufsverbote in der BRD'), Ingeborg Drewitz (Westberlin, Schriftstellerin und Mitglied des Pen-Club) und Wolf Biermann.

Von den ausländischen Gästen wurde darüber berichtet, wie die zunehmende Repression in der BRD wahrgenommen und mit Sorge verfolgt wird. Informiert wurde über das Ausmaß der Berufsverbote, Zensur in den Medien, Haftbedingungen der politischen Gefangenen, Verteidigerausschlüsse und Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften.

Veranstalter war die Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal über die Repession in der BRD, in der u.a. mitarbeiten: Evangelische Studentengemeinde (ESG), Gruppe Internationaler Marxisten (GIM), Kommunister Bund (KB), Jungdemokraten, Sozialistisches Büro (SB), Mitglieder der ...chschulinitiative gegen Berufsverbote, Gruppen, die politische Gefangene betreuen und Einzelpersonen.

Grußbotschaften kamen von Jean Paul Satre, der Vorsitzender des ersten Russell-Tribunals war; von Lelio Basso, der Sekretär des zweiten Tribunals war und von dem französischen General de la Bollardiere, der durch seine oppositionelle Haltung im Algerienkrieg bekannt wurde.

Neben den Grußbotschaften und Beiträgen erhielt ein Brief an die Russell Foundation Beachtung, in dem auf die Tendenz der Russell Foundation eingegangen wird, das angekündigte Tribunal schwerpunktmäßig auf die Berufsverbote zu beschränken. Dieser Brief, der fast einstimmig verabschiedet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Mit Beunruhigung und Sorge haben wir bemerkt, daß das geplante Russell-Tribunal im letzten Schreiben der Russell-Peace-Foundation als ,Tribunal über die Berufsverbote' angekündigt wird.

Wir erinnern daran, daß in allen bisher veröffentlichten Aufrufen für das Zustandekommen des Russell-Tribunals auf ein ...ites Spektrum repressiver Maßnahmen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen hingewiesen wurde:

- *so die Berufsverbote und die strafrechtliche Verfolgung politischer Meinungsäußerung, Zensur und Disziplinierung in den Medien, wie sie durch einen Paragraphen 88a gesetzlich festgechrieben ist.*
- *Politische Unterdrückung in kulturellen, kirchlichen und anderen Institutionen.*
- *Weiterhin die Einschränkung von Rechten der Angeklagten und ihrer Verteidiger, sowie die Verschärfung von Haftbedingungen, insbesondere die unmenschliche Isolationshaft.*
- *Der Polizeiapparat und die Geheimdienste wurden in den letzten Jahren immens ausgebaut und in paramilitärischen Einsätzen gegen Bürgerinitiaitven erprobt.*
- *Die systematische Verteufelung der Linken bewirkt eine direkte Ermutigung für alle möglichen rechtsradikalen Übergriffe und Umtriebe.*
- *Weiterhin wurde hingewiesen auf die verschärfte Anwendung ausländerrechtlicher Bestimmungen.*
- *Auf die Zusammenarbeit des bundesdeutschen Verfassungsschutzes mit ausländischen Geheimdiensten. So wurden seit 1959 in der BRD lebende Iraner an die Geheimpolizei des Schah-Regimes denunziert. Dies ist ein Akt der westdeutschen Behörden, der durch die bundesdeutsche Verfassung ausdrücklich verboten ist.*
- *Berufsverbote werden sogar gegen Frauen praktiziert, die legal abgetrieben haben.*
- *Schwarze Listen werden in den Betrieben geführt, Belegschaftsangehörige durch private Dekteien bespitzelt.*
- *Auf die Gewerkschaften wird zunehmend Druck ausgeübt, u.a. durch die Anwendung eines Verbändegesetzes. Im DGB selbst wird mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ein Radikalenerlaß praktiziert.*

Wir bitten die Russell-Peace-Foundation, die Arbeit des Tribunals nicht auf die Berufsverbote einzuengen, sondern an der ursprünglichen Planung festzuhalten, dem Russell-Tribunal das Ausmaß der politischen Unterdrückung in der BRD möglichst umfassend vorzulegen."

Stellvertretend für die vielen Grußworte der Beitrag von Lelio Basso:

„In meiner Eigenschaft als Miglied des Russell-Tribunals über die amerikanischen Verbrechen in Vietnam und als Präsident des 2. Russell-Tribunals über die Repression in Brasilien, Chile und Latein-Amerika begrüße ich die Initiative ein 3. Russell-Tribunal zu schaffen, um die Probleme der Repression in der BRD in Angriff zu nehmen.

Heute, wo die BRD aufgrund ihrer ökonomischen Macht versucht, sich an die Spitze eines vereinten Europa zu stellen, sind alle europäischen Demokraten daran interessiert, gegen die repressiven Tendenzen zu kämpfen, die sich in der BRD in immer stärkerem Maße entwickeln, sei es von seiten der rechten Opposition, sei es durch die Regierung selbst und die Sozialdemokraten.

Es scheint mir offensichtlich, daß der Kapitalismus in seiner aktuellen Entwicklungsphase, die eine immer größere Beteiligung an der politischen Macht erfordert, um den Mechanismus des Profits in Gang zu bringen, ohne jedoch die Eleminierung der Schwierigkeiten und Widersprüche erreichen zu können,die Krise und die sozialen Spannungen, die daraus entstehen, verhindern zu können, eine nicht zu unterdrückende Tendenz innehat, immer autoritärer und repressiver zu werden, um jede Form der Demokratie der Basis und jeden Ausdruck der Meinungsverschiedenheit sowie jeden Versuch der Veränderung zu ersticken.

Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß alle Kräfte heute mobilisiert werden, die die Demokratie wollen, weil es morgen schon vielleicht zu spät sein kann und Europa wieder aufs neue Erfahrungen macht, die wir schon in zwei Kriegen erleiden mußten. In diesem Sinne beglückwünsche ich Eure Initiative, zu der ich Euch auch im Namen meiner ganzen Kollegen des 2. Russell-Tribunals den größten Erfolg wünsche."

Lelio Basso

Die Vorbereitungsgruppe bereitet eine Zusammenstellung der Beiträge und Reden vor. Anfragen und Kontaktadresse:

Gabi Oberstenfeld, Keplerstr. 10, 2 Hamburg 50 Tel: 3909555
Ulrich Hentschel, Wilstorferstr. 86, 2 Hamburg 90, Tel: 7652307

GEWERKSCHAFTSSEKRETÄRE RUFEN AUF: DEMOKRATISCHE GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN

FRANKFURT 6.Mai Eine Initiative hauptamtlicher Gewerkschaftssekretäre hat eine Unterschriftensammlung unter der Überschrift: Demokratische Grundrechte verteidigen! gestartet:

„ In Übereinstimmung mit den Forderungen vieler Kolleginnen und Kollegen, die sich in den Beschlüssen des 10.

ordentlichen DGB-Bundeskongresses, der Landesbezirkskonferenzen des DGB und der Gewerkschaftstage der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften widerspiegeln, rufen die Unterzeichner zur aktiven Verteidigung demokratischer Grundrechte in der Bundesrepublik auf.

Wir müssen feststellen, daß unter Berufung auf das Grundgesetz die Verfassung selbst ausgehöhlt und sogar in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Unternehmerverbände und Teile der CDU/CSU sowie der FDP gehen immer häufiger dazu über, ihnen nicht genehme Forderungen und Meinungen als „verfassungsfeindlich" zu verteufeln; beispielsweise erklärte K.H. Biedenkopf auf dem Deutschen Sparkassentag 1976, daß die marktwirtschaftliche Ordnung für ihn „Verfassungsqualität" besitze. Von dieser Auffassung ist es nur ein kleiner Schritt, Vorstellungen zur Veränderung der Marktwirtschaft in Richtung auf mehr Planung und Einflußnahme der Arbeitnehmer – wie sie zum Beispiel auch im DGB-Grundsatzprogramm erhoben werden – als „verfassungsfeindlich" darzustellen. So werden bereits die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung, Investitionskontrolle und auch tarifvertraglichen Schutz gewerkschaftlicher Vertrauensleute beurteilt. Diese Haltung wird von Teilen der Massenmedien publizistisch noch unterstützt.

Grundgesetz und Länderverfassungen sind jedoch in keiner Weise Garantieurkunden für die Vormachtstellung der Unternehmer und für die Benachteiligung der abhängig Beschäftigten. Sie ermöglichen vielmehr ausdrücklich tiefgreifende Veränderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Zudem besteht noch immer ein oft tiefgreifender Widerspruch zwischen Verfassungsauftrag und Verfassungswirklichkeit, sei es bei dem Recht auf Bildung, der Gleichberechtigung der Frau oder der Sozialpflichtigkeit des Eigentums.

Die Gewerkschaften nehmen für sich in Anspruch, stets aktiv für die Wahrung und Erweiterung demokratischer Grundrechte eingetreten zu sein und weisen mit aller Entschiedenheit zurück, gewerkschaftliche Forderungen als „verfassungsfeindlich" zu verketzern.

Die Gewerkschaften können nur dann ihre gesellschaftlichen Aufgaben erfüllen, aktiv die Verhältnisse in den Betrieben und der gesamten Gesellschaft mitzugestalten, wenn die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte uneingeschränkt wirksam bleiben und wenn in unserem Lande ein Klima lebendiger Demokratie herrscht.

Der Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder vom 28.1.72 über die Behandlung von „Radikalen" im öffentlichen Dienst und die ihn ablösenden Regelungen auf Länderebene stellen einen besonderen Teil einer Entwicklung dar, eben diese Grundrechte einzuschränken. Insbesondere wird dadurch das Recht, wegen religiöser oder politischer Anschauungen nicht benachteiligt zu werden, ausgehöhlt. Denn trotz nachgewiesener Qualifikation werden politisch aktive Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gemaßregelt oder Bewerber nicht eingestellt, obwohl kein Beweis für verfassungswidrige Tätigkeiten vorliegt. Dabei wird ihr tatsächliches Verhalten zur Verfassung und ihr wirkliches Verhalten im Beruf überhaupt nicht berücksichtigt.

Besondere SOrge muß bereiten, daß diese Disziplinierungen, die in vielen Fällen einem Berufsverbot gleichkommen, immer weitere Kreise ziehen, denn es sind bereits jetzt Mitglieder legaler Parteien, Parteilose und Gewerkschafter unter den Betroffenen. Hunderttausende wurden bereits von den Verfassungsschutzämtern durchleuchtet (laut Bericht des BMI vom Januar 75, 450 000 in der BRD). In Anhörungsverfahren für die Einstellung in den öffentlichen Dienst taucht bereits die Frage nach der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft auf. Bei außerordentlichen Kündigungen von Betriebsratsmitgliedern wiederrum wird schon mit dem Hinweis auf die Einstellungs- und Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst argumentiert. Einschüchterung greift um sich und Duckmäusertum droht zu entstehen. Dadurch wird ein Klima geschaffen, das es ermöglicht, auch gegen aktive Interessenvertreter im Betrieb und in der Verwaltung stärker vorzugehen.

Die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, daß auch die sogenannte 9-Punkte-Regelung der Koalition nicht geeignet ist, diese Gefahren auszuschalten.

Immer mehr Persönlichkeiten und Gruppen des In- und Auslandes sehen Anlaß, vor dieser gefährlichen Entwicklung zu warnen. Gewerkschafter und weite Teile der Öffentlichkeit des Auslandes verweisen darauf, daß diese Entwicklung unter den westeuropäischen Demokratien eine unrühmliche Ausnahme ist. In der Bundesrepublik ist hier neben einer Fülle von Gewerkschaftsbeschlüssen zu denken an die Initiativen Hunderter von Hochschullehrern, an Stimmen in der FDP und der SPD. Es ist an der Zeit zu erkennen, daß immer mehr diejenigen Auftrieb bekommen, die darauf abzielen, ihnen unbequeme Demokraten als „verfassungsfeindlich" abzustempeln. Dieser Entwicklung kann und muß Einhalt geboten werden. Mit unsrem Aufruf wollen wir dazu beitragen, die demokratischen Grundrechte zu verteidigen und ihrem schleichenden Abbau entgegenzutreten."

BENNETER: DIE GROSSE KOALITION WIRD VORBEREITET

PLANKSTADT
6. Mai

Notizen:
Die Veranstaltung wurde von dem zurückgetretenen Juso-Vorstand Mannheim und dem Kreisvorstand Heidelberg und Umgebung (Rhein-Neckar) getragen. Die Veranstaltung war nicht öffentlich.

Von einem Teilnehmer wurde folgendes berichtet:
Es waren mehrere hundert Jungsozialisten und viele ältere Sozialdemokraten anwesend, obgleich die SPD für Veranstalter solcher Benneter-Auftritte mit Parteiordnungsverfahren gedroht hatt. Realität ist aber, daß Benneter täglich 3 – 4 Angebote für solche Veranstaltungen erhält und fast jeden Tag eine stattfindet.

Es gibt einen Bahr-Brief, aus dem hervorgeht, daß der Konflikt auf die Person Benneters bezogen bleiben solle und Diskussionen und Veranstaltungen so abgewürgt werden können. Die Einmischung der unteren Ebenen solle vermieden werde.

Benneters Analyse des augenblicklichen Vorgangs lautet kurzgefaßt: Die Konfliktsituation ist eine geistige und praktische Vorbereitung einer zweiten großen Koalition. Die Haltung gegenüber der Linken innerhalb der Jusos und auch innerhalb der SPD selber sei nicht mehr von hauptsächlichen taktischen Gesichtspunkten bestimmt, da bei Bekanntwerden einer künftigen Zusammenarbeit mit der CDU/CSU sowieso mit einem Aussteigen erheblicher Teile der Linken in der Partei gerechnet werden müsse. Auf die Stabilisierung einer eigenen Mehrheit käme es dann nicht mehr an, weil sie nicht mehr notwendig sei. So sei bei der SPD besonders Benneters Haltung gegenüber der CDU als ein ,,Klassengegner" als wichtiger Grund für den Angriff auf ihn gewesen.

Benneter wurde in dieser Veranstaltung übrigens unwidersprochen als Vorsitzender der Jusos bezeichnet und betrachtet. Mehrere Bezirke der Jusos haben den Juso-Bundesvorstand aufgefordert, über die Benneter Frage" eine größere Veranstaltung einzuberufen. Benneter sagte, er habe viele Briefe erhalten, die ihn in seiner Haltung bestärkten, darunter etliche von Sozialdemokraten, die in der Zeit des Nationalsozialismus für ihre politische Einstellung in KZ's gelandet sind und die sich angesichts der Entwicklung fragten, ob das die Partei sei, für die sie solches ertragen hätten.



AKTION GEGEN 88a

SIEGEN 10. Mai — Wir haben's gewagt, eine für uns neue Aktionsform auszuprobieren: Straßentheater und Musik mit dem Inhalt, den Zusammenhang zwischen einem inszenierten Streik gegen eine Betriebsstillegung und den darauf folgenden Anwendungsmöglichkeiten des § 88a (u.a.) darzustellen.
Wer hat Erfahrungen mit ähnlichen Aktionsformen?
Initiative gegen 88a, Buchhandlung Bücherkiste, 59 Siegen 21, Weidenauerstr. 224, Tel. 0271 / 45135
Wehrt euch, leistet Widerstand, gegen die Zensur in diesem Land. Schließt euch fest zusammen!

VERÄCHTLICHMACHUNG GERÄCHT

MÜNCHEN 12. Mai — Genau ein Jahr nach dem Tod von Ulrike Meinhof am 9. Mai, zitierte die politische Staatsanwaltschaft fünf Leute vor Gericht, mit dem Vorwurf der böswilligen Verächtlichgemachthabung der BRD (§90 a).
Vier sollten letztes Jahr vor der Mensa Flugblätter verteilt haben zum Tod von Ulrike, einer in der Basisbuchhandlung ein Plakat mit dem Flugblatt aufgehängt haben. Der Beschlagnahmebeschluß für das Flugblatt war aus Ffm. gekommen, wo der Beschluß dann zwei Monate später wieder aufgehoben werden mußte, weil die dort keinen Täter ermitteln konnten.

Anders in Bayern, „Hauptstadt der Bewegung". Da griffen sich sofort zwei Staatsschützer die Flugblattverteiler, nahmen sie fest und durchsuchten ihre Wochnungen.

Und so marschierten dann auch neun von ihnen im Prozeß auf, sagten brav das auf, was sie vor einem Jahr in ihren Protokollen festgehalten hatten, und sorgten dafür, daß vier Leute — dem Basismenschen konnten sie eine Schuld nicht nachweisen — zu Strafen zwischen 300 DM und 1950 DM verurteilt wurden, letzterer wegen Widerstand, versuchter Gefangenenbefreiung, Beleidigung und Beihilfe zur Verunglimpfung.

Jegliche Argumentation zur unoffenen Todesstrafe, die lautlos und langsam — nicht offiziell, aber von Staatswegen — vollzogen wird, wird übergangen, ignoriert, ist sinnlos: Staatsverunglimpfung ist Staatsverunglimpfung, und daß Herr Richter Bader (!) in zwei Fällen erheblich über das Maß des Staatsanwalts hinausging, zeigt doch ganz klar, daß wir uns glücklich schätzen können, nicht vor einem „Volksgerichtshof" gestanden haben zu müssen. Nicht wahr?

ANSCHLAG AUF BUNDESÄRZTEKAMMER

KÖLN 5. Mai — *Auf den Hauptsitz der Bundesärztekammer und der kassenärztlichen Bundesvereinigung in Köln wurde in der Nacht zum Freitag, 29. April, ein Sprengstoffanschlag verübt. Es entstand Sachschaden an Fenstern und Hausverkleidung. Die Kriminalpolizei hat noch keine Hinweise auf den oder die Täter, so die Meldung in der Frankfurter Rundschau vom 30. April.*

Dem ID ging dazu folgende Erklärung der Gruppe Rote Zora zu, die wir auszugsweise veröffentlichen:

„... Die Bundesärztekammer vereint die Macht der gesamten Ärzteschaft: die Landesärztekammern, verschiedene Ärzteverbände (z.B. den Hartmannbund) und die kassenärztliche Vereinigung.

Das war unser Beitrag zur Walpurgisnacht. In der Walpurgisnacht zum 1. Mai demonstrieren überall in der BRD Frauen gegen Vergewaltigung — eine Form der Gewalt, die wir Frauen tagtäglich in der Familie, in der Werbung, im Betrieb, auf der Strasse und beim Frauenarzt erleben.

Wir verstehen die Bundesärztekammer als Vertreter der Vergewaltiger im weißen Kittel, die sich über unser Selbstbestimmungsrecht hinwegsetzen und mit unseren Körpern Profit machen wie die großen Chemiekonzerne. Die Handlanger der Chemiekonzerne in Gestalt der Arzneimittelkommission sitzen unter einem Dach mit dem Ärztepack.

Besorgt um den Verlust ihrer Einnahmen durch illegale Abtreibungen und um ihre Allmacht über den menschlichen Körper wehren sie sich bis heute erfolgreich gegen eine Streichung des § 218.

Vor der „Reform" riet uns der Hartmannbund: „Treibt doch mit dem Schürhaken ab !" (anläßlich eines go-ins in Oberursel). Nach der „Reform" sind wir Frauen vollends den Ärzten ausgeliefert:
— 2/3 der Ärzte boykottieren die Abtreibungen
— Gutachten über soziale Notlage werden von vielen Chefärzten nicht anerkannt.

Gleichzeitig soll auf unsere Kosten gespart werden: die Kassenärztliche Vereinigung fordert aus dem Hinterhof der Bundesärztekammer heraus die Streichung der Mutterschaftsvorsorge und die Streichung sachfremder Ausgaben, die durch den § 218 entstehen. ..."

BUBACK - NACHLESE HAUSDURCHSUCHUNGEN LANDAUF — LANDAB

Mai 1977 — Die Kampagne gegen Linke in der BRD schlug nach dem Tod von Buback und vor dem Stammheim-Urteil höhere Wellen denn je. Polizei und Verfassungsschutz schnüffelten verstärkt in Wohnungen, Buchläden und Druckereien und holten in der letzten Zeit zum probeweisen Rundschlag gegen alle aus, die sich in irgendeiner Weise „linker Tendenzen" verdächtig gemacht haben. Stimmen aus der

bürgerlichen Presse: „Der linke Sumpf soll trockengelegt werden". Das richtet sich sowohl gegen Wohngemeinschaften wie gegen Jugendzentren, Alternativprojekte, Buchläden, Druckereien, AKW-Gegner, Bürgerinitiativen. Innerhalb der Linken ist der Eindruck entstanden, daß es sich bei dem Filz nach Buback um eine Vorübung zum „Stadium in Chile" handelt, d. h. nach einer zentralen Kartei werden erst einmal alle Leute eingesammelt, deren man habhaft werden kann.

Dazu der Auszug eines Berichts aus Nürnberg:

Am Mittwoch, dem 27.4., in der Nacht, bezogen Streifenwagen vor vermutlich „verdächtigen Orten" in Nürnberg Stellung. Das war kurz vor der Verkündung des Stammheimer Urteils. In der Zeitung stand, daß die Polizei Krawalle befürchtet. Vor Wohngemeinschaften standen Streifenwagen, Zivilfahrzeuge der Polizei kreuzten durch Nürnberg. Die Beamten probten die totale Überwachung von Wohngebieten und Bürgern der Stadt. An- und abfahrende Fahrzeuge wurden registriert, Fotos wurden gemacht (Fotosafari?), Ankunft und Weggehen von Personen wurden protokolliert, Fahndungsfotos wurden verglichen, Fotos von Bewohnern wurden deutlich sichtbar im Auto ausgelegt.

Das Unbehagen und eine Unsicherheit bei den dermaßen Beobachteten war ziemlich schnell da und steigerte sich, da die Überwachung andauerte. Sie dauerte bis zum 2. Mai und währte ununterbrochen, Tag und Nacht. Ein Netz totaler Überwachung in Nürnberg, unwidersprochen, unbemerkt von der Presse, unkommentiert von der Polizei, sichtbar, undurchschaubar, bedrohlich, 1977 ist 1984, ist 1933. ..."

„FANTASIA" GEFILZT

Das Stutgarter Druckkollektiv Fantasia wurde gleich zweimal mit großem Aufgebot an „Grünen" und Zivilen besucht, am 7. und am 9. April.
Statt eines richterlichen Druchsuchungsbefehls zeigten sie ein Telex der Bundesanwaltschaft vor, nach dem mehrere Objekte in Stuttgart zu durchsuchen und Alibiumfragen zu machen seien. Außer einem kaputten elektrischen Wecker, der auseinandergenommen war, interessierte sie vor allem Geschriebenes, Druckvorlagen, Geschäftspapiere usw. Auf die Frage, warum sie zum zweiten Mal kommen, hieß es: „ist doch wohl klar" oder „dasselbe wie gestern".

ANTI-OBSERVATIONSFETE IN DORTMUND

„Den ganzen Donnerstag und Freitag wurde die 'Bücherstube Große Heimstraße' in Dortmund offen beobachtet und Leute, die ein- und ausgingen, fotographiert. Gegen diesen Versuch, uns einzuschüchtern, haben wir uns zur Wehr gesetzt, indem wir am Freitagabend spontan ein Straßenfest veranstalteten — zum Begucken der Bullen. Wir haben also was zu essen und zu trinken geholt, das 'Mobile Einsatz-Orchester' aus Bochum engagiert und bei einigen Leuten per Telefon rumgerufen. Mit 100 bis 200 Leuten haben wir dann auf der Straße getanzt; vor der Nase der Bullen, die immer mehr wurden. Auch einige Nachbarn waren dabei, wenn auch viele die Aktion aus Angst und Verärgerung hinter dem Fenster verfolgten. Um 21.30 sperrte die Polizei die große Heimstrasse beidseitig ab; um halb elf kamen sie dann teils mit zivilen MEKs die Straße herunter auf uns zu, hauten sich die Musiker heraus, zerrten sie an den Haaren in ihre Wagen. Sie wurden am gleichen Abend wieder freigelassen. Auch die chemische Keule wurde eingesetzt. Zwei von uns mußten im Krankenhaus an den Augen behandelt werden. Am Montag war in der 'Westfälischen Allgemeinen Zeitung' fälschlicherweise zu lesen: „Chemische Keule gegen KPD/ML — 'Spontan-Demo' gestoppt". Sogar im Polizeibericht wird der Einsatz der chemischen Keule zugegeben. Dies soll jetzt offenbar in breiter Öffentlichkeit legitimiert werden. Die Observation hat momentan aufgehört. Aber das Straßenfest hat allen so gut gefallen, daß wir's auch ohne Observation wiederholen sollten."

HAUSDURCHSUCHUNGEN IN BREMEN

Ohne Hausdurchsuchungsbefehl brachen Polizisten in Bremen in eine linke Druckerei und eine Wohnung ein, denn, so die Begründung: „es besteht der Verdacht der Lagerung von Brandsätzen, die heute noch bei einem Anschlag auf ein öffentliches Gebäude eingesetzt werden sollen". Als keine Brandsätze gefunden wurden, wurden einige Gasmasken als Beweisstücke abtransportiert.

Ergebnis dieser Diffamierungskampagne: In der Nacht nach den Polizeieinsätzen warfen Unbekannte Fensterscheiben in der Druckerei, bei einer Rechtsanwältin und im Frauenzentrum ein. Über all dies berichteten die Bremer Zeitungen garnichts.

Über den grünen Belagerungszustand in München steht im letzten BLATT, dem 93ten, was drin.

EIN BEISPIEL VON SIPPENHAFT

Aus Heidelberg erhielten wir folgende Erklärung:

In der Nacht vom Dienstag (3.5.) auf Mittwoch (4.5.) gegen 22.30 Uhr erschienen ca. 10 Zivilpolizisten und eine Menge Uniformierter einer Wohngemeinschaft in Mühlhausen bei Heidelberg, bewaffnet mit Maschinenpistolen, und nahmen sämtliche fünf anwesenden Personen fest und brachten sie einzeln, in Handschellen gefesselt, auf verschiedene Polizeireviere in Heidelberg. Erst anschließend durchsuchten die Polizisten in rechtswidriger Weise ohne Dabeisein der Wohnungsinhaber oder Zeugen die gesamte Wohnung.

Als G· und dieser Aktion wurde angegeben, daß bei dem vorgestern festgenommenen Günter Sonnenberg angeblich Ausweispapiere eines Mitbewohners gefunden worden seien.

Dieser Vorw d der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, der gegen einen Hausbewohner gerichtet wurde, führte zur Festnahme der ganzen Wohngemeinschaft (Sippenhaftung).

Die Festgenommenen wurden bis zu 16 Stunden, die Nacht über, teilweise ohne Essen und Trinken, festgehalten. Der Hauptbeschuldigte wurde nach Karlsruhe gebracht, wo gegen ihn Haftbefehl auf Antrag der Bundesanwaltschaft erlassen werden sollte. Die Beweise reichten jedoch offensichtlich nicht aus. Deshalb verzichtete die Bundesanwaltschaft darauf, einen Haftbefehl zu beantragen.

Besonders hervorzuheben ist, daß es während der gesamten Zeit den Festgenommenen verweigert wurde, einen Rechtsanwalt zu benachrichtigen. Erst aufgrund der Initiative einer bereits entlassenen Mitbewohnerin konnte der Anwalt trotz erheblicher Behinderungen seitens der Kriminalpolizei den Hauptbeschuldigten ausfindig machen und vertreten. Inzwischen sind alle Verhafteten wieder frei.

PROZESS GEGEN POLIZEI-SCHLÄGER

FRANKFURT 12.Mai — Angeklagt sind 4 Polizisten, die Rainer D. und Christine M. auf dem Weg zur Ulrike-Meinhof-Demonstration am 10. Mai auf der Konrad-Adenauer-Straße zusammengeschlagen ha haben. Ein Staatsanwalt, der zufällig alles beobachtet hat, ist Hauptzeuge.

Prozeßtermine sind:
Montag, 16.Mai 77 12.30 Uhr Raum 254 2.Stock, Geb. A
Montag, 23.Mai 77 12.30 Uhr Raum 254
Montag, 2.Juni 77 12.30 Uhr Raum 264

ZWANGSERNÄHRUNG

Bericht von zwei Gefangenen in Hamburg — Helmut Pohl, Wolfgang Beer

HAMBURG

Freitag, 15.4.

Friedland, Hommelhoff, Abteilungsleiter, Berchem und noch mehr von der Knasthierarchie kommen in die Zelle, und Vollzugsbullen, die Zelle ist voll. Sie versuchen, zur Zwangsernährung zu kommen. Sie bieten an: „schonende Behandlung" gegen „passiven Widerstand." Ich sage ihnen, daß ich mich wehren werde. Darauf Friedland: „Eins will ich ihnen sagen, die Forderungen haben keine Chancen, erfüllt zu werden." Sie stehen noch eine Viertelstunde in der Zelle herum, die längste Zeit schweigend, dann gehen sie.

Montag, 18.4.

Dasselbe wie Freitag, aber kurz. Friedland, Sauer, Berchem...

Mittwoch, 20.4.

Zwangsweise Blutentnahme und wiegen. Die Knastbullen schon brutal. Auf fahrbarer Pritsche zum Wiegebett. Dort Hand- und Fußgelenke, Oberarme und Oberschenkel, Brustkorb und Unterleib festgeschnallt. Trotzdem sind noch acht Bullen auf meinem Körper. Weil der Arm abgeschnürt ist, kommt kein Blut. Sie lockern aber nicht, sondern Sauer rührt solange, bis Friedland genug hat.
Nach dem Wiegen schleifen mich die Bullen an den hinten hochgedrehten Armen in die Zelle zurück, obwohl ich, als sie mich losgeschnallt hatten, gesagt hatte, sie sollen abhauen, ich will alleine gehen.

Donnerstag, 21.4.

Am frühen Nachmittag läuft die Zwangsernährung an. Schröder, der Abteilungsleiter an dem Tag, kommt als erster in die Tür, verkündet, tritt zur Seite, und ein Haufen Knastbullen — wieviele krieg ich gar nicht mehr mit, die Zelle ist voll — stürmt und stürzt sich auf mich. Es sind die aus dem Schlägerkommand , Hetris, Wess(e)ling — der Truppführer und der Killer, und die anderen Fressen, deren Namen ich nicht weiß. Draussen steht alles voll, die ganze Knasthierarchie, Zivile. Sie reißen mir zu viert die Füße weg, je zwei an den Armen, und einer nimmt noch meinen Kopf in den Schwitzksten und dreht. Das für drei Meter, aus der Zelle zur fahrbaren Pritsche, die vor der Tür steht. Sie pressen mich bäuchlings auf die Pritsche, das Gesicht in das Kissen, und verdrehen Arme und Beine während der Fahrt ins Zentralkrankenhaus.
Das sind keine „Haltegriffe", sondern von anfang und von allen Bullen gezieltes Quälen.

Bis man hinten im Zentralkrankenhaus ist, ist man physisch halbwegs fertig. Als sie mich vor dem Loch, wo sie es machen wollen, von der Pritsche zerren, seh ich noch 5,6 Zivile vor der Tür, die aussehen, als wären sie vom Justizsenat.

Acht Bullen werfen mich auf die andere Pritsche und halten mich darauf fest. Die Arme nach hinten - unten, die Füße nach außen gedreht, und die Kniegelenke gleichzeitig in Gegenrichtung Immer voller Druck. Zwei andere, ein Sani, ein Knastbulle, an meinem Kopf. Sie drücken den Kopf flach zur Seite und Friedland versucht den Schlauch durch die Nase zu stossen. Es gelingt ihm nicht. Er versucht mehrfach durch beide Nasenlöcher. Nachdem ich alles mit Blut und Rotz vollgespuckt hatte, versuchen sie es durch den Mund. Sie nehmen einen Holz- und einen Hartgummikeil und versuchen, durch Hebeln und Schlagen aufs Zahnfleisch meine Zähne auseinanderzukriegen. Dann will Friedland wieder durch die Nase. Reichlich Blut. Wieder Versuch durch den Mund. Sie kugeln mir fast die Arme und Kniegelenke aus, drücken mit vollem Gewicht mit den Handballen seitlich auf den Unterkiefer und bohren die Daumen hinter die Ohren. Und dabei dauernd mit den Keilen gegen die Zähne und das Zahnfleisch. Schließlich kriegen sie irgendwie den Schlauch in den Mund. Friedland jagt ihn mit drei, vier Stössen durch. Ich würge und kotze unwillkürlich während der ganzen Tortur. Und die Bullen verbiegen weiter mit ganzer Kraft die Knochen.

Als ich in der Zelle zurück bin, holen sie Wolfgang Beer (Zelle daneben). Ich hörs krachen und gepresste Schreie. Er hat Schröder erwischt. Als er zurückkommt, lassen sie mich nach 'ner Zeit zu ihm rüber. (Vorher Umschlußsperre).
Er liegt halb auf dem Bett, halb hängt er runter. Das Gesicht verschwollen und blutverschmiert. Er steht noch unter Schock. Als er hochkommt, kriegt er 'nen Schüttel- und Weinkrampf. Sie waren viermal bei ihm in der Luftröhre und er wäre ums Haar erstickt. Schock.
Wenn das erstmal läuft, kriegen die das dort auch überhaupt nicht mehr mit, während sie dich aufbrechen wollen, wenn einer am abkratzen ist.
Er sagt: ich dachte sicher, jetzt ist Schluß.
Und: mit den Schmerzen kannst du dich auseinandersetzen, — aber der Schock, das ist nochmal was ganz anderes.

Samstag, 22.4.

Wolfgang will beim Aufschluß um 7 Uhr sofort zu mir rüber kommen. Umschlußsperre. Ich will wissen, was das heißen soll, überhaupt oder während der Zwangsernährung. Während der Zwangsernährung. Tatsächlich heißt das den ganzen Tag, wie sich rausstellt. Nach 16 Uhr kam er erst hier rein.

Um halb elf fangen sie an. Zuerst Wolfgang. Nachdem er zehn Minuten weg ist und noch nicht zurück, stürmen sie meine Zelle. Jetzt nur noch Knastbullen, auch keiner aus der Knasthierarchie. Ich hatte vor, ohne groß Widerstand zu leisten, bis hinter ins Zentralkrankenhaus zu gehen. So 'ne Idee. Aber sowas geht nicht mehr. Wir bestimmen an der Härte nichts. Sie stürzten auf mich, Arme hinter dem Kopf hochgedreht, Beine ... — sofort auf Schmerzen, physisches Fertigmachen: z.B. haben sie mich zwei-, dreimal von dieser fahrbaren Pritsche bäuchlings an verdrehten Armen und Beinen hochgezogen und wieder draufgeknallt. Die Luft weg und gegen die Knochen. Oder — man wird da mehrmals an Eisengitter und -geländer vorbeigeschoben, und das im Laufschritt, — sie haben mit aller Kraft meinen Kopf über den Pritschenrand rausgedrückt, um ihn so gegen einen Pfosten zu fahren. Ich konnte ihn zurückreissen.

Auch die Zwangsernährung noch brutaler als gestern. Wieder so — Nase, Mund, Nase, Mund. Die Keile. Handballen gegen den Kiefer, Glieder verdrehen. Sie schlagen einfach mit den Keilen gegen die Lippen, Zähne und Zahnfleisch. Offen, demonstrativ. Und ihr besonderer Einfall heute — sie stellen das Rückenteil der Pritsche etwa 45 Grad hoch und kugeln die Arme hinten hoch und gleichzeitig die Handgelenke nach innen. So, daß du irgendwann schreien mußt.
So haben sie den Schlauch dann auch reingekriegt. Und sofort wieder auf einen Ruck durchgestossen, egal wo das Ding hängt. Auf dem Rückweg lassen sich die Knastbullen wieder an mir auf der Pritsche aus.

Ich sage das mit den Knastbullen, weil das hier Killer sind. Ist ja bekannt. — Und sie haben jetzt den Transport ins Zentralkrankenhaus ganz unter sich. Ich halte das für eine gezielte Aufteilung. Sie sollen dich unterwegs schon so fertigmachen, daß du dort keinen Widerstand mehr bringst. Und dort machen die Sanis weiter.
(Die Schlägergruppe, das sind die, die schon bei der Lorenzkiste uns im vorbeigehen gesagt haben, bevor wir hier rauskommen, hängen sie uns an die Mauer (Wesseling)).

Wolfgang noch immer nicht zurück. Ich verlange um halb

eins den Abteilungsleiter. „Er wird im Zentralkrankenhaus ärztlich behandelt", das ist alles, was er rausläßt. Ich laß ihn später noch mal kommen, dasselbe. Sie lassen keinen von uns ans Telefon, um mit dem Anwalt sprechen zu können. Später erfahren wir, daß Piontek den ganzen Tag vergeblich versucht hat ranzukommen. Alles dicht.
Um 15 Uhr ist er zurück. (4 1/2 Stunden am Tropf). Weiter Umschlußsperre.

Um halb vier kommen sie plötzlich nochmal. Zweite Zwangsernährung. Dieselbe Methode wie vormittags. Sie gehen einfach offen, mechanisch, brutal vor, um den Widerstand zu brechen. Die Bullen und die Sanis: eine Foltermaschine in permanenter Aktion.

Sie versuchen uns in den ersten Tagen niederzumachen. Vom ersten Moment an. Physisch. Methodisch. Ihr Plan.
Und nach außen dicht. Kein Anwalt kommt ran. (Piontak hats dann doch noch gegen halb fünf 'ne Viertelstunde geschafft).
Die Medien funktionieren geschlossen: der Hungerstreik findet nicht statt.
Und jetzt Wochenende."

Von den in Hamburg einsitzenden Frauen Brigitte Asdonk, Annerose Reiche, Margit Schiller, Christa Eckes, Inge Hochstein und Ilse Stachowiak bekamen wir einen weiteren Bericht über die Zwangsernährung. Er deckt sich mit dem von Helmut Pohl. Sowohl die Daten der ersten „Untersuchungen" und des Beginns der Zwangsernährung, als auch Personen, Ort und Vorgehensweise werden identisch beschrieben:

„Der Raum ist eine leergeräumte Kellerzelle, in der eine Untersuchungsliege steht, auf die man draufgeschmissen wird. Es gibt keinerlei ärztlichen Vorrichtungen für den Fall von Verletzungen und für die Erstickungsanfälle. (...)

Margit: versuchen Nasenschlauch. Nasengang ist zu eng oder zugewachsen; weil sie Mund nicht aufkriegen, durchstechen sie eine Haut/Wand in der Nase. Als sie vor Schmerz schreit, stossen sie sofort den Magenschlauch rein.
Friedland: "Sie haben von allen 6 besonders schlechte Blutwerte".
Hinterher Blut aus Nase und Mund. (...)

Christa: Nasensonde und Versuch, mit Keilen den Mund aufzuhebeln.
Friedland: „Leisten Sie keinen Widerstand. Das ist lebensgefährlich."
Sie spuckt hinterher Blut.

Inga: Während sie Christa aus der Zelle reißen, wird Inga an den Boden gepreßt, bis sie mit Christa fertig sind. Jeder Versuch, mehr Luft zu kriegen oder sich zu bewegen, wird mit verstärkerem Druck beantwortet.
Nasensonde, gleichzeitig Mundkeile. Als ein Keil ein paar Zentimeter durch die Zähne ist, sagt ein Sanitäter: „Widerstand gebrochen."
Weil nichts in den Magen kommt, Pullover hochreißen, Magen pressen.
Friedland: „Sie haben die schlechtesten Blutwerte von allen 6."

Alle 6 Haben Trink-/Schluckschwierigkeiten später. Es hat insgesamt 45 Minuten gedauert.

Christa: gleichzeitig zwei Schläuche in die Nase gestossen, der zweite rollt sich im Mund auf. Die Flüssigkeit läuft in die Lunge und aus dem Mund. Als sie keine Luft mehr kriegt, röchelt, reissen die Bullen sie hoch, reissen Schläuche raus. Arzt begutachtet das kurz, dann weg. Sanitäter: „Muß sich nachher waschen"."

Auch bei den Frauen: Besuchssperre, auch für Anwälte, Umschlußsperre.

Gegen den Anstaltsleiter Berchem, Abteilungsleiter Schröder, Dr. Sauer, Dr. Friedland, Dr. Hommelhoff und zehn namentlich nicht bekannte Polizei- und Justizbeamte haben die Angehörigen der Zwangsernährten Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt. Der Strafanzeige hatten sich bis Redaktionsschluß angeschlossen:
Hilde Pohl, Gisela Pohl, Ruth Patton, Renate Klein, Viola May, Herbert und Hennig Beer, Adelheit Hinrichsen.

Sabine Schmitz ist seit 1.4.77 im Hungerstreik. Sie wurde inzwischen von Aichach nach Stammheim verlegt und dort isoliert.

Kuhn — Richter am Bundesgerichtshof (BGH) — hat am 22.4. auf Antrag der Bundesanwaltschaft die Zwangsernährung angeordnet. Kuhn begründet die Anordung damit, daß nach Mitteilung der JVA Stammheim damit gerechnet werden müsse, daß in den nächsten Tagen schwerwiegende Gefahren für die Gesundheit von Sabine Schmitz infolge der Verweigerung der Nahrungsaufnahme eintreten könnten. (...)

Lapidar stellt Kuhn fest, eine Zwangsernährung sei ihr auch zuzumuten, insbesondere verstoße diese Maßnahme nicht gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Der letzte Absatz der Anordung von Kuhn lautet:
„Soweit die Beschuldigte bereit wäre, die Verweigerung der Nahrungsaufnahme zu beenden, wenn ihre Forderungen erfü[llt] werden sollten, muß sie sich entgegenhalten lassen: Der freiheitliche Rechtsstaat würde sich selbst aufgeben, wenn er sich dem durch die Verweigerung der Nahrungsaufnahme vermeintlich ausgeübten Druck von Untersuchungsgefangenen, die schwerwiegender krmineller Handlungen verdächtig sind, beugen würde."

PROZESS WEGEN § 129 IM KNAST
HUNGERSTREIK IM NÜRNBERGER KNAST

NÜRNBERG 12. Mai

Seit einem halben Jahr sitzt Willi Piroch nun in Isolationshaft, davon das letzte halbe Jahr in Untersuchungshaft. Mitte November letzten Jahres hatte er seine viereinhalb Jahre abgesessen. Am Tag seiner Entlassung wurde Haftbefehl gegen ihn ausgestellt: versuchte Gründung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 Strafgesetzbuch). Es ist das erstemal, daß gemeinsamer Widerstand i[m] Knast bestraft wird, indem einer als „Rädelsführer" bezeichnet wird, was zwischen sechs Monaten und fünf Jahren bedeuten kann, während gegen die anderen bisher kein Verfahren eingeleitet wird (s. ID 169).

Der Prozeß gegen Willi Piroch war am 11. und 12. Mai, bis Redaktionsschluß war über den ersten Prozeßtag lediglich in Erfahrung zu bringen, daß die Zeugen der Verteidigung, Mitgefangene, die eben nicht angeklagt sind, gehört wurden.

Zu den Haftbedingungen: sogar in Stammheim werden die Gefangenen zwar nicht in den „Normal"vollzug eingeordnet, haben aber wenigstens untereinander Umschluß — Willi Piroch nicht.

Seit dem 1. Mai war Willi Piroch im Hungerstreik. Mit ihm unseres Wissens noch Rainer Beck und Robert Engelhardt in Nürnberg, Michael Sager in Amberg.

Emil Rainer Beck ist rechtskräftig zu 14 Jahren wegen Raub verurteilt und seit 1968 in Haft; seit dem 19.1. in Isolationshaft, Einzelhofgang, keine gemeinsamen Freizeitveranstaltungen. Wie der Anwalt von Emil Rainer Beck mitteilt, ist die Anordnung der Isolationshaft bis Ende Juli verlängert worden. Sein Mandant teilte ihm mit, daß gerade versucht wird, ihn durch Wasserentzug zum Aufgeben des Hungerstreiks zu bringen.

Robert Engelhardt und Michael Sager sitzen seit einem Vierteljahr in U-Haft. Zu den „normalen Isolationshaftbedingungen kommt bei ihnen hinzu: Besuchssperre, Michael Sager bekommt auch keine Bücher.

Bisheriger Erfolg des Hungerstreiks:
Robert Engelhardt kann mittlerweile an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen und hat gemeinsamen Hofgang — er hat den Hungerstreik abgebrochen. Mittlerweile wurde er nach Amberg verlegt, Michael Sager kam nach Nürnberg. Er bekam Erleichterungen; weil die Besuchs- und Büchersperre aber weiterbesteht, setzt er den Hungerstreik fort.

Willi Piroch hat im Hinblick auf die Verhandlung den Hungerstreik unterbrochen — ihm wurde kurz vor dem Prozeß der Anwaltsbesuch verboten (mit der Begründung: „erhöhte Infektionsgefahr"); als der Anwalt sich auf eine Durchsuchung vor dem Besuch einließ, um die Verhandlung nicht zu gefährden, bestand keine „Infektionsgefahr" mehr. Als Willi Piroch in der Krankenabteilung von ihm besucht wurde, waren außer ihm drei Richter, Staatsanwalt, Protokollantin und Ärztin zugegen. Willi Piroch sollte noch einmal vernommen werden, damit der Prozeß auch bei eventueller Verhandlungsunfähigkeit durchgezogen werden kann. Dafür gibt es extra jenen § 231, verabschiedet, um im Stammheimer RAF-Prozeß auch ohne Angeklagte verhandeln zu können: „selbstverschuldete Verhandlungsunfähigkeit". Und dann das: Das Wasser in Waschbecken und Klo war abgestellt, als der Anwalt kam, und Tee und Kaffee bekam Willi Piroch auch nicht. Er hat den Hungerstreik also vorläufig abgebrochen. Wenn er nicht freigesprochen wird, nimmt er den Hungerstreik wieder auf — die gemeinsame Forderung: keine Isolationshaft in Bayerns Knästen!

(Informationen von Anwälten und aus Briefen)

ZUM HUNGERSTREIK IM ZUCHTHAUS WERL

Zu den Ereignissen um den Hungerstreik im Zuchthaus Werl (s. ID 176, 172/173) berichtet die Knastgruppe Ossendorf:

Von Werl nach Hamm verschleppt

„Der Gefangene Gerd Schultz, man schenkte ihm im Namen des Volks 15 Jahre, befindet sich in der vierten Woche Hungerstreik. Er wurde im Zuge der Säuberungsaktionen im Knast Werl zusammen mit Günther Diesing, Heinz-Jürgen Neuhaus und Manfred Sass in die Anstalt Hamm verlegt. Das geschah als die Anstaltsleitung auf einen befristeten Hungerstreik — angekündigt für den 1. — 3. Mai — panikartig reagierte und insgesamt 12 Gefangene noch vor Beginn des Hungerstreiks in andere Knäste in die Isolation verfrachtete (s. ID 172/173, 176). Der Hungerstreik richtet sich gegen die 'Sonderstation' BI.

Gerd Schulz war in Werl von neun Monaten Strafhaft ca. sechseinhalb Monate isoliert. Das heißt Sonderabteilung B I, Einzelhofgang, keine Gemeinschaftsveranstaltungen usw. Er hat auch noch keinen einzigen Einkauf in Werl gehabt. Diese Mittel sind vielfach praktizierte Sanktionierungsmethoden, auch in Werl, für unbequeme Gefangene wie Gerd Schultz, der zum Beispiel konsequent die Sklavenarbeit verweigert. Die Werler Anstaltskommandatur hat anscheinend Verfügungsgewalt bis Hamm, da Gerd auch dort isoliert bleibt — auf Anweisung von Kommandant Ihle. Gerd hungert auch nach der Verlegung in die JVA Hamm weiter und rechnet damit, in ca. zwei Wochen im Knastkrankenhaus Bochum mit der Zwangsernährung konfrontiert zu werden. Da in diesem Punkt des Vernichtungsvollzugs noch Unklarheiten auf Seiten der Anstaltskommandaturen besteht, wendet sich Gerd an alle, hauptsächlich Juristen und so weiter, die genauere Informationen über die heutige Praxis der Zwangsernährung und Möglichkeiten zum Widerstand dagegen haben.

Der Knast Hamm hat die Anschrift: Bismarckstr. 5, Postfach 283, 4700 Hamm 1"

Von Werl nach Bochum verschleppt

Peter-Paul Zahl, der ebenfalls im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Zustände im Werler Sondertrakt zusammen mit Manfred Becker präventiv nach Bochum verschleppt wurde, ist dort ebenfalls immer noch in Isolation (s. ID 176). Ihm wurde bisher auch die Aushändigung seiner persönlichen Sachen und seiner Arbeitsunterlagen verweigert, die eingehende Post wird zum Teil nicht ausgehändigt. PPZ's Anwalt, Lutz Eisel, hat nach vergeblichen Beschwerden eine gerichtliche Entscheidung beantragt und Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben.

Nach Dortmund wurden nach Angaben von verschiedener Seite vier bis sechs Gefangene verschleppt, die wie die anderen die Hungerstreikerklärung unterschrieben hatten. Namen und Einzelheiten waren nicht mehr zu erfahren. Wer etwas weiß, soll sich an die Kanstgruppe Ossendorf wenden, **c/o Der Andere Buchladen, Zülpicherstr. 197, 5000 Köln 41.**

Werner Schlegel im Solidaritätshungerstreik

Werner Schlegel, der seinen Hungerstreik um die Informationsfreiheit im Kanst nach fünf Wochen unterbrochen hatte, als er wieder einige Zeitschriften erhalten konnte (s. ID 175), befindet sich seit dem 6. Mai wieder im Hungerstreik. In einem offenen Brief an Justizminister Posser schreibt er, daß er die Konsequenz zieht aus der Tatsache, daß Posser in 'seiner' Antwort auf Werner Schlegels offenen Brief (s.ID 175) nicht darauf eingegangen sei, daß es offensichtlich aus seinem Zuständigkeitsbereich eine Rundverfügung für alle Anstalten in Nordrhein-Westfalen gibt, die widerrechtlich generell die Aushändigung von Zeitschriften wie dem ID und dem 'Gegen Knast' untersagt. Ihm sei es nicht nur darum gegangen, daß er persönlich diese Zeitschriften wieder lesen darf, sondern um das Recht auf Informationsfreiheit für alle Gefangenen, also auch um die Aufhebung der Rundverfügung.
Im übrigen wisse er, daß sich PPZ im Hungerstreik befinde, daß seine Situation seit der Verschiebung von Werl nach Bochum unverändert unerträglich sei. Deshalb nehme er den Hungerstreik wieder auf.
Sein Brief endet: *„Verschlucken Sie sich nicht an Ihrem nächsten Chateau Briand, sonst sieht sich irgendein unterdrückter Knastzeitungsredakteur plötzlich wegen des EMPFINDENS von "klammheimlicher freude" einem 'Straf'verfahren ausgesetzt...*
W. Schlegel"

PRÄVENTIVZENSUR

HANNOVER 9. Mai

Die Schwarze Hilfe – bisher Fulda, jetzt Marburg – berichtet über einen Fall von Briefkontaktverbot:

„Nachdem wir am 25. April 1977 dem Gefangenen Ronald Augustin die erste Ausgabe unserer Knastzeitschrift 'Schwarzer Alltag' zugesandt hatten, bekamen wir am 7. Mai einen Bescheid des Leiters der Justizvollzugsanstalt Hannover, der besagte, daß die Zeitschrift angehalten und zur Habe des Gefangenen genommen worden sei. 'Begründet' wird diese Zensurmaßnahme in erster Linie damit, daß wir die Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF abgedruckt haben. Ronald darf also – was heute schon gar nicht mehr unglaublich oder gar skandalös ist (und das ist das eigentlich Bedenkliche) – eine Erklärung, die, da er selbst RAF-Mitglied ist, auch von ihm stammt, nicht lesen.

Die Krone aufgesetzt bekommt der Beschluß jedoch erst dadurch, daß Rolf Löchel, dessen Postfach als Kontaktadresse der Schwarzen Hilfe und der Redaktion des 'Alltag' dient, der weitere Briefkontakt mit Ronald verboten wird, da 'die Tatsache, daß Sie als Kontaktperson zum Redaktionskollektiv eine derartige Zeitschrift an einen Strafgefangenen schicken, erweist, daß der Briefverkehr mit dem Strafgefangenen Ronald Augustin nicht geeignet ist, positiv auf den Gefangenen einzuwirken, sondern im Gegenteil einen schädlichen Einfluß auf den Gefangenen haben wird'. (wörtlich aus dem Beschluß)

Unseres Wissens ist das das erste Mal, daß jemandem der Briefkontakt mit einem Gefangenen verboten wird, NICHT aufgrund der Inhalte der Briefe, sondern daß zur 'Begründung' die Tatsache herangezogen wird, daß der Name des Betroffenen im Impressum einer Zeitschrift auftaucht; also damit, was dieser sonst noch so schreibt."

Unseres Wissens ist das nicht der erste Fall von Präventiv-Zensur, daß also nicht der Inhalt eines bestimmten Briefes beanstandet wird, sondern von vornherein der Briefverkehr zwischen bestimmten Personen unterbunden wird. An konkreteren Informationen über solche Fälle sind wir interessiert. (d.Red.)

Noch eine Meldung der Schwarzen Hilfe:

Die Schwarze Hilfe in Fulda und die Knastgruppe in Marburg haben sich der effektiveren Arbeit wegen auf dem schon jetzt legendären Treff vom 2. Mai zusammengeschlossen. Sie werden unter dem gemeinsamen Namen Schwarze Hilfe ihre bisherige Arbeit intensiviert forsetzen.
Die neue Kontaktadresse ist:

Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 355 Marbg.

Alle Post ab sofort nicht mehr nach Fulda, sondern an die neue Postfachadresse schicken. Über diese Adresse ist auch die Knastzeitung 'Schwarzer Alltag' zu beziehen.
Spenden und sonstige Überweisungen:

Theo Bruns, Postscheckkto. Ffm., Kontonr. 47545 - 604

KNASTGRUPPENTREFFEN

KÖLN 8.Mai

Am Wochenende, dem 7./8. Mai fand in Köln wieder ein nationales Kanstgruppentreffen statt. Die hauptsächlichen Punkte, an denen diskutiert wurde, waren: der letzte Hungerstreik, die Aktionen dazu in den einzelnen Städten, Besuchsverbote, über die Strukturen von einzelnen Knästen, Informationsfluß unter den Knastgruppen.

Das nächste Treffen soll am 2. und 3. Juli 77 in Nürnberg stattfinden.

GEFANGENE WOLLEN BÜCHER U.A. INFOS

SCHWALMSTADT 11. Mai

Peter Andrehs schrieb uns folgenden Brief:

„Liebe Genoss(in)en!

Folgende Bitte an euch: es geht darum, daß wir, Gefangene, (notwendige) Interessen haben, aber nicht alle dazu notwendigen Zeitungen abonnieren können. Deshalb die Bitte an Frau/Mann, uns zu den unten angegebenen Interessengebieten regelmäßig Material zu schicken. Wir denken uns das so, daß die, die diverse Dinge beziehen, diese, wenn sie sie durchgearbeitet haben, uns schicken. Es würden also niemandem– von der Briefmarke mal abgesehen – größere Mehrkosten entstehen. Wir hätten so nicht nur die Möglichkeit, für uns was im Knast zu tun, wir denken uns das auch so, daß Durchschriften/Kopien an weitere Gefangene verschickt werden. Natürlich kann das jetzt nur ein Beginn sein und wir fordern interessierte Gefangene auf, sich bei uns (euch?) zu melden. Nicht nur wenn sie Material beziehen wollen,sondern auch wenn sie an Mitarbeit/Verteilung interessiert sind.

Sind noch Fragen offen? ? Es folgen jetzt die Namen/ Adressen und Interessengebiete von uns:

Irmgard Deschler, Gaswerkstr. 23/Knast, 8940 Memmingen
– Interessen: 1) Justiz/Knast/Kriminalität, 2) Polizei/Militär, private Verbände (z.B. Werksschutz), 3) Umwelt (Schwerpunkt Atom u. Chemie).

Karl-Heinz König, Postfach 2969/Knast, 8580 Bayreuth
– Interessen: 1) Militarismus/private Verbände, 2) Umwelt, Alternativenergie.

Thomas Wolfgang Becker, Paradeplatz 5/Knast, 3578 Schwalmstadt 2
– Interessen: Elektrotechnik/alternativ, 2) Hochseesegeln/ Yachten.

Peter Andrehs, Paradeplatz 5/Knast, 3578 Schwalmstadt 2
– Interessen: 1) Fototechnik, 2) Knastgruppen/Stadtteilgruppen (In- und Ausland).

Wie gesagt, wir wärn froh, wenn sich weitere Gefangene melden, und natürlich auch wenn aus diesem Versuch was Brauchbares wird.
Durchschläge werden von uns an verschiedene Stadtzeitungen geschickt.

Liebe, solidarische Grüße
Peter"



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
peter michael borch

BEIRAT DES ID:
Horst Bingel / Schriftsteller – Dr. Hans Christoph Buch/ Schriftsteller – Peter O. Chotjewitz/Schriftsteller – Dr. Robert A. Dickler/ Hochschullehrer – Ingeborg Drewitz/ Schriftstellerin – Christian Geissler / Schriftsteller – Prof. D. Helmut Gollwitzer / Theologe – Holger Heide / Hochschullehrer – Otto Jägersberg / Schriftsteller – Yaak Karsunke / Schriftsteller – Dr. Heinar Kipphardt / Schriftsteller – Helga M. Novak / Schriftstellerin – Jürgen Roth / Schriftsteller – Robert Wolfgang Schnell / Schriftsteller – Volker Schlöndorf / Regisseur – Erwin Sylvanus / Schriftsteller – Dr. Klaus Wagenbach / Verleger – Gerhard Zwerenz / Schriftsteller

BESETZUNG DES KÖLNER STADTAUTOBAHN-BAUPLATZES:
„Hier entsteht ein Volkspark und Kinderspielplatz und keine Stadtautobahn"

KÖLN 10. Mai — Seit drei Jahren wehren sich vier Kölner Bürgerinitiativen — BI Nördliche Altstadt, Südliche Altstadt, Baggerwehr und das Kölner Volksblatt gegen den Bau der Kölner Stadtautobahn: Mit Infoständen und Kinderfesten machten sie die Bevölkerung darauf aufmerksam, daß die Trasse ungesetzlicherweise über ein im Bebauungsplan als Grünfläche ausgewiesenes Stück führt und klagten gegen die Stadt.

Vor vier Wochen meldeten die BIs für Sam stag, 7.5., 14 Uhr ein Fest auf der Wiese beim Bauplatz an. Dieses Fest wurde mit der Begründung verboten, die Kinder würden durch den Verkehr auf der autobahnähnlichen Inneren Kanalstraße gefährdet (ein halbes Jahr vorher bezeichnete der Tiefbaudezernent Praun die Behauptung einer BI, die Innere Kanalstraße sei jetzt schon Autobahn, als Verleumdung!), außerdem reichten die Polizeikräfte zur Verkehrsregelung während des Festes nicht aus.

Am Mittwoch, 4.5., beginnt die Firma Krüger im Auftrag der Stadt mit Baggern und Planierraupen, die Schrebergärten einzuebnen. Am Abend ist bereits eine breite Schneise geschlagen. Donnerstag morgen setzen sich Mitglieder der BIs auf den Platz und auf die Bäume. Am Freitag ist der größte Teil der Gärten von Baumaschinen verwüstet. 70 Bürger treffen sich auf dem Bauplatz, setzen sich auf Bäume und vor Planierraupen. Herr Weyer vom Tiefbauamt erscheint mit Polizei und läßt den Platz räumen. Mehrere Gruppen ziehen mit abgeholzten Bäumen durch die Stadt, um auf die Zerstörung aufmerksam zu machen. Am Samstag besetzen 300 — 400 Leute friedlich den Platz, bauen Bänke, ein Freundschaftshaus aus den Trümmern der Gartenhäuser und pflanzen Bäume ein. 50 Leute übernachten in Zelten auf dem Platz. Am Sonntag wird weitergebaut und auf einer errichteten Bühne Musik und Theater gespielt. Wieder übernachten 50 Leute auf dem Platz.

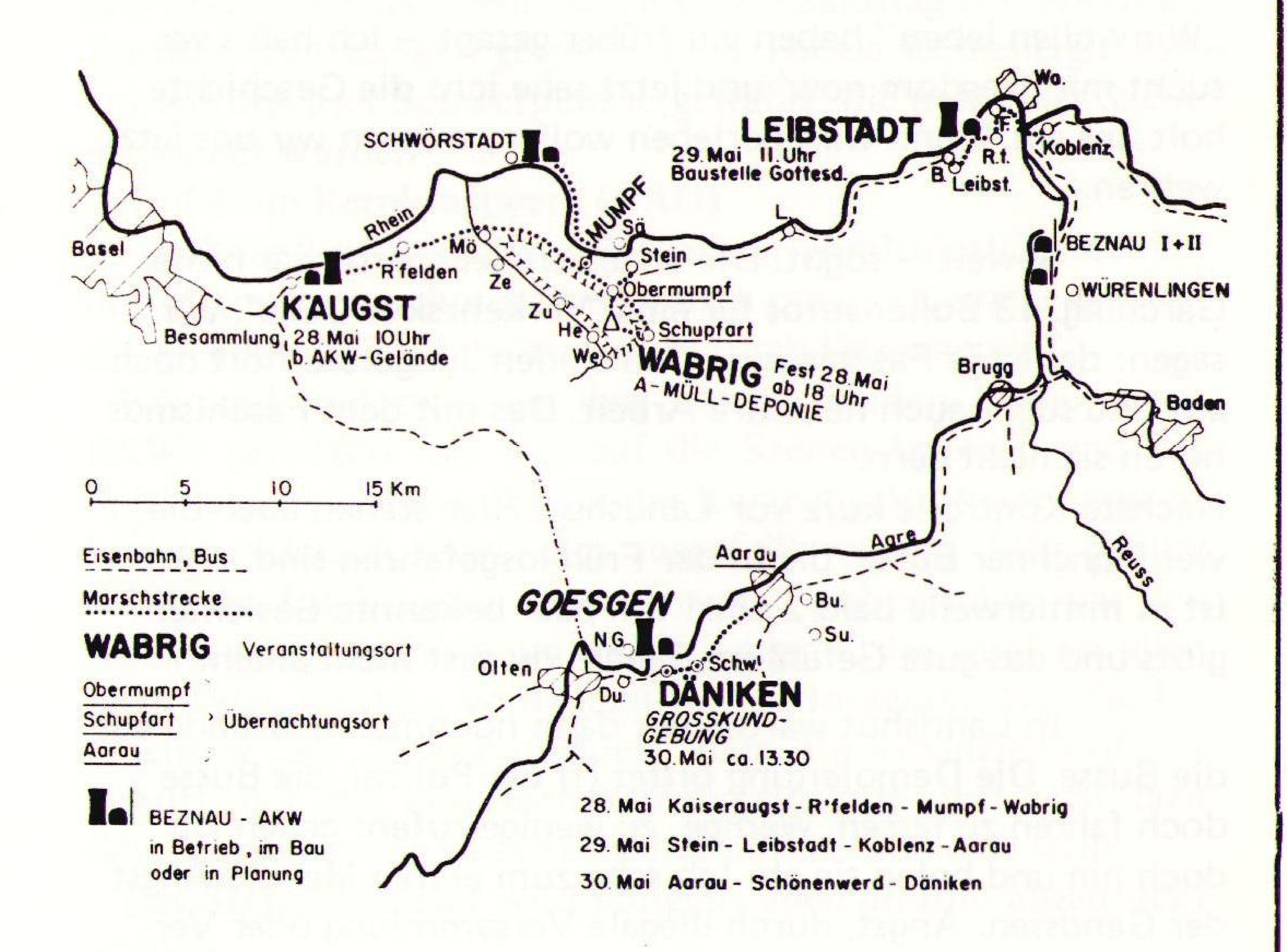
Am frühen Montagmorgen räumt die Polizei gewaltsam den Platz. Demonstranten, die freiwillig den Platz verlassen wollen, werden festgehalten, etwa 65 Leute werden festgenommen. Obwohl die BIs mit Fotos und Zeugen Übergriffe der Polizei belegen können, behauptet der Polizeidirektor, darüber habe er keinerlei Erkenntnis. Die letzten Festgenommenen werden erst nach 8 Stunden freigelassen, ihre Rechtsanwälte erst nach vier Stunden zugelassen.

Die BIs erklären der Presse die Gründe für die Besetzung: Die Stadtautobahn zerstöre Stadtteile und lebensnotwendige Grünflächen und schädige die Gesundheit durch Abgase und Lärm. Es findet eine Polizeipressekonferenz mit Videofilm über die Räumung statt, zu der das Kölner Volksblatt und die Kölner Wochenschau (die auch die Räumung gefilmt hatten) nicht zugelassen werden. Trotz einstweiliger Verfügung gelingt es den BIs nicht, eingelassen zu werden. — Sie wollen jetzt eine Feststellungsklage gegen den Polizeipräsidenten machen, der während der Pressekonferenz dem Gericht sagte, die Konferenz wäre schon zu Ende. Anschließend veranstalteten die BIs eine Pressekonferenz, auf der auch ein Film über die Räumung, allerdings von der Seite der Besetzer aus gesehen, gezeigt wurde. Jeden Abend um 17 Uhr findet am Bauplatz eine Kundgebung statt und am Samstag, 14.5., gibt's dort wieder ein Fest.

PFINGSTMARSCH KAISERAUGST — GÖSGEN

Für diesen Marsch vom 28. — 30.Mai, Programm im ID 174 meldet euch an bei:

Zürcher Atomkraft-Gegner, Postfach 145, 8022 Zürich oder Sekretariat Pfingstmarsch 77, Rütimeyerstr.20,4000 Basel.



STERNFAHRT MIT FAHRRÄDERN GEPLANT

BERLIN 12.Mai — Zu den bestehenden 28 km Stadtautobahn in Berlin sollen weitere 42 km gebaut werden, so plant es zumindest die Stadt Berlin. Erster Schritt dazu soll die Weiterführung der Westtangente quer durch die Innenstadt und die BAB Nord durch den Stadtteil Reinickendorf sein. Durch die Stadtautobahn würden bisher relativ ruhige Wohn- und Erholungsgebiete durch Verkehr, Lärm und Abgase zerstört werden.

Die Bürgerinitiative Westtangente, die mit den Plänen der Stadt gar nicht einverstanden ist, hat durch ihre Rechtsanwältin das Bezirksamt Schöneberg aufgefordert, die Offenlegung eines Teils der Bebauungspläne wegen Formfehlern zu wiederholen, da

1. die über 4000 Einsprüche nicht einzeln, wie es das zu diesem Zeitpunkt noch geltende alte Bundesbaugesetz vorschreibt, beantwortet wurden und
2. die Bedenken vom Bezirksamt nicht „erörtert", sondern lediglich einige alte Behauptungen über den Nutzen der Autobahn wiederholt wurden, ohne z.B. Fragen der Gesundheitsgefährdung für die Anwohner zu klären.

Für die vorrangige Förderung und den Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel und die Miteinbeziehung der Fußgänger und Radfahrer in die Verkehrsplanung veranstaltet die Bürgerinitiative Westtangente in Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Vereinen eine Sternfahrt mit Fahrrädern zum Tiergarten am 5.Juni, dem Tag der Umwelt.

Informationen über die Autobahnplanung, ihre Auswirkungen und auch Lösungsvorschläge finden sich in dem SCHWARZ BUCH, einer Veröffentlichung der Bürgerinitiative Westtangente e.V., für 7,80 DM in Berlin und 10,80 DM in der BRD.

BAYRISCHE ANTI-KKW DEMO

OHU
12. Mai

Bericht einer Genossin aus München:
„Ohu, am 7.5.77 (siehe ID 175). Das war meine erste Demo seit drei oder vier Jahren. Mitgemacht habe ich aus Staatshaß. Wenn die Bullen eine Woche lang vor deiner Tür stehen, kannst du die Existenz des Polizeistaats nicht mehr einfach vergessen. Sie sind wieder da: 1933 und 1977.
„Wir wollen leben" haben wir früher gesagt — ich hab's versucht mit 'freedom now' und jetzt sehe ich: die Geschichte holt uns ein. Wenn wir überleben wollen, müssen wir uns jetzt wehren.

Soweit — sogut. Die erste Straßensperre war hinter Garching. 13 Bullenautos für eine 'Verkehrskontrolle'. Wir sagen: das ist ja Faschismus. Und zu den Jüngeren: hört doch auf und sucht euch ne andre Arbeit. Das mit dem Faschismus hören sie nicht gern.
Nächste Kontrolle kurz vor Landshut. Hier stehen auch die vier Münchner Busse, die in der Früh losgefahren sind. Jetzt ist es mittlerweile bald 2 Uhr! Ein paar bekannte Gesichter gibts und das gute Gefühl im Bauch: du bist nicht allein!

In Landshut warten wir dann nochmal ne Stunde auf die Busse. Die Demoleitung bittet (!) die Polizei, die Busse doch fahren zu lassen. Wenige, zu wenige rufen: gehen wir doch hin und holen sie ab. Ich sehe zum ersten Mal die Angst der Genossen. Angst, durch illegale Versammlung oder Verkehrsbehinderung den Bullen einen Vorwand zum Eingreifen zu geben.
Natürlich hatte auch ich Angst vor Prügeln, und wie. Nach den ganzen Brokdorf- und Grohnde-Berichten. Diese Angst ist die stärkste Waffe der Polizei.

Nach e wiger Warterei gings dann endlich im Autokorso durch Landshut Richtung Ohu. Im Schneckentempo. Die Demo fuhr freiwillig einspurig, um den Verkehr auf der B11 nicht zu behindern. Kaum ein Plakat an den Autos. Hunderte, die sich genau und willig an die Anordnung der Bullen halten. (Hier in der Stadt haben sie übrigens keine Mgs.)
Beim versuchten Hupkonzert macht keiner mit. Zweispurig fahren: aber ihr könnt doch nicht...
So ist der Demo schon die Puste ausgegangen, bevor sie anfing. Die Verzögerungstaktik der Bullen hat voll gewirkt. Wir dekorieren während der Fahrt unser Auto mit lustigen Sprüchen aus alten Bildzeitungsplakaten, leicht verfremdet. Z.B.: BZ meldet: Sexorgie im Atomkraftwerk; oder: Oma stand Schmiere bei Demo in Ohu. Und da rufen sie uns doch glatt aus einem anderen Auto zu: „Ihr macht uns unsre ganze Demo kaputt. Geht doch heim!" Wörtlich!!!

Dann kommt die Straßensperre. Autos werden geparkt, die Demo formiert sich. Und dann müssen wir vorbei an einer Demonstration staatlicher Macht. Hier siehts aus wie bei einer Militärparade in Moskau. Vorbei an vielen, vielen behelmten und beschildeten Bullen, rechts und links und Gitter und Sperren. Als ich da reingehe, läufts mir kalt den Rükken runter bei der Vision, die machen jetzt hinter uns zu und veranstalten das große Kesseltreiben. Machen sie nicht — aber die Demonstranten sind auch sehr vernünftig. Da fällt kein böses Wort, keine Sprechchöre, nichts. In meinem Hirn ist totale Leere. Die Sprüche, die mir einfallen, passen alle nicht hierher...

Hinter uns läuft eine Reisebusfüllung Schlägerbullen, vor uns ist nicht abzusehen, wie lange der traurige Marsch noch geht. Ich verpflichte mich feierlich, stattdessen etwas anderes gegen das KKW zu machen und wir bleiben mit einer kleinen Gruppe von sechs Leuten zurück. Wir wollen in eine Kneipe, aber die haben heute alle Ruhetag. Bevölkerung ist nur wenig zu sehen; die haben sich in ihren Einfamilienhäuschen versteckt. Ein alter Mann fragt uns, ob wir wirklich alle 200 Mark fürs Demonstrieren bekommen. Das glauben hier nämlich alle. Gegen das Kernkraftwerk sind sie alle. Zumindest dagegen, daß noch neue gebaut werden. Viele haben unterschrieben. Aber mit demonstrieren? Das kann man sich nicht leisten, was sagen da die Nachbarn.

Wir nehmen dann noch einen Genossen mit nach München. Der ist ganz begeistert. So viele Leute auf der ersten Anti-KKW Demo in Bayern! Wir haben 3000 Leute wenig gefunden. Aber ich glaube, daß es so friedvoll war, hat ihm am besten gefallen.
'Die Friedfertigkeit führt zu Grabesstille'. Das war das Enttäuschende.

EINZELVERHÖRE MIT ZIVILDIENSTLEISTENDEN

FRANKFURT
5. Mai

Die Zivildienstleistenden im Bürgermeister Gräf Haus, einem Alters-, Pflege- und Ki derheim der Stadt Frankfurt, sehen sich zunehmend mehr vom Verwaltungsleiter des Heimes unter D ruck gesetzt. Bereits Anfang des Jahres hatte es schwere Auseinandersetzungen gegeben. Anlaß waren mehrere Selbstmordversuche eines Zivildienstleistenden und die sehr schlechte personelle Besetzung des Altersheimes. Die Pflegesituation der Heimbewohner war oftmals katastrophal (s. ID 167).

Dieser Konflikt hatte sich Ende März 77 soweit eskaliert, daß die Zivildienstleistenden kurze Zeit die Arbeit niederlegten. Drei Wochen nach dieser Aktion begann der Verwaltungsleiter mit einer Verhöraktion. Er fragte alle Zivildienstleistenden einzeln, wer den Streik organisiert, Flugblätter verfaßt und verteilt und wer die Konflikte in die Öffentlichkeit, d.h. in den ID gebracht hätte.

„Im Hintergrund", so stellen die Zivildienstleistenden fest, „steht jedoch die Notwendigkeit, recht kritischen Zivildienstleistenden wirksame Disziplinarstrafen zu geben oder diese gut vorzubereiten. Dies deshalb, weil die schwierige Heimsituation bei den ZDLs ständig in der Diskussion ist. Es wurden von ihnen sogar alternative Konzeptionen zur bisherigen Altenbetreuu erstellt; diese Vorschläge jedoch vom Verwaltungsleiter vollkommen ignoriert."

DON'T BOGART THAT JOINT, MY FRIEND

GRENZE
ZUR DDR

Mit Freude bemerkten die Soldaten auf dem Beobachtungsposten Alpha, der von der US-Armee an der Grenze zur DDR besetzt wird, daß die Kollegen auf der anderen Seite den Joint kreisen liessen. Mit Winken und einschlägigen Zeichen hatte man sich schnell verständigt, die Feldstecher sind hervorragend.

Aufruhr gab es dann, als bekannt wurde, daß der Oberst der 11. Armered Cavallerie die Kiffer bei ihren Vorgesetzten denunzieren wollte. Wenn die Grenze auch trennt, ist die Führung an solchen Punkten einig. Ob der Protest der amerikanischen Soldaten gegen dieses Vorhaben erfolgreich geblieben ist, bleibt unklar.

STRASSENMUSIK–FESTIVAL IN DORTMUND

DORTMUND 3. Mai — Die Aktionsgemeinschaft Straßenmusik ruft alle Straßenkünstler in allen Städten und Dörfern auf, sich aktiv an dem vom 24. – 26. Juni geplanten Straßenmusik–Festival zu beteiligen. Wir möchten gern, daß in Zukunft auch bei uns Leute auf der Straße Musik und Kleinkunst aufführen können, ohne von Polizei und Ordnungsamt oder Gewerbeaufsichtsamt verjagt zu werden. Interessierte sollen sich bitte schnell an folgende Adresse wenden:

Aktionsgemeinschaft Straßenmusik, c/o Günter Faust, Wörthstr. 63, 4600 Dortmund 1



ADM – TAGUNSBERICHT

LANGEN 10. Mai — Zu der Tagung vom Aktionskreis demokratischer Musiker (siehe ID 174) noch ein etwas ausführlicherer Bericht, der noch'n bisschen genauer informieren soll über das, was dort gelaufen ist.

Die Tagungsthemen „Liederbuch", „Folkscene", „Strassentheater" wurden in Gruppen ausgearbeitet.

Die Liederbuchgruppe bemühte sich um eine brauchbare Zusammenstellung von Liedern für ein linkes Liederbuch. Das Liederbuch soll wie der rote Lehrlingskalender aussehen, damit es in die Tasche passt und einen Plastikumschlag, damit es bei Demos auch mal nasswerden kann. Neben bekannten Liedern, soll das Liederbuch auch unbekanntere und neue Lieder aufnehmen. Außerdem soll ein Anhang rein zum selbermachen von Liedern. Die Funktion des Liederbuchs ist die, einen Stamm von guten und in der Scene lebendigen Liedern bekannt zu machen und zu verbreiten. Für die Auswahl bestimmter Lieder mußte man sich über die Kriterien einigen. Es gab zwei Standpunkte in dieser Frage: Die einen wollten liebe neue Lieder reinnehmen, andere wider um wollten auf die Lieder, die in der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle gespielt haben, nicht verzichten.

Das Thema „Strassentheater" war nicht, wie fälschlicherweise im ID berichtet, als Unterrichtseinheit konzipiert, sondern sollte eine Aktion von den Teilnehmern selbst werden. Wir wollten während der Tagung ein Theaterstück erarbeiten und auch aufführen. Wir haben es am Samstag vor Ostern im Zentrum von Langen gespielt. Zum Thema Kernenergie hatten wir uns drei Schwerpunkte gewählt, die in je einer Szene dargestellt wurden

1. Unfall im Kernkraftwerk (GAU)
2. Verknüpfung und Zusammenarbeit von Industrie, Medien und Meinungsforschungsinstituten in puncto Kernenergie
3. „Sicherung von Arbeitsplätzen durch Kernenergie"

Während und zwischen den Scenen wurden Lieder gegen KKW's gesungen, die sich auf die Szenen bezogen und das Spielen auflockerten. Wegen der Kürze der Vorbereitungszeit konnte natürlich nicht alles ausgefeilt werden. Sehr positiv waren die Erfahrungen dieser Gruppe, insbesondere was den Abbau von Ängsten beim Spielen angeht, die wohl bei allen mehr oder weniger vorhanden waren. Insgesamt war die Erarbeitung des Strassentheaters auch ein emanzipatorischer Schritt, der den einzelnen klar machte, daß man auch dazu fähig ist, selbst ein Strassentheater auf die Beine zu stellen.

Das Strassentheater wird übrigens auch im Info abgedruckt werden

(**ADM c/o W. Fuhr, Ziegelmattenstr. 21, 7800 Freiburg**

„BRAUNER FRÜHLING"

UELZEN 9.Mai — Unter dieser Überschrift findet man im ‚Guten Uelzer', der gegenöffentlichen Stadtzeitung von Uelzen, einen Artikel, der sich mit den Folgen einer umstrittenen Theateraufführung befaßt. Im ID 172/173 stand zu lesen, was anläßlich der Aufführung einer Theatergruppe der beiden Uelzer Gymnasien passierte. Die Gruppe hatte das Theaterstück ‚Schlageter', vom Verfasser Hans Johst seinerzeit „seinem geliebten Führer" gewidmet, reichlich verfremdet auf die Bretter gebracht, um zu demonstrieren, mit welchen Mitteln ein derartiges Stück zum Propagandastück wird.

Bei der zweiten Aufführung schritt nun die ‚Röder-Bande' samt ihrem Herrn ein, um ihr faschistisches Gedankengut an die Leute zu bringen. Nun sollte man den Auftritten dieser Leute nicht zuviel beimessen, wenn man dabei die ganzen kleinen Schweinereien vergißt, die gleichzeitig mit der Aufführung in den Wochen vorher und nachher gelaufen sind.

Da ist die Tatsache, daß einige Uelzer Geschäftsleute plötzlich die Wahl hatten zwischen Teilen ihrer Kundschaft oder dem Ankündigungs-Plakat für die Aufführung im Schaufenster (wobei sie ihre Kundschaft natürlich vorzogen).
Da wurde in der kommerziellen Stadtzeitung (AZ) in der Berichterstattung über das Theaterstück die spezielle Form gehobenen Blödsinns verzapft, die diesen Zeitungen so eigen ist. Die vielen abgedruckten Leserbriefe, brachten dann deutlich zum Ausdruck, was der Artikelschreiber so nicht formulieren konnte: „*Darauf* (auf dem Stück) *aufgebaute Geschichtslehre erzieht Terroristen, ... dazu die primitive Verächtlichmachung der erhaltenen Werte, das Eiserne Kreuz auf dem Geschlechtsteil, mit lauten Schmutzworten unterhalb der Gürtellinie, unglaublich, wohin diese Schulen unsere Kinder erziehen!*"
Oder : „*Wenn bei uns mal ein anderer Wind weht, wird man mit diesen aufgebauschten Randerscheinungen unserer Volksgemeinschaft leicht fertig werden!*"

Der Landrat des Kreises hat zusammen mit 30 Leuten eine Strafanzeige gegen die Theatergruppe wegen des Stücks gestellt. Ende April warfen dann auch einige faschistische Mordbuben dem Spielleiter des Stückes die Fensterscheiben ein und drohten telefonisch mit Mord, erst für ihn, dann für die ganze Theatergruppe. Soweit die Informationen aus dem ‚Guten Uelzer'.

Nun sollte man die Unverbesserlich-Zurückgebliebenen gewähren lassen, wenn's auch nicht einmal mehr zum Lachen ist, was die schreiben. Problematisch wird's nur, wenn man sieht, daß dies die einzigen Stellungnahmen waren, die die AZ brachte. Eine Gegendarstellung des Spielleiters wurde nicht abgedruckt. Der zuständige Redakteur dazu (sinngemäß): Wenn wir das drucken, können wir den Leuten auf der Straße nicht mehr ins Gesicht sehen! Und der Spielleiter selber? Hat Angst gekriegt und ließ sich auch im ‚Guten Uelzer' nicht zu einer Stellungnahme bewegen. Die Bedrohung, der er ausgesetzt ist, mag real sein, weil er als angestellter Lehrer an einem Uelzer Gymnasium nun auch noch um seine Stellung fürchten muß. Aber es ist unverständlich, wenn diese Art von Künstlern schon so in ihren künstlerischen Gefilden umherschwärmen, daß sie nicht bereit sind, auch die politische Auseinandersetzung um ihr Stück zu führen. So zu tun, als ob diese Reaktion in einer provinziellen Kleinstadt aus heiterem Himmel kam, ist schon reichlich weltfremd.

Immerhin: eines wurde doch deutlich - Neofaschisten agieren mit Vorliebe dort, wo auch der Nährboden für ihre Ideen besteht. Und zwischen kleinstädtisch-reaktionärem Bürgersinn und neofaschistischem Gedankengut ist manchmal der Unterschied gar nicht so groß.

HAUSBESETZUNG IN SCHWÄBISCH-GMÜND

SCHWÄBISCH-GMÜND 9.Mai

Nachdem die Jugendlichen aus Schwäbisch-Gmünd sich seit fünf Jahren mit der dortigen Stadtverwaltung herumplagen, um endlich zu einem Jugendzentrum zu kommen, schnappten sie sich Mitte April die Initiative und besetzten eine alte Gewerbeschule, die von der Stadt für „gewerbliche Zwecke" verplant ist und deshalb wohl noch zwei Jahre leer stehen wird. Der Besetzung war eine ‚Aktionswoche' vorausgegangen. Beteiligte berichten:

„Die Polizei zeigte sich ziemlich unsicher und riegelte bis 10 Uhr den besetzten Flügel von der Außenwelt ab, so daß ein Kontakt zur Außenwelt mehr und mehr unmöglich wurde. Um 12.30 Uhr wurde die Zwangsräumung angekündigt, ca. 20 Polizisten mit und ohne Uniform. Wir sahen unsere Demonstrationsmöglichkeit am Ende und gingen freiwillig. Allerdings wurden wir gezwungen, unsere Personalien anzugeben.

Die Weiterarbeit wurde ziemlich schwierig, da die gesamte Gmünder Presse von uns seither keinerlei Material mehr abdruckt, eine Gegendarstellung wurde bis jetzt erfolgreich abgelehnt. Die Berichterstattung ist entsprechend und liest sich wie ein Polit-Krimi. Begriffe wie ‚Gewalttat', ‚Extremisten', ‚Radikalinskis', ‚klassenkämpferischer Klimmzug' usw. werden lauthals und fast wahllos verwendet. Gegen alle Besetzer wurde Anzeige erstattet wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch.

Der Vorsitzende des Stadtjugendrings tat ein weiteres und schloß den uns im Moment zur Verfügung stehenden Raum im Alleingang, da er die Sache nicht mehr überblickte und keine Verantwortung übernehmen wollte. (Der Mietvertrag für diesen Raum besteht zwischen Stadt und Stadtjugendring.)

Die Besetzer und andere interessierte Leute haben einen Arbeitskreis gegründet, der sich mit den Anzeigen, unserem Selbstverständnis dazu und der rechtlichen Grundlage befasst. Falls irgendwo ähnliche Gruppen bestehen, wären wir an Kontakten interessiert.

Kontaktadresse: **AK Besetzung c/o Sommer**
Parlerstraße 28, 7070 Schwäbisch Gmünd



DEMONSTRATION IN DER PROVINZ

HASLACH 7.Mai

Da standen die Hansacher Biedermänner und -frauen fast Kopf, als die vom Jugendzentrumsverein Mittleres Kinzigtal für den 1.Mai angekündigte zentrale Demonstration für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum (ID 174) prompt mit 300 mitmarschierenden Jugendlichen stattfand.

Diese Demonstration war die erste, die hier je lief und man kann sich kaum vorstellen, was die Leute für Gesichter machten, als wir mit roten Fahnen und Transparenten durch die Stadt zogen und Parolen skandierten wie:
„Ein Jugendzentrum muß jetzt her — im Alter brauchen wir's nicht mehr" ; „Wir wurden angelogen, beschissen und betrogen".

Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Vertreter verschiedener Jugendorganisationen wie Jusos, SDAJ, BDKJ, JU, die uns im Namen ihrer Organisationen ihre Solidarität erklärten. Sogar die SPD-Ortsgruppe fand einige solidarische Worte. (Es sind bald Stadtratswahlen...)

Nach der Kundgebung hatten wir ein Theaterstück eingeplant, in dem wir die wichtigsten Stationen unseres vierjährigen Kampfes für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum darstellten. Wir machten dabei die überaus wichtige Erfahrung, daß das Theater ein sehr gutes Medium zur Vermittlung von Erfahrungen ist, denn viele Jugendliche erklärten uns hinterher, daß sie mit Hilfe des Theaterstücks endlich durchblickten, was in Bezug auf das Jugendzentrum bei uns eigentlich laufe. Am Abend spielte dann noch Berni's Autobahnband.

Wir hatten alle ein unheimlich gutes Gefühl während der Demonstration und hinterher und können auch schon einen konkreten Teilerfolg verbuchen: die Zahl der Besucher unserer wöchentlichen Sitzungen hat sich beträchtlich erhöht! Die Demonstration am ersten Mai war nur der Auftakt für eine neue Strategie des Vereins im Kampf um ein Jugendzentrum in unserem Raum; eine Strategie, die wir Unruhestrategie nennen. Wir wollen von jetzt ab nicht mehr wie bisher auf reiner Verhandlungsebene mit den Verwaltungen kämpfen, sondern wir wollen aktionistischer werden, (Demonstrationen, Straßentheater, Sitzstreik vor dem Rathaus, Flugblattaktionen) um unsere Forderungen auch nach Aussen hin zu unterstreichen.

Jugendzentrumsverein Mittleres Kinzigtal
7620 Wolfach, Postfach 1273

STREIK BEI HALLER GING WEITER – UND WURDE DANN ERFOLGREICH BEENDET

STUTTGART 3.Mai Am 15.4. wurde der 1. Streik für die bedingungslose Wiedereinstellung von Werner Hübner erfolgreich beendet; beendet durch die mündliche Zusage des Kapitalisten Haller, daß der Kollege Hübner in seine alten Rechte wieder eingesetzt wird. (Dazu ID Nr. 174)

Doch schon am 20.4. legt die Firmenleitung Hübner einen Vertrag vor, in dem drinsteht, daß er auf seine Rechte auf23 Jahre Betriebszugehörigkeit verzichtet und daß er in eine 8-wöchige Probezeit einwilligen soll (in der er jederzeit gekündigt werden kann). Kollege Hübner lehnte ab.

Daraufhin kommt die erneute Kündigung. Haller erklärt, die Zurücknahme der Entlassung sei unter erpresserischem Druck zustandegekommen und somit rechtswidrig. Auch der Verband der Metallindustrie hat sich inzwischen wieder eingeschaltet. Wilfert (der Sprecher) sagt in einem Interview, es bestehe die Gefahr, „...daß das Beispiel Schule macht und der Arbeitsfrieden ernsthaft gefährdet wird."

Nach erfolglosen Verhandlungen des Betriebsrates mit Geschäftsleitung wird am Mittwoch, den 27.4.77, 6.50 Uhr der Streik wieder aufgenommen. Wieder streiken fast alle der 145 gewerblichen Kollegen und diesmal wird auch versucht, die Angestellten zur Solidarität zu bewegen – allerdings erfolglos. Doch die Solidarität der Kollegen aus anderen Stuttgarter Betrieben steht. Überall wird Geld gesammelt, in einem Betrieb gibt es sogar einen halbstündigen Solidaritätsstreik.

Ab Freitag verhandelt nur noch die IG Metall mit dem Arbeitgeberverband. Am Samstag, den 30.4. ist der Konflikt beendet, nachdem die IG Metall für Montag, 2.5.77 eine Demonstration angekündigt hat. Diesmal wird schriftlich festgelegt zwischen VMi, IGM und Haller:

1. Werner Hübner wird ohne Unterbrechung weiterbeschäftigt. Schriftlicher Arbeitsvertrag, mit einer ununterbrochenen Beschäftigungsdauer seit dem 11.2.1953.
2. Die Arbeit wird am 2.5.77 zur betriebsüblichen Zeit wieder aufgenommen. Die in der ersten Phase des Streiks fallenden Feiertage werden bezahlt.
3. Den Beteiligten entstehen keine Nachteile disziplinarer Art.
4. Die IGM und Betriebsrat der Firma Haller haben sich bereit erklärt, den Betriebsfrieden zu sichern.

Daraufhin wird die Demonstration am Montag abgesagt und am 1.Mai werden bei der DGB-Demonstration alle Haller-Transparente der Kollegen von der Gewerkschaftsführung verboten!

IG BAU STEINE ERDEN: BETRIEBSRÄTE SAGEN NEIN ZU 6,4%

WESTBERLIN 3. Mai „Am 29.4.77 – ein Tag vor Ablauf der Friedenspflicht in der diesjährigen Tarifrunde der IG BSE – wurde schnell noch ein Verhandlungskompromiß zwischen Arbeitgebern und BSE erzielt:

– 6,4% Lohnerhöhung
– 36 Tarifstundenlöhne als Anhebung des 13. Monatseinkommens
– Anhebung der Facharbeiterlöhne auf 3-Jahresbasis um jährlich 1,5%, beginnend am 1.5.78.

Der Abschluß soll erst nach einer 'Mitgliederbefragung' stattfinden. Dazu wurde die Friedenspflicht bis zum 12.5.77 verlängert.

ZUR VORGESCHICHTE:

Am 5.4. hat die IG Bau die Schlichtung der diesjährigen Tarifrunde scheitern lassen. Bundesvorstand und Landesvorstände trugen Kampfbereitschaft zur Schau. Bundesvorsitzender Sperner nach Scheitern der Schlichtung vor der Presse: „Reaktionen der Bauarbeiter könne er nun nicht mehr ausschliessen".
Tatsächlich haben in Hamburg und Hannover Kollegen auf Großbaustellen die Arbeit 2x für je eine Stunde niedergelegt, beim 1. Mal waren es 400, beim 2. Mal 1000. In Westberlin kündigten Mitglieder des Landesvorstandes ebenfalls für den 2. Mai Schwerpunktstreiks auf vier Großbaustellen an.

Hat sich die IG Bau also plötzlich zur Kampforganisation gemausert?
Keineswegs! Was wir hier erleben, ist lediglich eine neue Variante der Vorbereitung von Lohnraubabschlüssen. Nur, daß die BSE-Führung jetzt angesichts des zunehmenden Drucks der Mitglieder von der heutzutage allzu plumpen Verhandlung hinter verschlossenen Türen abgerückt ist und versucht, die Unzufriedenheit auf den Baustellen und in Gewerkschaftsversammlungen mit wirksameren Methoden abzuschöpfen.

WORUM GING ES DER BSE-SPITZE IN DIESER TARIFRUNDE?

Aus einem vergleichsweise nichtigen Anlaß ließ die BSE die Schlichtungsverhandlungen scheitern:
Nachdem der erste Vorschlag der Baukapitalisten von 4,0% als provokatorisch abgelehnt worden war, war man in der Schlichtung sehr bald bereit, 6,1% plus 1,5% Anhebung für Facharbeiter hinzunehmen. Gescheitert ist die Schlichtung hauptsächlich deshalb, weil die BSE auf einer sofortigen Anhebung der Facharbeiterlöhne bestand, und die Baukapitalisten ihr erst zum Oktober zustimmen wollten.
Es ging also überhaupt nicht mehr darum, die vollen 8,5% durchzusetzen. Vielmehr ist der BSE-Vorstand dieses Jahr auf die glorreiche Idee gekommen, Facharbeiter- und Bauwerkerlöhne auseinanderzudividieren. Die Bauwerker bekommen nur 6,1%, während 'die Lohnrelation für qualifizierte Fachkräfte' verbessert wird. Begründet wird diese saubere Spaltung damit, daß ohne diesen Anreiz die qualifizierten Fachkräfte vom Bau abwandern. Hier zerbrechen sich also Gewerkschafter die Köpfe der Kapitalisten, um mehr Leistung am Bau zu erzielen!

WELCHE METHODEN WURDEN BEI DIESER TARIFRUNDE ANGEWANDT?

Angesichts des immer mehr wachsenden Drucks der Mitglieder in den Gewerkschaftsversammlungen schwenkte die BSE auf mehr innergewerkschaftliche Demokratie ein, als das bisher üblich war:

– die Tarifdiskussion wurde rechtzeitig im Herbst begonnen
– drei Funktionärsversammlungen wurden nach Stuttgart, Dortmund und Hamburg einberufen
– die Tarifforderung wurde zum 1. Mai öffentlich vor der Verhandlung genannt
– das Scheitern der Schlichtung wurde durch Flugblätter auf die Baustellen getragen
– vor dem endgültigen Abschluß soll nun eine Mitgliederbefragung stattfinden.

Nur:

– Die Tarifdiskussion begann zwar rechtzeitig, klare Abstimmungen wurden aber versucht zu verhindern
– Zu den 3 Funktionärsversammlungen wurden beileibe nicht alle Funktionäre eingeladen und Sperners Rede konn-

te die Mitglieder auch nicht auf die weitere Tarifauseinandersetzung vorbereiten
- Die Tarifforderung wurde zwar öffentlich genannt, aber ohne das Ergebnis der Tarifberatung in der gesamten Gewerkschaft abzuwarten.
- Die Verteilung der Flugblätter war in Westberlin zumindest äußerst mangelhaft und im wesentlichen den Betriebsräten überlassen.
- Die angekündigte Mitgliederbefragung ist unverbindlich. In Berlin soll sie als Verschicken von Antwortkarten durchgeführt werden: 6,4% ja oder nein. Eine echte Urabstimmung wird dadurch umgangen.

Die BSE-Führung ist also keineswegs glaubwürdiger geworden in der Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Lediglich das Gesicht soll gewahrt werden. Dazu sind die Mittel geschickter geworden.

Das ganze Manöver mit Schlichtungstheater und Streikgerede dient vor allem dazu, von der eigenen mangelnden Kampfbereitschaft abzulenken. Die Buhmänner sind auch schon parat: Die Unorganisierten! Ihnen soll die Schuld dafür in die Schuhe geschoben werden, wenn es diesmal nicht möglich ist, die Forderungen durchzusetzen. Die IG BSE will wieder zu Mitgliedern und Beiträgen kommen. Deshalb das Lockmittel: Wenn Ihr jetzt eintretet, bekommt Ihr bei künftigen Streiks Streikgelder. Wir haben demonstriert, daß das nicht mehr so unwahrscheinlich ist.

UND DIE KOLLEGEN?

In den letzten Jahren haben Kollegen ihren Unmut über die Lohnabschlüsse immer öfter durch Austritte ausgedrückt. Dieser Unmut hat zugenommen und findet in diesem Jahr andere Formen:
- Die Warnstreiks in Hamburg und Hannover haben noch während der Friedenspflicht stattgefunden, also ohne den Startschuß der BSE abzuwarten.
- Häufiger als in den letzten Jahren wird auf den Baustellen über Tarifrunde, Streik, Urabstimmung etc. heftig diskutiert und immer öfter wird das Fehlen von Vertrauensleuten kritisiert.
- Am 2.5.77 kamen in Westberlin ca. 250 Betriebsräte zur Betriebsrätekonferenz der BSE zusammen. Hier zeigte sich das Mißtrauen in die radikalen Sprüche des Landesvorstandes, da auf den Baustellen niemand auf die Organisierung von Streiks vorbereitet worden war. Obwohl nicht vorgesehen, wurde schließlich eine Abstimmung über die 6,4% herbeigeführt. Die überwältigende Mehrheit lehnte den Abschluß von 6,4% ganz entschieden ab.
  Das ist genau die Antwort, die die BSE-Führer jetzt überall auf ihr Wortgeklingel verdienen!

- Für eine echte Urabstimmung! –
- „Nein" zu 6,4%! –

Kollegen aus Westberlin

HEUTE SONDERSCHICHTEN – MORGEN ENTLASSUNGEN

GLADBECK
2. Mai

Flugblatt bei Siemens-Gladbeck:

„Auf der Betriebsratssitzung vom Montag, dem 18. April, wurde dem Betriebsrat durch E. Schmiedel mitgeteilt, daß Siemens in der Abteilung 424 (Andruckleistenmontage) Überstunden fahren will. Begründet wurde dies mit hohen Auftragsrückständen. Erinnern wir uns an die Politik der Siemens AG in Gladbeck in den letzten Jahren. Jeder von uns weiß, daß wir in drei Jahren 2.500 Arbeitsplätze verloren haben, daß noch weitere 200 bis nächstes Jahr beseitigt werden sollen und absoluter Einstellstop besteht. 1974 kam die Andruckleistenmontage nach Gladbeck; bis die Technik klappte, mußten die Kolleginnen an zwei Bändern wie wild Überstunden schruppen. Ab 1975 war die Andruckleiste ständig an der Kurzarbeit beteiligt, und ein Montageband wurde stillgelegt. Im Herbst 1976 hieß es, Siemens hätte in der Andruckleiste zu hohe Lagerbestände, die Montagebahn müsse personell reduziert werden. Inzwischen wurde das stillgelegte Band sogar abgebaut. Jetzt, kaum 6 Monate später, bestehen hohe Auftragsrückstände. Tatsache jedoch ist, daß Siemens seit Monaten auf Automaten wartet, die die Montagearbeitsplätze der Frauen ersetzen sollen und auch einen höheren Produktionsausstoß bringen. Statt Anfang 77 kommen diese Automaten erst Ende diesen bzw. Anfang nächsten Jahres. Die Kolleginnen sollen also jetzt Überstunden kloppen, um das herauszuholen, was sonst die Automaten gebracht hätten. Wenn die Automaten da sind, werden die Überstunden beendet, und ein Teil der Kolleginnen, die heute samstags kommen, erhalten dann den Tritt ins verlängerte Rückgrat.

KEINE ÜBERSTUNDEN, SONDERN SCHAFFUNG NEUER ARBEITSPLÄTZE – AUFBAU DER ZWEITEN BAHN IN 424

Während die IG Metall überall fordert, keinen Überstunden zur Produktionserhöhung zuzustimmen, der DGB den 1. Mai unter das Thema des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit stellt, stimmt die Betriebsratsmehrheit für Überstunden. Mit 17 gegen 6 Stimmen (6 Betriebsräte der Liste 2. Die Liste 2 hatte gegen den korrupten alten IGM-Betriebsrat kandidiert und 50,8 % der Stimmen erhalten. Sie hat nur 6 Sitze im Betriebsrat, da sie nur 6 Kandidaten aufgestellt hatte.) wurde für die Überstunden gestimmt. Der Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze ist bei der Betriebsratsmehrheit offensichtlich ein Lippenbekenntnis. Jetzt Überstunden zur Erhöhung der Produktion ist verantwortungslos, wenn man bedenkt, daß noch 200 Arbeitsplätze beseitigt werden sollen, wenn man an die Frauenarbeitslosigkeit in Gladbeck denkt. Wir wissen, viele Frauen in 424 brauchen die paar Mäuse, die sie durch Überstunden bekommen, dringend für die Haushaltskasse. Doch ausreichendes Geld für die Lebenshaltungskosten darf nicht durch Mehrarbeit, sondern muß durch Erhöhung des Stundelohnes in 40 Stunden erreicht werden. Die Überstundenkopperei in 424 macht viele Frauen unter den katastrophalen Arbeitsbedingungen, die dort herrschen, gesundheitlich noch kaputter. Der Krankenstand in 424 gehört heute schon zu den höchsten im Werk, und sobald die Automaten da sind, heißt es dann für einige Kolleginnen, die sich jetzt kaputt machen, lapidar: 'Sie sind aus gesundheitlichen Gründen für die Produktion nicht geeignet.' "

POLIZEI VERHAFTET SOLDATEN NACH DGB-KUNDGEBUNG

REUTLINGEN
1. Mai

„Auf dem Heimweg nach der DGB-Kundgebung zum 1. Mai wurden drei uniformierte Soldaten von einem Zivilisten angehalten, verhaftet und nach drei Stunden wieder entlassen.

Was war passiert?
Die Soldaten weigerten sich einem Zivilisten gegenüber, der für sie nicht eindeutig als Feldjäger kenntlich war, ihre Trup-

penausweise vorzuzeigen. Die drei Soldaten erklärten sich bereit, sich einem uniformierten Feldjäger gegenüber auszuweisen, und folgten freiwillig dem 'zivilen' Feldjäger zum Platz zurück.

Statt uniformierte Feldjäger zu holen, forderte dieser die anwesende Polizei auf, die Soldaten zu verhaften. Eine Reihe von Kundgebungsteilnehmern wurde auf den Vorgang aufmerksam und gruppierte sich um den zivilen Feldjäger und die Soldaten. In der Diskussion erklärte der zivile Feldjäger, Soldaten seien berechtigt, in Uniform an DGB-Demonstrationen teilzunehmen, trotzdem sei er mit dem Auftrag unterwegs, die Personalien dieser Soldaten festzustellen. Und er fügte hinzu: „Macht den Soldaten keine Schwierigkeiten, sie sind uns sowieso schon bekannt".

Warum sollten dann die Personalien festgestellt werden?

Die Polizei drängte sich durch die Umstehenden und verhaftete die Soldaten. Diese ließen sich widerstandslos abführen. Durch brutales Vorgehen der Polizei (eine Kundgebungsteilnehmerin wurde z.B. vom Einsatzwagen angefahren) kam es zu einem Handgemenge. Vor dem Polizeipräsidium versammelten sich die aufgebrachten Zeugen des Vorfalls.

Die Polizei war nur bereit, mit drei der Versammelten zu sprechen und diese mußten zuerst ihre Namen schriftlich durch das Fenster reichen.
Diesen drei Vertretern wurde von der Polizei nur ungenügende Rechtsauskunft erteilt. Sie bekamen z.B. keine Auskunft über den Fahrer des Dienstwagens, lediglich der Name des Einsatzleiters wurde genannt. Die drei engagierten Vertreter bekamen also keine Auskünfte, aber sie wurden wegen Landfriedensbruch angezeigt. Die Anwesenden vor dem Polizeipräsidium wurden fotografiert und müssen nach Aussage der Polizei mit gleichen Anzeigen rechnen.

Nach der Übergabe an die Feldjäger wurden die drei Soldaten freigelassen.

Warum dieses brutale Vorgehen der Polizei?
Warum wird eine friedliche Demonstration überwacht von ziviler Polizei, warum werden Teilnehmer verhaftet?

Dieser Polizeieinsatz macht deutlich, daß die Wahrnehmung elementarer Rechte, wie das Recht der Soldaten, an DGB-Demonstrationen teilzunehmen, durch Einschüchterung, Bespitzelung und letztlich Verhaftung verhindert wird.
Wollen sie die Gewerkschaftskollegen während ihrer Dienstzeit von ihren arbeitenden Kollegen isolieren und sie zu Gegnern der Gewerkschaft erziehen? Man schlägt den wehrpflichtigen Arbeiter und meint die Gewerkschaft.
Gibt es nur solange Rechte, wie man sie nicht in Anspruch nimmt?

Wir fordern freie Gewerkschaftliche Betätigung in Betrieb und Kaserne; Rücknahme aller Anzeigen; die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden."

Regensburger Soldatenkomitee

DER ERSTE MAI

DDR: *Der erste Mai ist schön/da kann man Leute sehn/der Konsum bestellt Bockwurst/und hundert Flaschen Bier/Studenten sind auch hier/die kommen aus der Stadt/wo man sowas hat.*
Der erste Mai ist neu/da gibt es noch kein Heu/die Kühe fressen Haferstroh/am Kuhstall steht die Losung rot/in weißer Schrift geschrieben:/Im Kuhstall wird die Milch gemacht/die Butter und der Frieden/die Butter und der Friehieden!

KÖLN
Vorabendveranstaltung der DGB-Jugend am 30.4.

1.200 Leute besuchten die Vorabendveranstaltung der DGB-Jugend. Es spielten Manuel Velasquez, die Bochumer Revue „Vorwärts und nicht vergessen". Die eingesetzten Ordner waren teilweise so aufgeputscht gegen linke Zeitungsverkäufer, Flugblattverteiler, daß sie gegen Mitglieder der Revue vorgehen wollten, als diese im Rahmen der Show Flugblätter verteilen wollten.

1. Mai

Obwohl der Abmarsch des 1.-Mai-Demonstrationszuges für 9.15 Uhr angesetzt war, ging er bereits um 8.45 Uhr los. Ordner versuchten durch Kettenbildung die Teilnahme des Anti-KKW-Blockes, der Frauen und der Parteien zu verhindern. Gewerkschaftsfunktionäre fehlten fast vollständig, da diese sich auf dem Neumarkt – Ort der Abschlußkundgebung – getroffen hatten, um den „Chaoten" den Platz wegzunehmen. Daher setzte sich der 5.000 Mann/Frau starke Zug hauptsächlich aus Gewerkschaftsjugend, KKW-Gegnern, Frauen und K-Gruppen zusammen. Die Reden von Oberbürgermeister, Schmidt und Vetter gingen dann auch über große Passagen im Krach von Hunderten von Trillerpfeifen unter.
(Eine der Parolen war: „Weg mit Schmidt und Vetter, wir wollen bess'res Wetter!")

HAMBURG
1.-Mai-Platzkonzert

Der eindeutige Höhepunkt war die Abschlußkundgebung vorm DGB-Haus, als Minister Matthöfer (als dritter und letzter) erschien. Just als er anhub zu reden, setzte ein vieltausendfaches Pfeifen und Tuten, Tröten und Tirillieren, Ratschen und Klatschen ein; das war so engagiert, laut und dauerhaft, und kam aus allen Ecken, daß maximal 0,01 % der Ministerworte die Ohren erreichte. Hier erfüllte sich das prophetische Wort: Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam erreichen wir mehr. Da half auch die Macht der Superlautsprecher nicht mehr, die der DGB platzbeherrschend installiert hatte. Nach einiger Zeit, als die Rufe „Aufhören!" und „Weg mit dem Atomminister" nichts fruchteten, zog ein neugebildeter Demonstrationszug ab, gerade im richtigen Moment, um noch mitzubekommen, wie der Minister endete. Zu diesem Zeitpunkt muß es gewesen sein, als einige Farbbeutel u.ä. in Richtung Rednerbalkon flogen und dort von geistesgegenwärtigen Herren mit Frühstücktabletts abgefangen wurden; die Polizei griff sofort ein und prügelte.

Hier noch einige Sprüche von der Demo: „Setzt Atomhöfer matt!", „1,2,3,4, viele Brokdorf schaffen wir – 5,6,7,8, der Bauplatz wird wieder zur Wiese gemacht." „Schmidt und Stoltenberg, ab in das Atomkraftwerk!" und: „Die Ordnungshüter in die Schnellen Brüter!"

... Davon hielt das Fersehen für mitteilenswert:
ZDF um 19.00: mit einigen Worten wird lediglich erwähnt, daß in Hamburg Linksgerichtete eine Auseinandersetzung mit der Polizei angerichtet hätten. Dazu wird ein Bild von sich auseinandersetzenden Polizisten gezeigt.
ARD um 20.00: als erstes Bild der Mai-Reportage wird dieselbe Momentaufnahme der Prüfelszene ohne Kommentar gezeigt. Es folgen sofort Bilder aus Köln usw..

Hier eine Rede, die Matthöfer sicher nicht gehalten hätte. Als Ansatz einer Diskussion über gemeinsame Interessen und um die Spaltung in Arbeitsplätze hier und Umweltschutz da zu überwinden:

„Ich bin Mitglied einer Bürgerinitiative für Umweltschutz und setze mich seit Jahren mit den Problemen der Atomenergie-

Nutzung auseinander. Das Ziel dieser Bürgerinitiative ist die Erhaltung der Umwelt und der Schutz des Lebens. Dazu gehört auch die Verhinderung von Atomkraftwerken.

Manche von Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden verwundert sein, warum ein Umweltschützer und Atomgegner ausgerechnet am 1. Mai, am Tag der Arbeit, zu Euch spricht und das sogar auf einer DGB-Kundgebung, dessen Bundesvorstand sich doch gerade erst *für* den weiteren Ausbau der Atomkraftwerke ausgesprochen hat.

Nun — wir wissen, daß Umweltschutz und Atomkraft sehr viel mit den Problemen der Arbeitnehmer zu tun haben:

- mit der Erhaltung oder Zerstörung von Arbeitsplätzen,
- mit der Qualität der Arbeitsplätze
- mit der Lebensqualität des Arbeitnehmers überhaupt,
- und schließlich (was ja auch zur Lebensqualität gehört) mit der Gesundheit eines jeden von uns.

Es sollte eigentlich jedem so bewußt sein, daß man es gar nicht mehr erwähnen müßte: Der Mensch und seine Gesundheit hängen allein von dem Überleben seiner biologischen Umwelt ab, von einem stabilen ökologischen Gleichgewicht und nicht etwa vom Grad der Industrialisierung.

Auch der DGB tritt erklärtermaßen für aktive Umweltpolitik ein, in der Frage der Energiepolitik wird diese Absicht aber schon zu einem reinen Lippenbekenntnis. Obgleich dem Bundesvorstand des DGB die Alternativen zur Atomenergie bekannt sind — in seiner Stellungnahme vom 5. April spricht er sie ja kurz an — trotzdem fordert er die zügige Fortsetzung der Arbeiten an den zur Zeit im Bau befindlichen Atomkraftwerken.

Und dies, obwohl er in derselben Stellungnahme im Wesentlichen die gleichen Bedingungen für den Einsatz und den weiteren Ausbau formuliert hat, die auch jede Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke als Voraussetzung fordert. Es sind dies:

- die ungelösten Frage des Brennstoffkreislaufs, der Entsorgung, der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und deren Auswirkungen im Normalbetrieb.

Dabei ist die Entsorgungsfrage nicht nur ein Standortproblem, wie dies gern von der Regierung dargestellt wird. Hier sind wesentliche technische Probleme ungelöst, Verfahren noch nicht erprobt, ja zum Teil noch nicht einmal erfunden und die Sicherheitsprobleme der Wiederaufbereitungsanlagen kaum zu bewältigen. Im übrigen ist es schon hier, wie auch beim Atomkraftwerk selbst, Augenwischerei, von Sicherheit zu sprechen, wenn man nicht hundertprozentige Sicherheit meint. Eine solche absolute Sicherheit ist bei keiner technischen Anlage erreichbar, nur: eines unterscheidet kerntechnische Anlagen von allen bisher bekannten Risiken: das Ausmaß eines Unfalls ist so katastrophal, daß die Verantwortung hierfür von niemandem getragen werden kann. Das Risiko, daß irgendwann bei einer Katastrophe Millionen von Menschen den Tod finden und ganze Landstriche für Jahre verwüstet werden, läßt sich auch dann nicht rechtfertigen, wenn der Atomstrom uns vorher zehn, zwanzig oder hundert Jahre zum Energieverschwenden verführt.

Aber auch der Normalbetrieb eines AKW und viel mehr noch einer WAA ist nicht unschädlich, da kein Behälter absolut dicht und kein Rückhalteverfahren oder Filter hundertprozentig ist. Selbst wenn die zugelassenen Strahlendosen nie überschritten werden sollten, was zu bezweifeln ist, haben wir beim Erreichen der Grenzwerte weltweit mit jährlich 200.000 zusätzlichen Krebs- und Leukämie-Opfern sowie zehntausenden von zusätzlichen Erbschäden zu rechnen. Es gibt nämlich grundsätzlich keine Schwelle, unterhalb derer die Radioaktivität nicht mehr schädlich ist. Und auch die natürliche Strahlung führt schon ständig zu Krebs und Erbschäden, insbesondere gemeinsam mit der Belastung, die wir inzwischen durch alle möglichen chemischen Gifte zu ertragen haben.

Von Befürwortern und Gegnern werden all diese Risiken gleichermaßen anerkannt — man streitet sich hier nur über das Ausmaß und über die Bereitschaft, diese Risiken zu tragen. Und der DGB-Bundesvorstand hat sich offenbar dafür entschieden, Leben und Gesundheit von uns heute und aller unserer Nachfolge-Generationen zu gefährden. Als Grund nennt er in seiner Stellungsnahme das Interesse der kurzfristigen Erreichung des Vollbeschäftigungszieles. Gesteuert wird diese Haltung von dem berechtigten Interesse aller Arbeitnehmer, die in der Atomkraftwerk-Industrie beschäftigt sind.

Übergangen hat der DGB-Vorstand dabei aber das Interesse aller Arbeitnehmer an einer gesunden und lebenswerten Umwelt und — was für eine Gewerkschaft aber im Mittelpunkt des Interesses stehen sollte — auch die Sorge um die Arbeitsplätze aller Arbeitnehmer.

Und hier zeigt inzwischen die Erfahrung, daß der Einsatz von mehr und billigerer Energie genauso wenig Arbeitsplätze schafft, wie die Investiotionshilfen des Staates oder die Zurückhaltung der Gewerkschaften bei den Tarifrunden im vorigen Jahr. Beides — Investitionen und Energie — werden inzwischen in weit stärkerem Maße zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, als zur Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet.

Der Energieverbrauch ist im letzten Jahr gestiegen, die Zahl der Arbeitsplätze gesunken, weil sich der Einsatz von Maschinen bei nur langsam wachsenden Energiekosten gegenüber den schnell wachsenden Lohnkosten immer mehr lohnt. So konnte sich der Arbeitgeber 1964 nur 53 KWH elektrischen Strom für das gleiche Geld kaufen, die eine Arbeitsstunde Lohn kostete. Zehn Jahre später, 1974, bekam er schon mehr als das Doppelte, nämlich 112 KWH für das Geld einer Arbeitsstunde. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen wird also durch ein vergrössertes Angebot von preiswerter Energie geradezu geplant und forciert.

Noch immer setzt der DGB-Vorstand — genauso wie die Bundesregierung — auf eine Lösung des Problems durch verstärktes Wachstum der Produktion. Aber genau dieses Wachstum läßt sich nur steigern, wenn man deren Qualität weiter vermindert, damit sie noch schneller verbraucht werden. Dies liegt nicht im Interesse der Arbeitnehmer, auch nicht, wenn sie dadurch Vollbeschäftigung erreichen könnten. Der unkontrollierte Wildwuchs bei gleichzeitig sinkender Qualität der produzierten Waren hat nichts mit Lebensqualität und Humanisierung der Arbeitswelt zu tun.

Diese Entwicklung ist außerdem ausgesprochen lebensfeindlich und umweltzerstörend. Das Wachstum ist längst an die Grenze gestoßen, wo seine schädlichen Auswirkungen gravierender werden als sein zweifelhafter Nutezn.

In diese Zeit hilft nur noch ein konsequentes Umdenken und Umschwenken auf das, was die Amerikaner „intermediate technology", die „mittlere Technologie" nennen:

- Umstellung auf langlebige umweltfreundliche Produkte, deren Beseitigung nicht auch noch zusätzliche Energie verschlingt.
- Rückführung der Rohstoffe
- Schluß mit Ex und Hopp
- Auch für die Energiegewinnung gilt: Dezentralisierung, Schonung der fossilen Brennstoffe, Nutzung der sogenannten „regenerativen" Energiequellen (Wind, Sonne etc.)
- Sicherung von Arbeitsplätzen durch kleinere, leistungsfähige Produktionseinheiten, Rationalisierung, aber nicht auf Kosten der Arbeitsplätze, sondern zu deren Humanisierung
- Einsparen von Energie, das heißt nicht: Gürtel enger schnallen, sondern Aufhören mit der Verschwendung
- Ganze Industriezweige mit vielen humanen Arbeitsplätzen ließen sich auftun für die Produktion von Wärmeisolierungen, stromsparende Wäremepumpen, Sonnenkollektoren und Wärmespeicher.

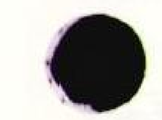
Hierfür lassen sich wirklich humane Arbeitsplätze und Ar-

beitsbedingungen schaffen, im Gegensatz zum Atomkraftwerk oder gar Entsorgungspark, wo man bei Reparaturen hunderte oder gar tausende verschiedener Leute einsetzen muß, damit bei der höheren Strahlenbelastung keiner mehr als die „zulässige" Dosis erhält. Diese „Mittlere Technologie" wäre endlich ökologisch und ökonomisch sinnvoll und ausgewogen. Einen Widerspruch zwischen Umweltschutz und Erhaltung des Arbeitsplatzes gibt es dabei nicht mehr.

Streng genommen entspricht dieses Ziel genau den erklärten Zielen des DGB. Trotzdem geht er seltsame und widersprüchliche Kompromisse ein und unterstützt damit die fragwürdigen Ziele der Kernkraftwerks-Industrie. So wird z.B. der zügige Weiterbau der angefangenen Atomkraftwerke gefordert, aber gleichzeitig verlangt, daß diese nicht in Betrieb genommen werden dürfen, da die Entsorgungsfrage nicht gelöst ist.

Stattdessen sollte der DGB als Vertreter aller Arbeitnehmer seinen Einfluß endlich geltend machen und Druck auf Staat und Industrie ausüben, damit endlich mit dem Aufbau der alternativen Technologie begonnen wird. Dies wäre für alle Arbeitnehmer kurz- und langfristig die beste Interessenvertretung.

KEIN AKW IN BIBLIS UND AUCH NICHT ANDERSWO!"



FRANKFURT

Polizeiliche Nachbereitung zum 1. Mai

DGB- und Polizeiführung in Frankfurt tagten am 2. Mai in Permanenz, um das Zustandekommen des Polizeieinsatzes bei der 1.-Mai-Kundgebung aufzuklären. Schon vor dem 1. Mai hatte die Polizeiführung mehrmals versucht, den DGB dafür zu gewinnen, die diesjährige Kundgebung auf dem Römerberg durch größere Polizeiaufgebote zu „schützen", da nach Buback-Mord und baldigem Jahrestag des Todes von Ulrike Meinhof und was sich sonst so an Gründen noch finden läßt, eine „Sondersituation" gegeben sei, in der die Polizei präventiv und im Vorfeld (wie das immer so schön heißt) tätig werden müsse. Die DGBler vermochten dies aber nicht so recht für ihre Kundgebung am 1. Mai einzusehen, vereinbarten mit der Polizei „Objektschutz" und verwiesen im übrigen darauf, daß die Organisation Ordner stelle. Als die Demonstration auf dem Römerberg ankam, sah der „Objektschutz" so aus, daß ringsum aufgereiht Bull' an Bull' stand, mit Schild und Knüppel und im Kampfanzug. Auch das Gerichtsgebäude war auf diese Art und Weise „objektgeschützt" gewesen und hatte zusätzlich noch gut sichtbar einen Wasserwerfer mit auf die Menge gerichteter Kanone in unmittelbarer Nähe stehen. Die DGBler waren darob recht empört und meinten, unsichtbar in einer Nebenstraße hätte der Wasserwerfern auch seine Dienste getan.

Auf dem Römerberg selbst war es zu dem Polizeieinsatz gekommen, als eine Gruppe von KBWlern sich nach Darstellung der Polizei mit einer anderen Gruppe von KBWlern am Justitia-Brunnen „vereinigen" wollte, „um die DGB-Kundgebung noch mehr zu stören als bislang schon." Das war der Einsatzleitung als für den DGB so bedrohlich erschienen, daß sie eingriff. Auf ausdrücklichen Hinweis des DGB, ihnen sei die Situation nicht bedrohlich erschienen und überdies sei vorher eindeutig ausgemacht gewesen, daß der DGB bei akustischer Störung seiner Kundgebung keinerlei polizeiliches Eingreifen wünsche, erklärte dann Polizeipräsident Müller ebenso ausdrücklich, daß es der Polizei nach ihren Einsatzbestimmungen freistünde, dann einzugreifen, wenn *sie* die Situation als so bedrohlich einschätze, daß *ihr* ein polizeiliches Eingreifen geboten erscheine, völlig unabhängig von dem, was die Wünsche und Vorstellungen z.B. von Veranstaltern von Kundgebungen seien.

Weiterhin stellte sich heraus, daß die eingesetzten Polizeikräfte blutjunge Burschen waren, die überhaupt erst am 1. April in der Polizeischule Wiesbaden ihre Ausbildung angefangen hatten. Der Schluß liegt nahe, daß die mal auf einer „harmlosen" DGB-Demo, auf der eigentlich „nichts schiefgehen kann", üben sollten, wie das so ist, wenn man Polizist ist!

EINE NOTWENDIGE KLÄRUNG: DER 25. APRIL DES VOLKES UND DER 25. NOVEMBER DER MACHTHABER

LISSABON Ende April — während das einfache Volk auf die eine oder andere Weise den 25. April auf der Strasse feierte, begingen die politischen und militärischen Machtinhaber auf der „Avenida da Liberdade" („Allee der Freiheit"), mit einer Militärparade die Gedenkfeier des 25. November.

Die Feiern begannen am 22. April, auf Initiative der Rathäuser und des Erziehungsministeriums. In verschiedenen Kasernen gab es Kinderbesuche, Schauspiele für Kinder, nicht nur in Lissabon, obwohl hier die verschiedenen Initiativen den größten Anklang gefunden haben.

Am 24. April bei der Feier der Regierungspartei (in der Stierkampfarena „Campo Pequeño") und bei der offiziellen Feier (Ein Schauspiel im „Coliseu dos Recreios") glänzte das Volk mit Abwesenheit, so daß selbst Ramalho Eanes, der Präsident der Republik, nicht im „Coliseu dos Recreios" erschien, wie es geplant war. Die Feier der Regierungspartei hat wieder die gegen die Linke gerichtete Hysterie der Sozialistischen Partei unterstrichen, die schon Ende 1975 ausgebrochen war und die die Rechtfertigung des 25. Novembers abgibt, was von Mario Soares drohend in Erinnerung gerufen wurde. Selbst die eigenen Reihen der sozialistischen Partei werden angegriffen, wie z.B. die „Fraternidade Operaia" („Bruderschaft der Arbeiter"). eine Organisation der Linken innerhalb der Sozialistischen Partei.

Am Abend des 24. April war eine Demonstration vom Largo de Camoes aufgebrochen unter dem Motto: „Der 25. April lebt". An der Demonstration nahmen viele Militärs des 25. April teil (Otelo Saraiva de Varvalho, Rosa Coutinho, Costa Neves). Tausende Menschen liefen mit. Die Demonstration führte am früheren Sitz der Politischen Polizei „Pide" vorbei, wo eine Gedenktafel eingeweiht wurde in Erinnerung der fünf letzten Opfer der „Pide", die am 25. April unter den letzten Kugeln der politischen Polizei des Faschismus gefallen sind. Die Demonstration führte weiter am Gebäude der früheren Zensur vorbei und am „Quartel do Carmo", dem letzten Zufluchtsort von Marcelo Caetano, vorbei in Richtung „Radio Club Portugues", der Radiostation, die die ersten Komuniquees der „Bewegung der Streitkräfte" am 25. April 1974 gesendet hatten. Die Demonstranten sangen hier das Lied „Grandola, Vila Morena".

Am 25. hat es eine größere Militärparade auf der „Allee der Freiheit" gegeben, die mit einer Ansprache von Ramalho Eanes begann. Der Präsident versuchte in dieser Ansprache, die Bedeutung des 25. Aprils herunterzuspielen und griff mehrmals auf den 25. November 1975 zurück, der zu „der ursprünglichen Reinheit" zurückgeführt habe.

Während der Ansprache hat es zahlreiche Zwischenrufe gegeben: „Die Soldaten immer, immer auf der Seite des Volkes!", „Otelo, Otelo!".

Der Botschafter der USA, Carlucci, mit dunkler Brille, schaute die Parade in der Reihe der Militärattachés von der Tribüne des diplomatischen Korps aus an, während die „T 38" im Tiefflug die Parade überflogen.

Der Verlauf der Parade war mit verschiedenen Plakaten geschmückt: „Warum darf Otelo nicht reden", „Faschisten aus den Kasernen raus", „Imperialisten aus Portugal raus". Jaime Neves (der praktisch mit seinem ganzen Regiment erschienen ist) und

die „Guardia Nacional Republicana" und die Bereitschaftspolizei sind mit Pfiffen und Unmutsrufen empfangen worden; an anderen Punkten war lauter Beifall zu hören, was den tiefen Graben zwischen den einzelnen politischen Kräften belegt. Während die Bereitschaftspolizei vorbeimarschierte, hat jemand gerufen: „Ich wußte gar nicht, daß Ihr auch am 25. April mit dabei wart."

Die Parade ist sogar von einigen Zuschauern unterbrochen worden, unmittelbar vor der NATO-Brigade, so daß die Polizei eingreifen mußte, um die Ordnung wieder herzustellen.

Die Zuschauer waren eine heterogene Masse, zwischen denen sogar einige eine Fahne der sozialistischen Partei emporhielten. Ein Zwischenfall, der zu denken gibt: das Vorbeifahren, nach der Parade, zweier vollbesetzter Lastwagen mit Fallschirmjägern, die stehend mit geballter Faust und mit Gewehren grüßten.

Am selben Tag hat es ein Mittagessen in der „Voz do Operaio" der Militärs des 25. April gegeben. Unabhängig von ihren politischen Standorten waren mit dabei: Vasco Lourenco, Otelo, Charais, Rosa Coutinho, Pezarat Correia, Corvacho und praktisch alle Hauptleute des 25. April.

Am Nachmittag hat es eine Fest-Demonstration im Parque Eduardo VII, dem Aufruf der Kommunistischen Partei, des MDP und FSP folgend und eine Demonstration am „Cais do Sodré", dem Aufruf einiger Organisationen folgend, gegeben. Die Demonstration hat sich kurz vor dem Gebäude des „Jornal Republica" aufgehalten, wo das Schlagwort „Gegen die reaktionäre Presse – Die revolutionäre Presse"gerufen worden ist. Zum Schluß ist das Lied „Grandola, Vila Morena", das Zeichen des 25. April, gesungen worden.

Quelle: Agencia Noticiosa Terceiro Mundo (ATM)

ZUM 1. MAI IN LISSABON

LISSABON 10. Mai — Um die Bedeutung des 1. Mai in diesem Jahr besser verstehen zu können, muß er mit dem 25. April verglichen werden. Offensichtlich ist der 1. Mai wieder der bedeutendste Kampftag der portugisischen Linken geworden.

Die Feiern zum 25. April fanden unter relativ geringer Beteiligung des Volkes statt. Es gab mehrere kleine Demonstrationen, in Lissabon natürlich eine offizielle Kundgebung.



Gegen die offizielle Militärparade, die sich im Grunde auf den Rechtsputsch vom 25. November (1975) bezog, demonstriert ein Portugiese mit einem Bild von Otelo, dem inzwischen degradierten und von einem Militärtribunal bedrohten Symbol des 25. April (1974).

Wichtig ist lediglich die Kundgebung am 24. mit Rosa Coutinho. Otelo hatte Redeverbot und ließ sich die Hände schütteln und umarmen, mehr nostalgische Geste als Beginn neuer Aktivitäten. Wichtig war eine Demonstration in Setubal (Industriestadt südlich von Lissabon, die 'linkeste' Stadt in Portugal). Dort wurde eine Woche vor diesem Tag ein besetztes Haus unter Einsatz von 400 schwerbewaffneten Bereitschaftspolizisten brutal geräumt. Mehrere Genossen wurden tagelang festgehalten, ihnen jeder Kontakt mit der Außenwelt verwehrt. Auf einer Demonstration am 24., an der sich etwa 2.000 Leute beteiligten, wurden die Genossen, die sich auf dieses Ereignis bezogen, von PCP-Leuten hysterisch niedergeschrien, denen nichts besseres einfiel, als 'umpovo unido jamais será vencido' – 'ein geeintes Volk wird niemals besiegt'. Es kam dabei zu Handgreiflichkeiten vonseiten der PCP, schließlich forderten KP-Leute die Polizei sogar noch auf, gegen die Genossen vorzugehen.

Für den 1. Mai hatten die Gewerkschaften und andere Organisationen der Linken zur Einheit im gewerkschaftlichen Kampf, zur Abwehr des Faschismus und gegen die Restauration des Kapitalismus in Portugal aufgerufen: 'CGTP – Unidad sindical' (Allgemeiner portugiesischer Gewerkschaftsverband – Gewerkschaftseinheit) war die Hauptparole. Es herrschte große Unsicherheit, wie diese Parolen aufgenommen werden würden. In Lissabon waren sämtliche Straßen und Plätze voller Menschen, die Stadt für diesen Tag ein einziges Volksfest. Aus allen Ecken kamen Züge der Betriebskollektive, Schulen, Gruppen, die sich dann zu einer Demonstration von mindestens 150.000 Leuten formierten. Als der Zug am Haus von Rosa Coutinho vorbeizog, wurde dieser und die MFA enthusiastisch gefeiert; dort fiel uns auf, daß kein einziger Soldat in Uniform an der Demonstration teilnahm. Die zentrale Kundgebung fand im Stadion des 1. Mai statt unter Beteiligung der großen Organisationen und etwa 50.000 Menschen. Costa Gomes (ehemaliger Staatspräsident), der teilnahm, wurde ebenfalls stürmisch begrüßt. Gefeiert wurde Vasco Goncalves (ehemaliger Ministerpräsident), von dem Bilder gezeigt wurden. Hauptthemen waren die Verhinderung des Abbaus der Rechte der Arbeiter, die Verringerung der Feiertage, die konsequente Durchführung der Agrarreform und der Aufbau eines unabhängigen sozialistischen Portugal. Die offizielle Linie der regierenden PS war überhaupt nicht zu sehen. Sie hatte es vorgezogen, eine Kundgebung mit Ministerpräsident Soares in Porto (Nordportugal) abzuhalten. Die muß so katastrophal gewesen sein, daß Radio und Fernsehen nichts davon berichteten.

DER 'BLUTMAI' IN ISTANBUL

ISTANBUL 2.Mai — *Am 5.Juni sind in der Türkei Parlamentswahlen angesetzt. In diesem zeitlichen und politischen Zusammenhang ist wohl das Massaker während der 1.Mai-Veranstaltung in Istanbul zu verstehen.*

Die CHP (die sich zwar ,sozialdemokratisch' nennt, die aber wegen ihres breiten nach links bis hin zu den ,Undogmatischen' reichenden Spektrums nur sehr bedingt mit der SPD verglichen werden kann) wird diese Wahlen entweder ganz knapp verlieren oder ganz knapp gewinnen. Fast die gesamte türkische Linke (einschließlich Maoisten) steht bei diesen Wahlen hinter der CHP, da sie weiß, daß am 5.Juni eine Vorentscheidung darüber stattfindet, ob die Türkei endgültig faschistisch wird oder in einen Bürgerkrieg treibt. Die Rechten werden alles versuchen, um einen Wahlsieg der CHP zu verhindern. Man nimmt deshalb auch an, daß vor den Wahlen noch

ein ‚großes Ding' laufen wird, um der Bevölkerung Angst zu machen und CHP-Sympathisanten vom Wählen abzuhalten. Bereits sicher, weil von den Kommandos angekündigt, ist,daß die Faschisten am 5.Juni an und in den Wahllokalen präsent sein werden.

Zu vermuten ist auch, daß dieses Massaker der Regierung Demirel nicht ungelegen kam. Denn die erste Konsequenz des von Faschisten und Reaktionären beherrschten Parlaments war, das Verbot der linken Gewerkschaft DISK zu beantragen.

Untenstehenden Augenzeugenbericht hat uns ein Genosse geschickt:

„Es fällt nicht leicht, über diesen 1. Mai in Istanbul zu schreiben: Trauer und Wut über 40 oder mehr tote Genossen und über mehr als 400 Verletzte vermischen sich mit dem Schockerlebnis, gerade noch einem Inferno entkommen zu sein, einem Blutbad, das wahrscheinlich von langer Hand vorbereitet war. Dabei hatte alles so gut angefangen.



Schon um 10 Uhr morgens zogen Hunderttausende von Arbeitern, Lehrern und revolutionären Jugendlichen zu den zentralen Sammelplätzen der revolutionären Gewerkschaftskonföderation DISK in Besiktas und Sarachane. Ein zweieinhalb Kilometer langer Demonstrationszug kam aus dem asiatischen Teil von Istanbul über die Bosporusbrücke. Überall sah man rote Fahnen und Spruchbänder mit Parolen wie: „Der Faschismus wird nicht siegen", „Es lebe die DISK", „Nein zur Regierung der Nationalen Front", „Schluß mit Ausbeutung und Unterdrückung".

Mir fiel die straffe Organisation des Ganzen auf — für mein Empfinden zu straff: DISK-Ordner sperrten alle Seitenstraßen des Versammlungsplatzes ab. Wer nicht zu einer bestimmten Gruppe gehörte, konnte sich nicht einreihen. Endlich — um drei Uhr nachmittags setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Beim Vorüberziehen sah man die Gruppen der einzelnen Gewerkschaften, darunter auch eine Abordnung von Arbeitern der seit 4 Monaten streikenden türkischen Mannesmann Röhrenwerke-Belegschaft.

Alle hatten sich für diesen 1. Mai unheimliche Mühe gegeben. Man sah Arbeiter, die während der Demo zu Trommeln und Surnas Volkstänze aufführten, man sah Bauarbeiter, die riesige, mit Spruchbändern versehene Bagger auf der Demo mitfahren ließen, man sah Lastwagen, auf denen Szenen aus dem Arbeitsleben nachgespielt wurden, man sah Kurden in ihrer traditionellen Kleidung — alles in einer unheimlichen Disziplin und am Rande von DISK-Ordnern begleitet, die ein wachsames Auge auf die Leute am Straßenrand hatten. Das schien aber garnicht notwendig zu sein. Spontan wurde vom Straßenrand aus geklatscht, wurden die Parolen gegen Faschismus und Ausbeutung mitgerufen. Nach den Gewerkschaften kamen die linken Jugendorganisationen, die Lehrerorganisation TÖB-DER, Künstlerorganisationen, Juristen- und Medizinerorganisationen, die Frauen von der IKD — dem revolutionären Frauenverband.

Es dauerte Stunden, bis sich der Taksim-Platz, der Kundgebungsort, füllte. Gegen 18.30 Uhr schienen endlich alle Gruppen auf dem Platz zu sein. Es ist schwer zu schätzen, wieviele versammelt waren. Vielleicht 300 000, vielleicht auch 500 000 Der Platz schien zu einem roten Meer geworden zu sein: Rote Fahnen, rote Transparente, die roten Hemden der DISK-Mitglieder. Die 'Internationale' und türkische Revolutionslieder wurden gespielt. Dann begann Kemal Türkler, der Präsident von DISK, seine Rede. Er war kaum zu verstehen, denn noch immer kamen neue Parolen rufende Demonstranten auf den Platz. Die letzten, die ankamen, waren die Studentenorganisationen 'Dev-Genc', 'Kurtulus' und die Istanbuler 'ITÜ-Ögrencileri. Schließlich kam noch die kurdische Organisation 'Riszgari' mit ihren Parolen „Freiheit für die Kurden" und „Schluß mit der nationalen Unterdrückung".

Gegen 19 Uhr näherte sich ein Demonstrationszug der maoistischen Gruppen 'Halkin Kurtulusu', Halkin Birligi' und 'Halkin Yolu' von der Tarlabasi-Straße her dem Taksim-Platz , wo Türkler, der Generalsekretär der Gewerkschaftsförderation DISK, gerade seine Ansprache begonnen hatte.

Nun wollten oder sollten die DISK-Ordner den maoistischen Gruppen den Zugang zum Platz sperren. Diese, welche die DISK-Führung als 'moskauhörig' bezeichnen, wollte sich aber den Zugang zur Kundgebung erzwingen. Laut ihren eigenen Angaben versuchten sie die DISK-Ordner ohne Waffengewalt zur Seite zu drängen. Die DISK suggeriert hingegen in ihren Verlautbarungen einen Waffengebrauch der Maoisten in dieser Situation, hat dies allerdings bis heute nicht konkret ausgesprochen. Fest steht, daß wenige Sekunden nach dem Zusammentreffen der DISK-Ordner und Maoisten von einer dort hinter beiden befindlichen, ca. 4 m hohen stillgelegten Wassertreppe mit Gewehren auf den Taksim-Platz geschossen wurde. Im selben Moment wurde auch mit automatischen Gewehren aus dem 5. Stock und von der Terrasse des Intercontinental Hotels auf die Kundgebungsteilnehmer das Feuer eröffnet. Etwa gleichzeitig wurden aus dem Gebäude der AP-Partei (des Ministerpräsidenten Demirel) zwischen Taksim-Platz und Tarlabasi-Straße Sprengsätze auf fliehende

Kundgebungsteilnehmer geworfen. Die Polizeipanzer auf dem Platz, die sich trotz der überall auf den Boden werfenden Menschen in Bewegung gesetzt hatten, begannen nun Plastikbomben zur Explosion zu bringen und vergrösserten so die bereits entstandene Panik. Einer der Panzer beschoss schließlich den Eingang zur Kazanci-Gasse.
Während der gesamten Schiesserei wurden im Foyer des 'Intercontinental' Zivile mit Sprechfunkgeräten beobachtet.
Noch drei Dinge sind anzumerken:
1. auf dem Taksim-Platz wurden fast ausschließlich Patronenhülsen der staatlichen Waffenfabriken MKE gefunden. Deren Munition wird nur von Polizei, Gendarmerie und Armee ver wandt.
2. Polizisten, die während der Schiesserei vor dem 'Intercontinental' standen, machten abends in ihrer Unterkunft eine Meuterei. Es ist bis heute unbekannt weshalb.
3. Von verschiedenen linken Gruppen wurden während ihrer Flucht ebenfalls Schüsse abgegeben, insbesondere auf das Intercontinental-Hotel. Außerdem beschossen sich nach den ersten Schüssen von der Wassertreppe DISK-Ordner und Maoisten in der Tarlabasi-Straße,

34 Tote und 400 Verletzte sind die Bilanz dieses Istanbuler Blutmai's. Laut Obduktionsbefunden sind nur zwei Tote durch Kugeln ums Leben gekommen. Die übrigen Toten wurden von den in Panik Fliehenden zertreten oder von den Rädern der Polizeipanzerwagen zermalmt.

Die vorliegenden Indizien lassen nur einen Schluss zu:
Von langer Hand wurde, unter Ausnutzung der Streitigkeiten zwischen den Maoisten und der mehr 'moskauorientierten' DISK-Gewerkschaft und anderen linken Gruppen, ein Blutbad vorbereitet und in Szene gesetzt. Die exakte Inszenierung lässt weiterhin den Schluss zu, daß hier die logistisch schwachen faschistischen Kommandos nicht oder nur am Rande beteiligt waren, daß vielmehr der türkische Geheimdienst MIT und/oder der CIA die Planer und Durchführer waren. Nicht auszuschließen ist, daß sie ,agents provocateurs' auch in den maoistischen Gruppen hatten.

„NO NUCLEARES!"
ZUR KKW-POLITIK UND ZUR ANTI-KKW-BEWEGUNG IN SPANIEN

MADRID/ FRANKFURT 9. Mai

Im Tal des Tajo (der in Lissabon als Tejo ins Meer fließt), wo die Straße von Badajoz nach Madrid zum ersten Mal den Fluß überquert (bis Madrid sind es noch etwa 200 km), kam uns das erste KKW in Spanien unter die Augen. Es heißt Almaraz, liegt in der fast menschenleeren Provinz Caceres und soll noch in diesem Jahr mit seiner ersten Ausbaustufe in Betrieb genommen werden. Die zweite Stufe soll nächstes Jahr folgen, beide zusammen haben 1.860 Megawatt — zum Vergleich: das KKW Biblis hat bisher nach zwei Ausbaustufen 2.500 Megawatt.

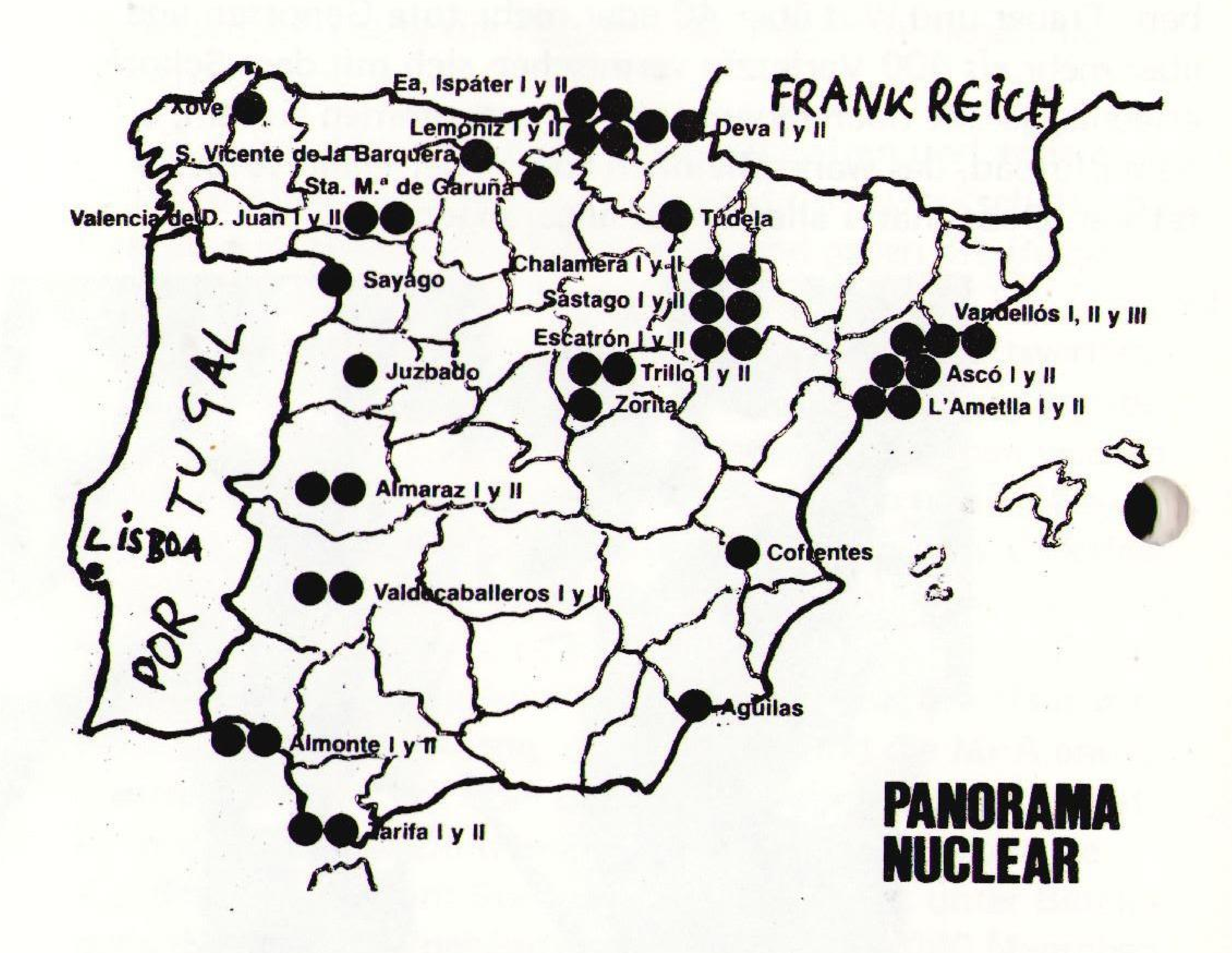
Wir haben uns daraufhin, vor allem weil Spanien innerhalb der europäischen Atom-Szene auch für die Anti-KKW-Bewegung in der BRD bisher noch völlig unbekannt war, auf die Suche nach Informationen gemacht. Hier ein vorläufiger Überblick:

Neulich war der spanische König Juan Carlos bei seinen Freunden in Bonn. Kurz vorher hatte sich der oberste Knecht des Kapitals in der BRD, der Wirtschaftsminister Friderichs, in Madrid eingestellt. Das Resultat dieser gegenseitigen Besuche war dann z.B. im „Spiegel" zu lesen. In der Nummer vom 25. April stand, Spanien habe gleich vier KKWs gekauft, zwei für sofort über 1.000 Megawatt, und zwei für demnächst. Die Bürgschaft dafür stellt die sozialdemokratische Regierung in Bonn. Gebaut werden sie allesamt von der KWU (Sitz in Offenbach, Tochterunternehmen von Siemens). Zwei der KWU-Produkte sollen bei dem Dorf Trillo in der Provinz Guadalajara an der Talsperre von Entrepeñas gebaut werden, welches wiederum 60 km nordöstlich von Madrid liegt.

(Zur KWU: in dem Spiegelartikel und anderswo waren weitere KWU-Exportprodukte angeführt: eins nach Portugal, zwei nach Brasilien, zwei nach Iran, möglicherweise je eins nach Jugoslawien und nach Südi-Arabien).

Was Spanien betrifft, so schrieb der „Spiegel" von „astronomischen Dimensionen" und einem „bombastischen Atomprogramm".

Die „Atom-Panorama-Karte" macht das deutlich.



Das spanische Nuklear-Programm in Zahlen: in den nächsten Jahren sollen an 23 Standorten insgesamt 39 KKWs gebaut werden. Bis 1985 soll der Anteil des Atomstroms von jetzt 8,5 auf 57 Prozent hochgejagt werden. Bis heute funktionieren drei KKWs: Zorita (Provinz Guadalajara) seit 1968 mit 150 MW; Santa Maria de Garuña (Provinz Burgos, am Ebro bei Miranda del Ebro gelegen) seit 1971 mit 460 MW.

Vandellós (etwa 40km südlich von Tarragona, hier sind insgesamt drei Ausbaustufen geplant) seit 1972 mit 480 MW.

Im Bau sind weitere 7 KKWs mit insgesamt etwa 7.000 MW, weitere 7 KKWs mit insgesamt 8.000 MW stehen kurz vor der Genehmigung. Entsprechend ihrem Bedarf an Kühlwasser und getreu den Sorgen ihrer Betreiber werden die KKWs aufs flache Land und an Flüssen gebaut. Da aber der Wassermangel Spanien chronisch ist, liegen die Standorte in vielen Fällen an künstlichen Wasserreservoirs wie Talsperren und Stauseen.

Bisher wurden — mit der Ausnahme des KKW Vandellós, das von einem französischen Unternehmen gebaut wird — alle KKWs von den beiden US-Unternehmen „Westinghouse" und „General Electric" geliefert. Die westdeutsche KWU hat nun den Konkurrenzkampf mit den Amerikanern aufgenommen. Das bedeutet auch: Spaniens Abhängigkeit — offiziell wird das „Integration" genannt — in den kapitalistischen Welt- und Europa-Markt wächst.

Der Widerstand der unmittelbar betroffenen Bevölkerung beginnt sich allmählich zu regen. Die erste große Anti-KKW-Demonstration fand im Sommer 1975 gegen ein geplantes KKW in der Nordprovinz Leon statt. Diese Aktion von etwa 10.000 Betroffenen hat eine Mobilisierung geschaffen, die bisher die Realisierung des KKWs Valencia de Don Juan (zwei Ausbaustufen) verhindert hat.

Als im vergangenen Jahr, am 13. August 1976, im ältesten KKW Zorita der Arbeiter Antonio Prados Camacho durch einen Unfall starb, wurden die Gefahren der Atomkraftwerke auf

nationaler Ebene bewußt. Inzwischen soll per Gericht geklärt werden, ob im Bereich von Zorita schwangere Frauen von Radioaktivität verseucht sind.

Gegen den Bau des KKW Vincente de la Barquera am oberen Ebro (Provinz Santander) traten der Bürgermeister und die Beigeordneten aus Protest zurück. 12 Bürgermeister aus Nachbargemeinden wollen sich auf den Weg nach Madrid zum Ministerium machen.

Als der König Juan Carlos in diesem Frühjahr seine Untertanen in der völlig unterentwickelten Ostprovinz Extremadura (an der portugiesischen Grenze) aufsuchte, streckten die Bewohner der Gegend von Valdecaballeros (etwa 80 km südlich vom KKW Almaraz an der Cijara-Talsperre) ihm Transparente entgegen: „Juan Carlos, wenn du aus Extremadura wegfährst, nimm dein KKW mit!" Dieses Protestbewegung ist jung, denn als den Bauern vor Jahren von der KKW-Betreiberin Geldsummen für ihr Land geboten wurden, die für ihre Verhältnisse Reichtümer bedeutet hatten, da waren sie schnell gekauft und still.

Heute merken sie, daß gerade in den unterentwickelten Gebieten, wo KKWs gebaut werden, kein einziger neuer Arbeitsplatz entsteht, daß sie kolonisiert werden. Das Ebrotal wird — wenn die Protestbewegung den Kampf nicht noch gewaltig verstärkt — zum Rheintal Spaniens. Angefangen vom oberen Ebro bei San Vicente bis hinunter zum Delta südlich von Tarragona am Mittelmeer sind insgesamt 14 KKWs geplant, im Bau oder fertiggestellt. Allein im Mündungsgebiet auf einer Strecke von etwa 150 km sollen 11 Atomkraftwerke stehen. Das Industriezentrum Barcelona ist über 200 km entfernt.

Im unteren Ebrotal mit den beiden Metropolen Zaragossa und Tarragona hat sich die Umweltschutzbewegung in den letzten Monaten verwärtsentwickelt. Viele Gemeindevertreter sind zunächst wegen formaljuristischer Mängel wachgeworden. Denn fast an jedem der KKW-Bauplätze (Vandellos, Ametlla, Ascó, Escatrón und Sastago) wird illegal gebaut.

In der Provinz Aragon um Zaragoza hat die Bevölkerung sich der alten agrar-anarchistischen Tradition erinnert. Hier wo während der sozialen Revolution im spanischen Bürgerkrieg vor 40 Jahren der größte Teil des Ackerlandes kollektiviert worden war, beginnt die kollektive Gegenwehr stärker zu werden. Bei Zaragoza hat die bedrohte Bevölkerung einen geplanten Bauplatz gekauft und macht dort jedes Wochenende ein großes Picknick, auf dem über die Atompolitik und Umweltschutz und den technischen Wahnsinn diskutiert wird. Wissenschaftler und Ökologen halten Referate.

Die Bevölkerung versorgt sich — ähnlich wie in Wyhl — mit Informationen und verstärkt so ihren Widerstand. Inzwischen haben die Bauern vom unteren Aragon ein eigenes Buch herausgegeben, in dem sie — wie die Zeitschrift „Cambio 16" schreibt — zum ersten Mal in der Geschichte der spanischen Literatur ihre eigene Sprache ohne die Vermittlung irgendwelcher „Dichter" sprechen.

Regionale und nationale Vereinigungen und Organisationen zum Kampf für den Umweltschutz werden gebildet. Schritte, um sich das Leben wiederanzueignen.

BAUERN GEGEN DIE PRIVATISIERUNG EINES STRANDES IN SPANIEN

LA CORUÑA 8. Mai — Dreizehn Verletzte, einer davon mußte chirurgisch behandelt werden wegen einer Brustverletzung, drei Verhaftungen und zahlreiche Verwundete mit Quetschungen: das ist das Ergebnis eines Zusammenstoßes zwischen Polizei und Demonstranten in der 30 km von La Coruña entfernten Ortschaft Carballo.

2000 Demonstranten folgten einem Aufruf der Galizischen Nationalen Volksversammlung (ANPG) und Bauernkommissionen (CCLL) — beides linksradikale nationalistische Organisationen — zu einer Demonstration zur Unterstützung der 190 Bewohner des Dorfes Baldaio, wo es zahlreiche Spannungen mit der Verwaltung schon gegeben hat wegen der administrativen Vergabe eines Strandes an eine private Gesellschaft.

Dies hat die Konsequenz für die Fischer, daß sie in den Gewässern vor dem Strand ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen können. Die 2000 Bauern und Fischer demonstrierten in den Straßen von Carballo gegen die Vergabe, gegen die Großgrundbesitzer und für die Volksmacht (poder popular).

Auf der Schlußkundgebung konnte man noch einige Redner hören, bevor die Guardia Civil die Versammlung auflöste. Am Nachmittag machten sich dann 800 — 1000 Demonstranten auf den Weg zum Strand. Die Militanten der ANPG, der CCLL und die Bewohner der Gegend — einige davon trugen Säcke mit Steinen — wurden dann von 60 „Nummern" der Guardia Civil aufgehalten. Der Zusammenstoß war sehr hart mit Nahkampf, Schlägen mit Gewehrkolben, Steinwürfen, Gummigeschossen. Neun Demonstranten, davon einer schwerverletzt, und vier Polizisten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Unter den drei Verhafteten ist der Pfarrer Ramon Valcarcel, der schon in dem Kampf gegen die Enteignung der Felder der Bauern in As Ancrobas (ID 169) eine wichtige Rolle gespielt hatte. Diese Vorkommnisse in Carballo summieren sich einer langen Liste von Aktionen, die galizische Bauern und Fischer unternommen haben, um eine adäquate Nutzbarmachung ihres Landes zu erreichen.

VERURTEILUNG WEGEN ZURÜCKSCHICKENS DES WEHRPASSES

PARIS 25. März — Ein Gericht in Saint-Nazaire verurteilte am Dienstag, den 22. März Henry Le Cadre zu 500 Francs Geldstrafe und zu drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, weil er seinen Wehrpass zurückgeschickt hatte. Der Angeklagte hatte dies zur selben Zeit getan wie drei andere Personen, gegen die aber kein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Sie taten dies, um gegen die Ausdehnungspläne des Militärlagers Larzac (vgl. ID 136 / 140 / 150) zu protestieren.

Das Zurückschicken von Wehrpässen kommt in letzter Zeit vermehrt vor. Ein Gericht in Dijon beschäftigte sich am 23. März mit drei weiteren derartigen Fällen (Urteil am 14. April), während in Nantes drei Angeklagte am 30. Mai in derselben Sache vor Gericht zu erscheinen haben.

Im Laufe des Monats Februar wurde der Volksschullehrer Serge Levillayer aus dem Department Manche, zu 500 Francs Geldstrafe durch ein Gericht in Cherbourg verurteilt. Dieselbe Strafe wurde in Marseille gegen das Gewerkschaftsmitglied der C.F.D.T. Michel Lebre verhängt, ebenfalls noch Mitglied der Mouvment alternative non violente. Gegen Pierre Dantec wurde die bisher härteste Strafe verhängt, gegen die er inzwischen Berufung eingelegt hat: ein Gericht in Le Havre verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung und zu fünf Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. (Le Monde vom 25.3.77)

ZÜRCHER RADIOPIRATINNEN MELDEN SICH: AN ALLE, DIE ETWAS ZU SENDEN HABEN!

ZÜRICH (Zeitdienst/ID) 10.Mai

In Zürich gibt es einen Frauenpiratensender, der im Herbst 76 auf UKW 101 MHz bereits zwei Sendungen ausgestrahlt hat. Die Frauen wollen jetzt eine neue Sendung machen, sie schreiben dazu:

„Nun ist es Frühling und wir möchten gerne wieder einmal etwas senden. Für die zwei Sendungen im letzten November haben wir von Frauen Kassetten-Bändchen erhalten über die Frauen und ihren Körper, und Frauen und ihre Kinder. Wir möchten also den Inhalt dieser Sendungen nicht alleine bestimmen, sondern von Leuten, die etwas zu sagen haben, ihre eigenen Bändchen erhalten.

Wie man weiß, ist das Radio ein Monopol, wofür frau (man) sogar bezahlen muß, um es nur hören zu dürfen. Da wir aber nun die technische Möglichkeit haben, dieses Monopol zu durchbrechen, sind wir der Ansicht, daß sich nun Leute in diesem Medium ausdrücken können, die sonst nie zur Sprache kommen. Wir meinen, daß Piratensender im Rahmen der alternativen Medien eine sehr schöne Sache sind. Frau (man) hat dabei viele neue Ausdrucksmöglichkeiten. Wir können mundartreden und Musik einsetzen und so weiter. Die ganze Sache gibt halt viel zu tun, aber dafür macht's Freude!

Piratensender deshalb, weil wir nicht darauf warten wollen, bis uns eventuell eine Konzession erteilt wird und dann auch die entsprechende Zensur einsetzt. Was wir brauchen, nehmen wir uns! Wenn wir also einen Radiosender brauchen, so lernen wir einen zu bauen und wenn wir ihn dann haben, so stellen wir ihn den Leuten zur Verfügung, die ihn auch brauchen und behalten ihn nicht nur für uns. Wir mögen keine Monopole!

Darum unser Angebot: wer eine Sendung machen will, soll sie selbst auf ein Tonband aufnehmen und wir werden sie im Raum Zürich oder auch in einem anderen Gebiet senden. Die Wellen-Hexen fliegen, wenn nötig, auch bis ins Appenzell.

Am besten leiht ihr euch ein Stereo-Spulentonbandgerät aus, so daß ihr auf der einen Spur zum Beispiel die Musik, auf der anderen die Sprache aufnehmen könnt. Dann schreibt ihr euch ein Drehbuch. Bei Mikrofonaufnahmen muß man aufpassen, daß von der richtigen Seite hineingesprochen und daß keine Nebengeräusche aufgenommen werden. (Zum Beispiel Mikrofon auf Schaumgummi oder ähnliches stellen). Die Lautstärke der Aufnahme soll vorher genau ausprobiert werden, nicht übersteuern. Der Regisseur soll über Kopfhörer die Aufnahme mithören und die Aufnahmelautstärke erst dann aufdrehen, wenn die Start-Taste schon gedrückt ist, damit man den Knacks nicht hört. Denkt daran, jede Überspielung kostet sehr viel Qualität.

Damit diese Aufnahmen dann auch zu uns gelangen und wir die Sendung machen können, wäre es wichtig, daß ihr mehrere gute Kopien in Kassettenform euren Freundinnen gebt und sie diese weitergeben bis sie dann endlich zu uns kommen. Bitte macht die Sendungen nicht länger als 17 Minuten. Die Aufnahme der Sendungen vom November sind jetzt auch bei den (Frauen-)Buchhandlungen zum Preis von 8 Franken erhältlich.

Viele Hexengrüße, die Piratinnen 101 MHz"

(aus: Zeitdienst Nr. 16, Zürich)

BERICHT ÜBER DIE AKTUELLE SITUATION IN PORTUGAL (II)

FRANKFURT 3. Mai

Um die Stärke der verschiedenen Gruppen in der Armee zu beurteilen, muß man wissen, daß die militärische Rechte, die stark mit der faschistischen Tradition verbunden ist, in der letzten Zeit wichtige Positionen gewonnen hat, besonders in den Kasernen der operationalen Einheiten, die von besonderer Bedeutung sind. Auf der anderen Seite haben die demokratischen Offiziere noch nicht allen Einfluß verloren; im Revolutionsrat gibt es noch die Gruppe um Melo Antunes, die sich dem revolutionären Prozeß verbunden fühlt. Die Zahl der radikalen Offiziere, der „Otelisten", ist stark zurückgegangen. Sie wurden versetzt oder suspendiert und werden vor ein Militärgericht gestellt (ohne Öffentlichkeit also).

Nach dem 25. November verfolgen die alten Militärs die Absicht, für den 25. April Rache zu nehmen und seine Spuren in der Armee zu löschen. Doch regt sich Widerstand gegen diese Entwicklung: In Mafra, einer Infanteriekaserne in der Gegend von Lissabon zum Beispiel haben die jungen Offiziere dagegen protestiert, daß gegen Otelo ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Auch wenn sie politisch nicht mit ihm übereinstimmen, halten sie es doch nicht für akzeptabel, daß demokratische Offiziere von der alten, mit dem Faschismus verbundenen militärischen Hierarchie verurteilt werden.

Wieweit die Rechte an Stärke gewonnen hat, werden die gegen die MFA-Offiziere eingeleiteten Disziplinarverfahren zeigen. Es gibt zur Zeit Spekulationen, daß die Beschuldigten „amnestiert" werden sollen, da die Rechte Angst davor hat, in dem Prozeß selbst von der Linken angeklagt zu werden. Ein solcher Ausgang gewinnt auch deshalb an Wahrscheinlichkeit, weil es für die Angeklagten keine konkreten Beweise gibt — sie sind eine rein politische Angelegenheit. Doch auf ein solches Spiel wollen sich die Offiziere nicht einlassen: ihr Ziel ist es, entweder das Verfahren zu führen, da es sachlich nur mit einem Freispruch enden kann, oder aber seine Einstellung zu erreichen.

DIE GEFAHR DES RECHTSPUTSCHES

Obwohl die militärische Rechte an Einfluß gewinnt, ist es unwahrscheinlich, daß die Gefahr eines faschistischen Staatsstreiches besteht. Viel bedeutender ist im Moment die mögliche Entwicklung zu einer autoritären Demokratie, die scharf gegen die direkten Organe des Volkes und die Gewerkschaften vorgehen wird, um Mário Soraes' Sozialpakt gegen Widerstand zu schützen. Das Bündnis von Arbeitern und Unternehmern, das für eine Wiederbelebung der Wirtschaft sorgen soll, erweist sich schon jetzt als undurchführbar. Eine geeignete Lösung für dieses Problem ist jedoch nicht in einem Faschismus chilenischer Prägung zu suchen.

Wenn Mário Soares also sagt: entweder ich oder der Faschismus, dann handelt es sich hier um reine Demagogie. Soares weiß sehr gut, daß er an der Spitze einer Minderheitsregierung steht, und er versucht, sowohl Sozialisten wie auch bürgerliche Demokraten an sich zu binden, indem er den Faschismus als einzige Alternative zu seiner Regierung darstellt. Doch gibt es noch die sozialdemokratische Rechte und die Christdemokraten, so daß bei einer Niederlage der Sozialisten nicht notwendig die bürgerliche Demokratie aufgegeben würde. Soares benutzt also die Gefahr des Faschismus, um seine eigene Position zu stärken und vor allem auch als Kampfmittel gegen die Linke. Gleichzeitig toleriert er, daß sich die Rechte fast ungestört ausbreiten kann, während der Staatsapparat, die Armee und die Medien von den Linken gesäubert werden. Schon jetzt ist die Hälfte der Zeitungen, die in Lissabon veröffentlicht werden, wieder offen faschistisch. Es handelt sich zwar nicht um die großen Zeitungen der Hauptstadt, doch spiegelt dies die wieder auflebende faschistische Aktivität wider, die sich

auch aus der zunehmenden Zahl rechter Terrororganisationen und ihrer Übergriffe gegen linke Oragnisationen ablesen läßt. Wenn es eine faschistische Gefahr gibt, dann nicht auf der Ebene des Staatsstreiches, sondern der Einschüchterung und der alltäglichen Drohung. Diese Unsicherheit paßt aber gut in Soares' Spiel.

DIE SOZIALISTISCHE PARTEI (PS)

In der letzten Zeit wurden die meisten Vertreter des linken Flügels der PS entweder ihrer Funktionen enthoben oder sogar aus der Partei ausgeschlossen. Es wird gesagt, die PS habe den 25. November in der Partei nachvollzogen. Lopes Cardoso, der bekannteste Führer des linken Parteiflügels, trat nicht nur als Landwirtschaftsminister zurück, da die Landreform sabotiert wurde, während des letzten Parteitages wurde er auch nicht mehr in das Nationalkomitee der Partei gewählt. Auch die anderen Militanten der Partei, die den engsten Kontakt zur Basisbewegung oder zu den Gewerkschaften hatten, verloren ihre Positionen oder wurden als „Trotzkisten" aus der Partei ausgeschlossen.

Heute hat die PS noch ein sehr fortschrittliches, sozialistisches Programm, doch besitzt die sozialdemokratische Fraktion, die sich an der SPD orientiert, eindeutig die Hegemonie in der Leitung der Partei. Offenbar knüpfte die SPD an ihre Unterstützung und die Befürwortung des Eintrittes Portugals in die EG mit der nachfolgenden Wirtschaftshilfe die Bedingung, die Partei von allen Linken zu säubern und alle Anklänge an eine revolutionäre Politik, ein breites Bündnis der Linken fallen zu lassen. Bezeichnend für diese Situation der Linken in der Partei ist die Tatsache, daß sie gezwungen waren, außerhalb der Partei einen eigenen politischen Klub, die „Fraternidade Operaria" zu gründen, um die Situation in Portugal offen zu diskutieren. Im Zentrum der Partei ist dies nicht mehr möglich. Doch muß die PS durch ihre Politik gegen die Basis eine ständige Schwächung hinnehmen.

Hierfür einige Beispiele. Im Laufe des letzten Jahres verlor die PS wichtige Positionen in den Gewerkschaften, zum Teil an die Kommunisten, zum Teil an die Rechte, die CDS und die PSD. Da sich ihre Führung, völlig im Regierungsgeschäft befangen, von der Gewerkschaftsbewegung getrennt hat, orientierten sich die Gewerkschaftsmitglieder an anderen Gruppen, die ihre Interessen eindeutiger verfolgen. Die Gewerkschaftspolitik der PS ist also gescheitert, die konsequente, wenn auch autoritäre Politik der Kommunisten konnte sich durchsetzen. Ein zweites Beispiel für die Isolierung der Partei auch von ihren eigenen Anhängern ist der Sektor der öffentlichen Bildung. Der Erziehungsminister ist ein Exponent des rechten Flügels der Partei. Er will sein „Mitbestimmungsmodell" ohne Diskussion gegen die bis jetzt praktizierte Mitbestimmungs- bzw. Selbstverwaltungsmodelle durchzusetzen, versucht junge, linke Lehrer auf administrativem Weg zu entlassen bzw. zu versetzen, verhängte einen totalen Stop des bisherigen Programms zur Erwachsenenbildung usw.

Der gesamte Bildungsbereich widersetzt sich seiner Politik, die Schüler und Studenten, aber auch die Lehrer und Professoren. Selbst die Lehrergewerkschaft, eine Gewerkschaft der PS (!), kritisiert scharf ihren eigenen Minister — inzwischen wurden die Verantwortlichen in der Gewerkschaft aus der PS ausgeschlossen. Die Folge dieser Situation ist ein totales Chaos im Bildungsbereich: einzelne Schulen, die ihre Arbeit im Herbst aufnehmen sollten, können erst im April oder Mai beginnen; Lehrer und Professoren erhalten zum Teil keine Bezüge usw; und dies einzig aus dem Grund, daß der verantwortliche Minister seine Politik gegen alle und jeden durchsetzen will.

Daß die Führung der sozialistischen Partei nur wenig flexibel auf den Druck ihrer eigenen Basis reagieren kann, erklärt sich zu einem guten Teil aus ihrer Abhängigkeit von dem Ausland, speziell von der SPD. Da Soares sich verpflichtet hat, die Bedingungen der SPD zu akzeptieren, ist er nun nicht mehr in der Lage, eine eigenständige, sozialistische Politik zu betreiben; jeden Versuch hierzu müßte er mit der Aufkündigung der ausländischen Unterstützung und somit dem Verlust der Macht bezahlen. Er liebt jedoch die Regierungsgewalt mehr als die Rolle der Opposition.

PERUANISCHE BAYER-ARBEITER AN IHRE DEUTSCHEN KOLLEGEN

LIMA / PERU 3. Mai — Die Arbeitergewerkschaft der Bayer-Industrial SA in Lima hat in einem Brief an ihre deutschen Kollegen von Bayer-Leverkusen die zunehmende politische Unterdrückung in Peru und vor allem die schamlose Ausnutzung des Ausnahmezustandes, der seit Juli 1976 herrscht, durch den Bayer-Konzern denunziert. Streikverbot, Lohnstop, politische und Rationalisierungsentlassungen, Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit sowie polizeiliche und militärische Unterdrückung mit Massenverhaftungen, Folter und Todesfällen kennzeichnen die Situation in Peru. Die Nutznießer sind vor allem die großen und d.h. die ausländischen Unternehmen.

Die BAYER INDUSTRIAL SA hat schon immer besondere Privilegien zu Lasten der Arbeiter genossen: Das für alle peruanische Großbetriebe geltende peruanische Mitbestimmungs- und Vermögensbeteiligungsmodell gilt für Bayer nicht. Die Produktion von Acryl-Fasern wurde 1972 erst aufgenommen, als garantiert war, daß Bayer-Arbeiter in Lima keine Mitbestimmungsrechte erhalten würden. Das Bayerwerk, an dem der peruanische Staat mit 30 % beteiligt ist, besitzt für seinen Absatz innerhalb des Andenpaktes praktisch ein Monopol, da Chemiefaserexporte nach Peru, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Columbien (bis 1976 auch Chile) mit 35 % Zoll belastet werden, während Bayer—Peru seine Produkte zollfrei verkaufen kann.

Die staatliche Beteiligung sichert Bayer zugleich vor möglichen Enteignungs- und Nationalisierungsgefahren, da ein Betrieb schon als nationaler gilt, wenn der Staat bestimmte Anteile hält. Die Bayer-Investition ist zweifellos die wichtigste innerhalb des Modells für Auslandskapital und Staatsbeteiligung, da sie die Dominierung der nationalen Industrie durch das Auslandskapital mit Hilfe der Militärdiktatur über die Staatsbeteiligung garantiert.

Bayer ist ebenfalls durch Investitionen seiner kanadischen Tochter BAYFORIN, auch noch durch die BAYER QUIMICAS UNIDAS und die BAYER LABORATORIOS, in Peru vertreten, alles Investitionen, die hohe Gewinne, aber nur geringe Beschäftigungseffekte garantieren. Daß bei einer offenen Arbeitslosenquote von 6 - 10 % und einer verdeckten Arbeitslosigkeit von etwa 45 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Arbeitsplätze das vordringlichste Ziel von Investitionen sein müßten, liegt auf der Hand, bei Bayer-Peru wurde pro 40 000 Dollar ein Arbeitsplatz geschaffen.

Ein wahnwitziger Vergleich beweist nach Auffassung von Bayer und von Funktionären der Militärdiktatur die Effizienz des rund um die Uhr in drei Schichten arbeitenden Betriebes: Während Bayer 18 Mio kg Acrylfasern auf 12 Hektar Betriebsfläche produzieren, benötigt die Produktion der gleichen Menge Schafswolle 9 Mio Hektar Weidefläche. „Si es Bayer, es bueno — Wenn es Bayer ist, dann ist es gut" lautet der berühmte Werbeslogan für die peruanischen Bayer-Produkte. Die Bayer-Arbeiter sehen das freilich anders:

deren von den verschiedenen Problemen berichten wollen, vor die wir uns gegenwärtig gestellt sehen.

Hier in Peru, einem unterentwickelten, vom US-Imperialismus dominierten Land mit einer Militärregierung, die nichts anderes als die Marionette dieser ausbeuterischen Polypen ist, durchleben wir z.Zt. eine schwere Wirtschaftskrise. Es wurde der Ausnahmezustand verhängt, nicht einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert. Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung. Ebenso politische Morde. Wir dürfen nicht streiken, unsere Löhne und Gehälter wurden eingefroren.

Dies ist die eine Seite der Situation, in der wir uns befinden. In Bayer Industrial S.A., dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepresst, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neusten Gesetz D.S. 011-76-TR, das Arbeitsministerium und Unternehmer gemeinsam zu verantworten haben, der „Sabotage" oder „Minderung der Produktion" beschuldigen. In der Zeit vom 1. Jan. 1977 bis heute wurden in Bayer Industrial S.A. 6 Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Alle 6 sind Familienväter, die Ernährer von dem Ausnahmezustand.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär, wir denunzieren vor Ihrer Gewerkschaft diese politische, soziale und ökonomische Situation, in der wir uns befinden. Die geheiligten Rechte der Arbeiter werden von den Unternehmern verletzt, d.h. der 8-Stunden-Tag, das Streikrecht, die Vorlage von Lohnforderungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Vollversammlungen durchzuführen und uns politisch zu organisieren. Wir bitten Sie, diese unsere Situation in Ihren Veröffentlichungen zu berücksichtigen und ihren Protest zu erheben gegen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft, gegen die Verfolgung von Sozialkämpfern und Gewerkschaftsführern, die verhaftet wurden und noch im Gefängnis sitzen, die deportiert wurden oder die einfach versc hwunden sind. Obwohl Peru Mitglied der Vereinten Nationen ist, werden hier in unserem Land die Menschenrechte dauernd mißachtet.

Wir hoffen, daß diese unsere Sorgen und Probleme Ihr Gehör finden werden und daß wir auf diese Weise mit Ihnen in brüderlichem Kontakt verbleiben können. Denn es darf nie vergessen werden, daß auch die Arbeiter in Deutschland unsere Klassenbrüder sind. Mit solidarischen Grüßen.... "

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SED 1602

tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt
tel.0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90
postscheckkonto
gerd kever
nr.360811-606
6000 frankfurt 90

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung"